HE38
.N113

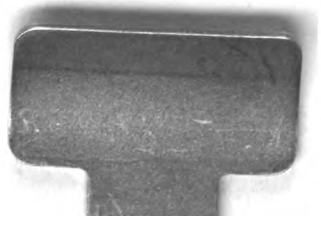
Die Wirtschaftslage der Schweiz im Weltkriege

Im Auftrage des schweiz. Gewerkschaftsbundes verfasst von Dr. M. NACHIMSON

Herausgegeben vom schweiz. Gewerkschaftsbunde :: :: Bern 1917

Unionsdruckerei Bern (Genossenschaft)
1917

Library
of the
University of Wisconsin



Die Wirtschaftslage der Schweiz im Weltkriege

Im Auftrage des schweiz. Gewerkschaftsbundes verfasst von Dr. M. NACHIMSON

Herausgegeben vom schweiz. Gewerkschaftsbunde :: :: Bern 1917

Unionsdruckerei Bern (Genossenschaft)
1917

231896
JAN 13 1920
HE38
.N113

Inhaltsangabe.

Seite

I. Die Geldkrise 7
II. Der Handel 26
III. Die Industrie 35
IV. Die Teuerung 51
V. Arbeitsverhältnisse 66
VI. Rück- und Ausblick 72

Vorwort.

Noch ist der Krieg nicht zu Ende. Noch wird weitergemordet und verwüstet. Alles befindet sich noch im Flusse... Und wenn wir es schon heute unternehmen, die wirtschaftlichen Kriegswirkungen in der Schweiz zu schildern, so sind wir uns dessen bewusst, dass wir noch keine vollständige, erschöpfende Darstellung der « Kriegswirtschaft » geben können. Allein, uns kommt es weniger auf die Details als auf die *allgemeinen Grundlinien, die Tendenzen der Entwicklung* an, die wir zu erfassen bemüht waren. Der Krieg hat eine gewaltige Menge von neuen Problemen für den Staat und speziell für die Arbeiterschaft aufgerollt. Auch der Schweiz hat der Krieg eine grosse *Mobilisationsschuld* von über 500 Millionen Franken gebracht, fordert aber nicht allein deshalb eine Neuorientierung der Bundesfinanzen, sondern hauptsächlich darum, weil die Grundlage der Bundesfinanzen, die Zölle, infolge der bedeutenden Verschiebungen in der Wirtschaftsstruktur aller Länder und der unheimlichen Teuerung, gar nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Die Industrie hat fortwährend mit zahlreichen Schwierigkeiten zu kämpfen, die sich noch steigern werden, während sie anderseits durch leichte Gewinne in den kriegführenden Ländern angelockt wird; ob aber die Verwandlung der schweizerischen Wirtschaft in eine Kriegswirtschaft von allgemeinem Interesse ist, ob es nicht vorteilhafter wäre, für die neutralen Märkte zu arbeiten? Die Arbeiterschaft steht schliesslich vor der Tatsache der rasch sinkenden Reallöhne, der stark verschlechterten Arbeitsbedingungen und Lebenslage. All diese Fragen können aber nur gelöst werden, wenn man die Verhältnisse genau kennt, die sich während des Krieges herausgebildet haben, wenn man die allgemeinen Entwicklungstendenzen begreift, um in der gleichen Richtung weiterzuwirken.

In vorliegender Schrift haben wir nun versucht, uns zunächst darüber Rechenschaft zu geben, was sich nach dem Kriegsausbruch auf dem Gebiet des Geldwesens, des Handels, der Industrie und des Arbeitsmarktes abgespielt hat; ferner wollen wir den Spuren der neuauflebenden Industrie folgen, ihr die Gefahren zeigen, die die Verwandlung der Wirtschaft in eine « Kriegswirtschaft » in sich birgt; schliesslich haben wir auf

Grund unzweifelhafter Tatsachen den gewaltigen Lohndruck festgestellt, den der Krieg ausübt, und die Massnahmen geschildert, die zur Linderung der Teuerung vorgenommen worden sind, sowie den Weg zu zeigen gesucht, welchen der Staat und die Gemeinden nehmen müssen, um eine erfolgreiche Tätigkeit auf diesem Gebiete zu entfalten. Sollte unsere Untersuchung für weitere Forschungen Vorarbeit geleistet und vor allem den Kampf um die Umgestaltung des Staates auf neuen, den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen angepassten Grundlagen gefördert haben, so werden wir unsere Arbeit vollauf gerechtfertigt und belohnt betrachten. Möge sie nun viele Leser und Kritiker finden, damit die gestellten Probleme allseitig beleuchtet werden ...

Der Verfasser.

I. Die Geldkrise.

Es sind etwas über zwei Jahre her seit dem Ausbruche der Weltkatastrophe, eine kurze Spanne Zeit in der Geschichte, aber eine ungeheuerlich lange Zeit für alle diejenigen, die als Zuschauer ihr beiwohnen. Uns scheint es, als ob wir in diesen zwei Jahren in Wirklichkeit ein Jahrzehnt, ja ein ganzes Menschenalter durchgemacht haben, so viel hat sich inzwischen abgespielt! Eine Weltumwälzung von ungeheurer Tragweite, ein Weltdrama, dessen letzten Akt wir noch gar nicht übersehen können, das ist es, was wir erleben, richtiger instinktiv fühlen, ohne uns völlig klare Rechenschaft über die Bedeutung der Ereignisse zu geben. Wie auf politischem, so auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet bringt der Krieg eine tiefgehende Umgestaltung der Verhältnisse, deren Folgen wir heute noch gar nicht übersehen können. Wenn wir in den folgenden Zeilen es trotzdem schon vornehmen, eine Skizze der Ereignisse der letzten Jahre auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu geben, so beabsichtigen wir hiermit keine erschöpfende Darstellung, noch eine volle Würdigung dieser sich vollziehenden Revolution zu liefern, sondern bloss einige Tendenzen zu kennzeichnen, die heute schon am deutlichsten hervortreten und den kommenden Verlauf der Geschichte vermuten lassen. Wir wollen uns zunächst über die wirtschaftlichen Neugestaltungen Klarheit verschaffen, die der Krieg gebracht hat, um uns ein Bild von dem wahrscheinlichen Verlauf der wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe, die unser harren, zu machen. Im Anschluss daran sollen die Richtlinien gezeichnet werden, die unseres Erachtens für die Tätigkeit des Staates, der Kommune und der Arbeiterschaft selbst massgebend sein dürfen.

Der Ausbruch des Weltkrieges kam für die meisten Länder unerwartet. Sie waren auf ihn in keiner Hinsicht, vor allem wirtschaftlich nicht, vorbereitet. Manche haben an die Möglichkeit von Weltkriegen in unserem Zeitalter intensivsten Verkehrs zwischen den Ländern überhaupt gezweifelt; die meisten haben aber geglaubt, dass ein Weltkrieg eine so starke Erschütte-

rung des heutigen wirtschaftlichen Mechanismus verursachen werde, dass er schon aus diesem Grunde nicht lange werde dauern können. Es ist nun anders gekommen: das heutige Wirtschaftsgetriebe hat sich viel anpassungsfähiger erwiesen; die plötzlich eingebrochene Krise ist ziemlich leicht überwunden worden, ein Ende des Krieges ist nicht abzusehen.

Zwei Momente sind es vor allem, die man bei all diesen Erwägungen ausser acht gelassen hat: das weitgehende Eingreifen des Staates in die Privatwirtschaft, das den Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verhindert hat, und die Konjunkturlage am Vorabend des Krieges. Denn zweifellos war die durch den plötzlichen Ausbruch des Weltkrieges verursachte Störung des Wirtschaftsgetriebes darum von weniger verheerenden Folgen und konnte leichter überwunden werden, weil der Krieg in die Zeit der niedergehenden Konjunktur gekommen war. Man kann auch umgekehrt sagen, dass der Krieg in einem Moment aufsteigender Konjunktur überhaupt nicht ausgebrochen wäre. Denn die Unternehmer würden sich in einer Hochkonjunktur nicht das Geschäft verderben lassen. Zur Zeit der letzten Marokkokrise von 1911 und der Balkankriege verhinderte tatsächlich die damals noch herrschende gute Geschäftslage den Ausbruch des Krieges, und nur die seit den Balkankriegen im Niedergang begriffene Konjunkturlage in Oesterreich-Ungarn hat bei der Geschäftswelt nicht nur den Widerstand gegen die Kriegstreiber gebrochen, sondern direkt die Hoffnung geweckt, dass nach einer Reinigung der politischen Atmosphäre durch ein kurzes Gewitter eine Hochkonjunktur erfolgen werde. — Aeusserungen der führenden Personen der Bank- und Industriewelt, dass nach dem Kriege ein grosser Aufschwung zu erwarten sei, wie beispielsweise die von *H. Hecht* im « Berliner Tageblatt », konnte man noch zu Beginn des zweiten Kriegsjahres antreffen. Man kann darum sagen, dass der Weltkrieg wahrscheinlich auch noch diesmal verhindert worden wäre, wenn die Konjunkturlage Mitte 1914 günstiger gewesen wäre. Auf jeden Fall wären zunächst die wirtschaftlichen Folgen eines Weltkrieges viel, viel verheerender, falls er im Moment einer Hochkonjunktur ausgebrochen wäre.

Die Ursachen der Wirtschaftskrise sind mannigfacher Natur. Es scheint überhaupt, dass die Wirtschaftsperioden, die Spanne Zeit zwischen einer Handelskrise bis zur andern, kürzer werden. Einst dauerte es von einer Krise bis zur andern ungefähr 10 Jahre. In den letzten zwei Jahrzehnten haben wir aber *drei* Krisen gehabt: 1900/1902, 1907/1909 und 1913/1914. Wir leben ja im Zeitalter der Elektrizität, da sich alles viel rascher abspielt als im Zeitalter des Dampfes; die Entwicklung der Produktivkräfte nimmt heute stürmischen Verlauf und überholt schnell die Konsumtionskraft der Bevölkerung, die durch die steigende

Teuerung noch dazu eingeschränkt ist. Hinzu kamen spezielle Momente, die den Ausbruch der Handelskrise beschleunigt haben.

Der Aufschwung der europäischen Industrie in den letzten 20 Jahren gründete sich zum grossen Teil auf der Ausfuhr nach den jungen aussereuropäischen Ländern wie nach Süd- und Nordamerika, zum Teil auch nach Asien und Russland.

Infolge spekulativer Preistreibereien, insbesondere auf dem Boden- und Terrainmarkte, grosser Kapitalinvestierungen und Versteifung des Geldmarktes in Europa brach in diesen Ländern um die Mitte 1913 eine Börsen- und Wirtschaftskrise aus, die bald auf die Börsenplätze in Paris und London zurückwirkte.

Frankreich hatte besonders unter der südamerikanischen Krise zu leiden. Frankreich hatte dort ungeheuerliche Summen (in Brasilien allein etwa 6 Milliarden Franken) investiert, die jetzt entwertet waren. Ausserdem hatte es an die Balkanstaaten und die Türkei sowie an Russland grosse Summen ausgeliehen, so dass den ganzen Sommer hindurch eine Versteifung auf dem Geldmarkte herrschte. Frankreich hatte sonst die niedrigsten Diskontosätze; 1914 war aber in Paris Geld teurer als in London und nur wenig billiger als in Berlin.

So traf der Kriegsausbruch Frankreich in einer sehr ungünstigen finanziellen Situation; die Verfassung seiner Banken und seiner Börse war äusserst schlecht, wie auch die Lage der Staatsfinanzen gerade damals eine ungewöhnlich schwierige war. Unter den Folgen dieser Verhältnisse, die die durch den Krieg verursachte Krise stark verschärft haben, litt Frankreich zu Beginn des Krieges sehr stark und zog, wie wir noch später sehen werden, auch die Schweiz in Mitleidenschaft.

Umgekehrt war die wirtschaftliche Lage Deutschlands Mitte 1914 relativ günstig. Die Abschwächung der Wirtschaftskonjunktur vollzog sich hier in ruhigen Bahnen, ohne besonders hervortretende krisenhafte Erscheinungen, und gestattete den Ban- 1911 drängte nämlich die Reichsbank auf eine Festigung der ken, ihren Status zu kräftigen. Seit der Marokkokrisis von Finanzlage und eine Verbesserung der Kriegsrüstung hin. Immerhin gelang es weder ihr selbst noch den andern Kreditbanken, in den Jahren 1911 bis 1912 und in der ersten Hälfte 1913 eine wesentliche Verbesserung ihres Status zu erlangen. Erst die Wirtschaftskrise ermöglichte eine bedeutende Einschränkung der Kredite und die Sammlung von Barreserven. Während einer Konjunkturstockung wird nämlich viel Kapital frei, das keine unmittelbare Verwendung in der Industrie findet. Denn nach Verkauf der Waren werden keine neuen produziert, oder wenigstens wird Kapital relativ wenig in neuen Anlagen investiert. Daher tragen die Geschäftsleute ihre Schulden bei den Banken in solchen Jahren ab. So verminderten sich auch die

Darlehen der acht Berliner Grossbanken von Ende Mai bis Ende Juni 1914 gegen Wechsel um fast 300 Millionen, die Vorschüsse auf Waren um 70 Millionen und die auf Börsenpapiere um rund 100 Millionen. Infolgedessen konnten diese Banken auch eine um 100 Millionen Mark höhere Kasse aufweisen. Ebenso vermochte die Reichsbank schon 1913, fast 200 Millionen Mark mehr als im Vorjahre und bis Ende Juli noch weitere 240 Millionen Mark in Gold anzusammeln.

Während also in Frankreich und auch in Russland Anfang 1914 scharfe Börsenkrisen wüteten, so dass die Regierung in Russland den Banken sogar grosse Kredite zur Verfügung stellen musste, um den völligen Zusammenbruch der Börse zu verhüten, vermochten die deutschen Börsen und Banken selbst die darauffolgenden, mit den politischen Ereignissen zusammenhängenden Erschütterungen relativ leicht zu ertragen, so dass die deutschen Börsen sogar etwas später als die andern geschlossen wurden, nämlich erst am 1. August, als die Börsen fast sämtlicher anderer Länder ihre Tätigkeit schon eingestellt hatten.

Uebrigens war die deutsch-österreichische Bank- und Börsenwelt von den Ereignissen nicht überrascht. Wie der Handelsredakteur der « Basler Nachrichten », Dr. *V. Furlan,* in der « Zeitschrift für schweizerische Statistik » (15. Jahrg., 3. Heft) mitteilt, ging der eine Zeitlang vor dem Kriege sich in Paris aufhaltende Wiener Finanzmann Baron Rosenberg grosse Baisseoperationen in französischer Rente (das heisst spekulierte auf ihren Kurssturz) ein, und es liess die Dresdener Bank in Berlin an ihre Kundschaft vertrauliche Aufforderungen ergehen, « zu verkaufen » ... Die Wiener Börse hatte auch seit der Ermordung des österreichischen Thronfolgers fast ununterbrochen Erschütterungen durchgemacht, dagegen reagierte sie auf das österreichische Ultimatum relativ schwach, weil sie es erwartet hatte, während auf den übrigen Börsen erst jetzt die Krise einsetzte. Auch in Deutschland brach damals eine Krise aus. « Eine Serie schwarzer Börsentage, » schrieb die « Frankfurter Zeitung », wie wir sie seit Freitag, als der Text der österreichischen Note bekannt wurde, mitgemacht haben, ist wohl schon seit Jahrzehnten nicht mehr dagewesen.»

Immerhin vermochten sich die Kurse der Staatspapiere und der andern festverzinslichen Effekten in Deutschland zunächst noch zu halten *). Hingegen musste die Börse in Paris schon am 25. Juli infolge der ins Ungeheure wachsenden Menge von Börsenverkaufsorders zum Teil eingestellt und zum Teil durch Staatseingriff eingeschränkt werden.

Auch die Schweizer Börsen haben in diesen Tagen eine starke Erschütterung erfahren, wie selbst die weit vom Wetter-

*) Zeitschrift für schweiz. Statistik, 1914, 3. Heft, S. 286.

winkel abliegende Neuyorker Börse, und mussten mit dem Ausbruch des Krieges all mitsamt ihre Pforten schliessen*). Denn, wie Furlan meint, es wären in jener Zeit auch bei äussert niedrigen, für den öffentlichen und privaten Kredit vielleicht ruinösen Geldkursen keine oder wenigstens nicht nennenswerte Abschlüsse zustande gekommen. Der feine Mechanismus des Börsenverkehrs mit seiner weltumspannenden Arbitrage (Geld-, Wechsel- und Effektenüberweisungen zwischen einzelnen Ländern je nach ihrem Kursstande) geriet eben plötzlich in Unordnung und musste seine Tätigkeit einstellen.

Was das bedeutet, begreift man, wenn man sich erinnert, dass ein sehr grosser Teil des Volksvermögens die Form von Wertpapieren angenommen hat, in denen auf den Börsen gehandelt wird. So soll England Effektenpapiere im Betrage von 150 bis 160 Milliarden Franken, Frankreich etwa 110 bis 120 Milliarden Franken Effekten besitzen**), während in der Schweiz etwa 11 Milliarden von einem Gesamtvermögen von 30 bis 35 Milliarden die Form von Effekten tragen.

Schon aus diesem Grunde und noch mehr infolge der völligen Unterbrechung des internationalen und Stockung des Inlandverkehrs in der ersten Kriegswoche musste es mit dem Kriegsausbruch zu einer *Zahlungs- und Kreditkrise* kommen, die selbstredend von einer Panik unter der Bevölkerung, starkem Ansturm auf die Banken und Sparkassen und ähnlichem mehr begleitet war. In solchen Fällen wiederholt sich stets der gleiche Vorgang, den Marx schon im ersten Band des « Kapital » kurz und sehr zutreffend schildert (Seiten 95/96 der Volksausgabe von 1914):

«Die Funktion des Geldes als Zahlungsmittel», sagt er dort, «schliesst einen unvermittelten Widerspruch ein. Soweit sich die Zahlungen ausgleichen, funktioniert es nur ideel, als Rechengeld oder Mass der Werte. Soweit wirkliche Zahlungen zu verrichten sind, tritt es nicht als wirkliches Zirkulationsmittel auf, als nur verschwindende und vermittelnde Form des Stoffwechsels, sondern als die individuelle Verkörperung der gesellschaftlichen Arbeit, selbständiges Dasein des Tauschwertes, absolute Ware. Dieser Widerspruch kommt zum Ausbruch in dem Moment der Produktions- und Handelskrisen, die Geldkrise heisst. Sie ereignet sich nur, wo die ununterbrochene Kette aufeinanderfolgender Zahlungen und ein künstliches System ihrer Ausgleichung völlig entwickelt sind. Mit allgemeinen Störungen dieses Mechanismus, woher sie immer entspringen mögen, schlägt das Geld plötzlich und unvermittelt aus der nur ideellen Gestalt des Rechengeldes in *hartes Geld* um. Es wird unersetzlich durch profane Waren. Der Gebrauchswert der Ware wird wertlos, und ihr Wert verschwindet vor seiner eigenen Wertform. Eben noch erklärte der Bürger..., nur Ware ist Geld. Nur Geld ist Ware, gellt's jetzt über den Weltmarkt. Wie der Hirsch schreit nach frischem Wasser, so schreit seine Seele nach Geld, dem einzigen Reichtum.»

*) Die Genfer Börse hat die Kursnotierungen sistiert.

**) *H. Kurz*, Direktor der Schweiz. Kreditanstalt, in der « Zeitschrift für schweiz. Statistik», 1914. 4. Heft.

Am schärfsten musste sich diese Krise in England, dem Zentrum des Weltverkehrs, äussern.

Die englische Regierung traf energische Massnahmen, um die Wirkungen der Krise abzuschwächen. Es wurde ein Moratorium erlassen, kleine Noten geschaffen, die den Banken im Betrage eines Fünftels ihrer Einlagen, in der Gesamtsumme von 225 Millionen Pfund, vorgeschossen wurden. Dann übernahm der Staat die Garantie für ausländische Wechsel (im Gesamtbetrag von 120 Millionen Pfund) und schoss den Banken 60 % des in Obligationen investierten Betrages vor, unter der Bedingung, dass die Banken ihre Obligationen nicht vor 12 Monaten nach der Beendigung des Krieges auf den Markt bringen werden. Die Summe dieser Obligationen betrug 50 Millionen Pfund. Aehnlich weitgehende Massnahmen wurden in bezug auf die Liverpooler Baumwollbörse getroffen.

Auch in Frankreich griff man zu ähnlichen, wenn nicht so weitgehenden Mitteln. Wie fast überall, so wurde auch in Frankreich ein Moratorium erlassen, kleine Noten in den Verkehr gesetzt, um das Bedürfnis nach Zahlungsmitteln zu befriedigen, dann den Banken grosse Kredite gewährt. Die Bank von Frankreich nahm ihnen vom 27. Juli bis zum 6. August 1914 für 2352 Millionen Franken Wechsel und bis zum 1. Oktober für weitere 541 Millionen Franken ab *), obgleich die Banken ein Moratorium genossen. Sie hatten bloss 250 Franken und 5 % des Restes von den ihnen anvertrauten Depositen zu zahlen. Einzig für Lohnzahlungen mussten die gesamten Depots zur Verfügung von Handel und Industrie gehalten werden. So kritisch war ihre Lage beim Ausbruch des Krieges! Bald erholten sie sich aber, und die Auszahlungspflicht wurde dann auf 1000 Franken und 50 bis 75 % des Restes erhöht. Die Auszahlungspflicht der Sparkassen musste man auf 50 Franken für 14 Tage pro Deponent beschränken. Die schwere Lage der Bank von Frankreich in den ersten Monaten des Krieges manifestiert sich darin, dass noch am 10. Dezember 1914 in ihren Kassen prolongierte Wechsel in der Höhe von 3627,5 Millionen Franken waren! (Am 31. August 1916 blieben davon in ihren Kassen noch 1,41 Milliarden Franken liegen.)

Bedeutend günstiger war die Lage Deutschlands. Hier wurde von Anfang an planmässig gehandelt. Die Reichsbank erklärte sofort, sie werde alle Bedürfnisse nach Geld befriedigen; die Banken hielten ihre Kassen stets offen und zahlten die beliebigsten Summen aus. Vom 24. Juli bis zum 7. August wurden für 2006,3 Millionen Mark Noten ausgegeben und fast für 3 Milliar-

*) «Le Temps» vom 19. Dezember 1914: «Projet de loi sur les douzièmes provisoires».

den Wechsel diskontiert, darunter etwa drei Viertelmilliarden für das Reich zur Bestreitung der Mobilisationskosten. Unter den in den Verkehr gesetzten Zahlungsmitteln befanden sich kleine Zahlungsmittel im Betrage von 683 Millionen Mark. Ausserdem gaben 86 Gemeinden und 25 Privatstellen Notgeld im Betrage von 6,2 Millionen Mark aus.

Durch dieses rasche Eingreifen nach einem von vornherein ausgearbeiteten Plan und infolge der im allgemeinen besseren finanziellen Lage Deutschlands erklärt es sich, dass Deutschland auf ein allgemeines Moratorium verzichten und es den Gerichten überlassen konnte, von Fall zu Fall zu urteilen, ob der Schuldner seinen Verpflichtungen nachkommen könne oder nicht.

Was den Volkswirten starkes Kopfzerbrechen gemacht und manchen sogar besondere Angst eingeflösst hatte, die mit einem Weltkrieg verbundene Geld- und Kreditkrise, wurde also relativ leicht überwunden. Ihre äussere Erscheinung war die rasch aufeinanderfolgende starke Erhöhung des Zinssatzes, in England von 3 % bis auf den exorbitanten Satz von 10 %, der in der Geschichte der Bank von England überhaupt nur zweimal — 1857 und 1866 — vorkommt; er wurde aber schon am 7. August auf 6 % und am 8. August auf 5 % ermässigt. In Frankreich wurde die Bankrate zunächst von 3½ % bis auf 6 % erhöht und dann am 20. August auf 5 % herabgesetzt. In Deutschland wurde der offizielle Diskontsatz um 2 %, auf 6 %, hinaufgesetzt, was für Deutschland keine ungewöhnliche Erscheinung ist, und am 22. Dezember wieder auf 5 % ermässigt. Auch die Bewegung des Geldmarktes war also in Deutschland nicht krisenhaft. Wäre aber der Krieg im Oktober 1913 ausgebrochen, als der Banksatz noch 6 % betragen hat, so würde die Erschütterung durch den Krieg naturgemäss stärker gewesen sein, und die eventuelle Hinaufsetzung der Bankrate um 2 %, auf 8 %, wäre ein kaum zu überwindender Schlag für das gesamte Wirtschaftsleben Deutschlands geworden. Zur Zeit der Hochkonjunktur würde folglich der Weltkrieg in der Tat eine sehr schwere Katastrophe zur Folge gehabt haben.

Auch in der Schweiz zeigte sich zu Anfang 1913 eine Erleichterung auf dem Geldmarkte. Immerhin waren die Banken auf eine solche Krise, wie sie mit dem Kriegsausbruch eintrat, völlig unvorbereitet, und darum bemächtigte sich eine starke Panik nicht nur der breiten Volkskreise, die zuweilen in übereilter Weise ihre Spareinlagen und Depots bei den Banken und Sparkassen abheben wollten, sondern auch der Leiter des Finanzkapitals, in erster Linie des Direktoriums der Nationalbank selbst.

Im allgemeinen hat auch die Schweiz die gleichen Massnahmen wie die andern Länder getroffen. Am 30. Juli wurden

die kleinen Noten (zu 20 und 5 Fr.) ausgegeben und den Noten gesetzliche Zahlungskraft verliehen; später wurden auch die Bundeskassenscheine (zu 20, 10 und 5 Fr.) dem Verkehr übergeben und seit dem 1. September auch Noten zu 40 Franken ausgegeben. Ein Moratorium wurde erlassen, die Auszahlungen nach dem Auslande sistiert. Dadurch sowie durch Hinaufsetzung der Bankrate bis auf 6 % wurde Doppeltes angestrebt: dem Verkehr die notwendigen Zahlungsmittel zur Verfügung zu stellen, ohne den Metallvorrat der Zentralbank zu gefährden, das heisst ohne Hartgeld herausgeben zu müssen, und den Schuldnern über die ersten Schwierigkeiten hinüberzuhelfen.

In der öffentlichen Meinung hat sich ein Glaube festgesetzt, dass der Metallvorrat der Zentralbank eine Deckung für die Noten sei. In Wirklichkeit steht hinter dem Kredit der Notenbank der Kredit des Staates; die Noteneinlösung hängt allein von der Zahlungsfähigkeit des Staates ab. Die Begrenzung der Notenausgabe auf ein bestimmtes Verhältnis zu dem Metallvorrat hat einen ganz andern wirtschaftlichen Sinn, nämlich den, den Markt nicht durch Papiergeld überfluten zu lassen, was zu einer Entwertung des Geldes führen könnte. In Zeiten von Geldkrisen hat aber die Ueberschreitung der gesetzlichen Vorschriften über die Notendeckung weiter keine Bedeutung. Das geschah schon mehrfach in England und rettete stets die Situation.

Anders dachte aber das Direktorium der Nationalbank. Es sah seine einzige Aufgabe in der Erhaltung des Metallvorrats und in der Einhaltung der vorschriftsmässigen Deckung (40 % der Noten). Als in der letzten Juliwoche der Notenumlauf von 268 auf 409 Millionen angestiegen und die Metalldeckung von 74,3 % auf 48,3 % gesunken war, verlor das Direktorium den Kopf und griff zu einer Massnahme, die nicht nur eine sehr weitgehende Ueberschreitung seiner Befugnisse darstellte, sondern auch durchaus verkehrt, durch die Lage der Dinge keineswegs geboten war und sich für die folgende Zeit recht verhängnisvoll erwiesen hatte. Durch ein Zirkular gebot nämlich die Nationalbank den Privatbanken, Rückzahlungen an Private auf 200 Fr. für Depotrechnungen und auf 50 Franken für Sparhefte im einzelnen Fall zu beschränken, verfügte also ein Bankmoratorium, das weiter ging als selbst das französische, ohne dabei von irgendwelcher Instanz dazu berechtigt zu sein.

Wir schliessen uns in dieser Beziehung der Kritik des Professors *Landmann* im dritten Heft des 15. Jahrgangs der von ihm redigierten « Zeitschrift für schweizerische Statistik » völlig an. Er sagt dort:

«Was sich in den letzten Juli- und den ersten Augustwochen zur Ueberraschung und Bestürzung sämtlicher Beteiligten vor unseren Augen abspielte, das zwar nur vorübergehende, aber fast völlige Versagen der

gesamten schweizerischen Zahlungs- und Kreditorganisation und als Folge dieses Versagens eine schwere Erschütterung des gesamten Wirtschaftsverkehrs, dies stellt sich uns bei retrospektiver Betrachtung als natürliche, fast unvermeidliche Konsequenz der unzulänglichen Liquidität des schweizerischen Bankwesens dar.»

Damit trifft er den Nagel auf den Kopf. In der Tat ist die Liquidität des Bankwesens äusserst mangelhaft.

Unter Liquidität des Bankstatus versteht man gewöhnlich ein gewisses Verhältnis zwischen den greifbaren Beständen und den Verpflichtungen der Banken. Die Banken arbeiten bekanntlich in steigendem Masse mit fremden Geldern. Während die eigenen Mittel der schweizerischen Banken von 1906 bis 1913 *) von 0,96 bloss auf 1,23 Milliarden gestiegen sind, haben sich die ihnen anvertrauten fremden Gelder von 4,92 auf 7,17 Milliarden gehoben und somit 1906 514,14 und 1913 520,24 % der eigenen Mittel ausgemacht. Es ist aber beinahe ausgeschlossen, dass sämtliche fremden Mittel den Banken plötzlich entzogen werden könnten. Darum dürfen die Banken schon einen gewissen Teil der fremden Gelder auf längere oder kürzere Zeit verleihen. Nur muss ein gewisses Verhältnis zwischen den langfristigen und kurzfristigen Ausleihungen eingehalten werden. Bankmässig werden als gute Deckung der Verpflichtungen die Barbestände der Kassen, Giroguthaben bei andern Banken, vor allem bei der Zentralnotenbank, und die Wechsel, die eventuell bei der Notenbank rediskontiert werden können. In Wirklichkeit erweist es sich aber, dass man sich in Krisenzeiten fast nur auf die Barbestände in der eigenen Kasse und eventuell auch noch auf das Giroguthaben bei der Zentralbank verlassen kann. So meint die Kreditanstalt in ihrem Bericht von 1914, dass nach den Erfahrungen der letzten Krise « manche Anschauungen über die jederzeit verfügbaren Mittel einer Bank, die bisher als Dogmen galten, zu revidieren sein » werden; denn tatsächlich hätten « bloss die Barmittel in der Kasse die Eigenschaft zuverlässiger Liquidität besessen ».

In der letzten Zeit wurde nun allseitig, insbesondere von der Reichsbank in Deutschland, die Forderung erhoben, dass die Barbestände 10 % der Verpflichtungen ausmachen sollen. Und wie stand es in dieser Hinsicht bei uns vor dem Kriege? Nach den schon angeführten Mitteilungen H. Schneebelis in der « Zeitschrift für schweizerische Statistik » war das prozentuale Verhältnis der *Kassa und Giroguthaben* zu den *fremden* Geldern:

*) «Zeitschrift für schweiz. Statistik», 4. Heft, 1914, S. 396/397.

	1906	1911	1918
Kantonalbanken	—	0,83	1,01
Grossbanken	3,68	3,26	3,58
Lokal- und Mittelbanken	2,19	1,88	1,82
Spar- und Leihkassen	1,08	0,86	0,80
Hypothekenbanken	0,51	0,37	0,26
Sparkassen	0,65	0,59	0,59
Trustbanken	0,10	0,78	0,17
Zusammen	1,71	1,37	1,39

Man sieht, dass die Liquidität der schweizerischen Banken weit entfernt ist vom geforderten Minimum.

Aus den « fremden Geldern » muss man allerdings solche ausscheiden, die langfristige Schulden der Banken darstellen. Aber auch in diesem Falle ergibt es sich, dass die Deckung Ende 1913 im Durchschnitt nur 2,5 %, bei den Kantonalbanken nur 2,3 %, bei den Sparkassen gar nur 0,68 % betrug. Allein die Grossbanken weisen in diesem Falle eine ziemlich hohe Deckung von 6,3 % auf. Auch die gesamten sogenannten « leicht greifbaren Mittel » stellen bei den Sparkassen einen lächerlich geringen Prozentsatz der fremden Gelder dar, nämlich im ganzen 3,45 %.

Es ist darum begreiflich, dass die Banken das Zirkular der Nationalbank vom 2. August mit « einem Seufzer der Erleichterung » aufgenommen haben, wie Landmann feststellt. Immerhin muss man sagen, dass die Gefahr des Zusammenbruches sowohl von der Nationalbank als auch von den übrigen Banken selbst übertrieben war. In Wirklichkeit nahmen die durch allgemeine Panik hervorgerufenen Abhebungen bei den Banken und Sparkassen keinen allzu grossen Umfang an. In einem Artikel der « Frankfurter Zeitung » vom 14. August 1915 wird vermutet, dass der Abfluss der Gelder aus den deutschen Sparkassen in den Paniktagen von 1914 etwa 150 bis 200 Millionen betragen hat. Bei der städtischen Sparkasse in Berlin wurden vom 23. Juli bis zum 8. August aus einem Einlagebestand von 285,3 Millionen Mark nur 11,28 Millionen abgehoben und gleichzeitig beinahe drei Millionen neu eingezahlt; bei der Breslauer Sparkasse, die einen Einlagebestand von 101,6 Millionen aufwies, betrug der Ueberschuss der Rückzahlungen über die Einzahlungen 4,66 Millionen, also etwa 4,5 % usw.

Nach einer Erhebung von *A. Stampfli* (« Zeitschrift für schweizerische Statistik », 4. Heft, 1914) bei 21 Kantonalbanken, 16 reinen Sparkassen und 11 Instituten mit gemischtem Geschäftskreis, die ungefähr drei Fünftel des gesamten Sparkassen-

bestandes der Schweiz verwalten, hat sich ihr Bestand an Sparkassengeldern im III. Quartal 1914 um 22,9 Millionen, gleich 1,9 % verringert, im Monat Juli allein um 12,3 Millionen, im August nach der Verfügung der Kantonalbank um 9,5 Millionen. In den eigentlich kritischen Tagen vom 29. Juli bis 1. August haben alle diese Institute 17,1 Millionen Franken oder rund 1,4 % ihres Sparkassenbestandes ausgezahlt. Für die Gesamtheit der Institute schätzt Stampfli den Ueberschuss der Abhebungen über die Einlagen auf 30 bis 35 Millionen.

Man sieht, es waren keineswegs gewaltige Summen, die nicht aufgebracht werden konnten, selbst wenn sie sich verdoppelt hätten. Zwar waren die Sparkassen und manche kleinere Banken in der Tat an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Eine kräftige Unterstützung der Banken, selbst auf die Gefahr der nach Uebereinkunft mit dem Bundesrat vorgenommenen Ueberschreitung der gesetzlichen Deckungsvorschrift hin könnte die ganze Lage retten und rasch den Panikabhebungen Einhalt tun. Denn, Prof. Landmann hat sicher recht, dass «ein Moratorium für Bankguthaben in einem Lande von der wirtschaftlichen Struktur der Schweiz einen fast katastrophalen Eingriff in das Wirtschaftsleben bedeutet, der moralisch und wirtschaftspolitisch nur im Falle der äussersten Not gerechtfertigt werden kann ».

Und gesetzt selbst den Fall, ein solches Moratorium erweise sich als notwendig, so muss und soll es nur von der gesetzgebenden Körperschaft, nicht von einer Bank erlassen werden. Denn das Parlament wird eher imstande sein, die Interessen aller Volksschichten abzuwägen, keineswegs aber den Banken einfach eine Blankovollmacht auf Zurückhaltung der Einlagen erteilen. So weigerten sich die Banken, selbst Gelder für Lohnzahlungen auszuliefern, worauf schon Landmann hinweist. Uns ist noch folgender Fall bekannt geworden: Die Papierfabrik Biberist gibt als Ursache der Schliessung ihrer Anlagen unter anderm den Mangel an Lohngeld an! Auch der Fabrikinspektor des I. Kreises berichtet über vielfache Stockung in der Lohnzahlung infolge dieses Bankmoratoriums.

Der Bericht des Basler Handels- und Industrievereins für 1914 schreibt noch über die getroffene Verfügung der Nationalbank folgendes:

«In ungewohnter Weise wurden die wirtschaftlich produktiven Kreise in Handel und Industrie betroffen durch die Erschwerung des Bezugs der Zahltagsgelder. Zwar erklärte sich die Nationalbank bereit, das zur Auszahlung der Löhne erforderliche Kleingeld gegen Vorweisung der Lohnlisten zur Verfügung zu stellen. Aber als Bedingung dafür verlangte sie dann in praxi für die dazu unentbehrlichen kleineren Münzsorten unter 50 Franken Eigenwechsel der Unternehmer von 30 bis 90 Tagen Laufzeit, was bei dem damaligen Wechseldiskont von 6 % pro Jahr einem Aufgeld von ½ % pro Monat gleichkam.»

Wir legen an dieser Stelle darum auch entschiedene Verwahrung gegen ein solches eigenmächtiges Eingreifen in das Wirtschaftsleben, wie diese Verfügung des Bankmoratoriums darstellt, ein, dessen Kosten denn doch in letzter Linie *die Arbeiter* zu tragen haben.

Die Nationalbank hat dann am 17. August versucht, die Wirkung ihres Zirkulars vom 2. August abzuschwächen, indem sie das Verbot der Auszahlung bloss auf Spargelder beschränkte und die Depositen der Unternehmer davon ausschloss. Man konnte aber das Geschehene nicht so leicht gutmachen.

Zusammen mit dem Wechselmoratorium vom 3. und dem Rechtsstillstand vom 5. August, die der Bundesrat verfügt hat, wirkte diese Massnahme der Nationalbank in der Richtung der völligen Lahmlegung der Gewerbetätigkeit. Man nimmt gewöhnlich an, dass auf diese Weise wenigstens die Geldkrise leichter überwunden werden konnte. Das trifft nicht zu. Zwar kam sie nicht mit voller Schärfe zum Ausdruck, *dauerte aber länger* als in andern Ländern. Während selbst die Niederländische Bank schon am 19. August ihren Satz von 6 auf 5 % ermässigen konnte, wartete die Nationalbank damit bis zum 10. September! Hier dauerten also die Geldanspannung und die unsichere Lage fast drei Wochen länger an als in Holland! ...

Der durch die Störung des internationalen Verkehrs und Lahmlegung der Gewerbetätigkeit hervorgerufenen Kreditkrise suchte man in der Schweiz wie in Deutschland durch Schaffung von *Darlehnskassen* abzuhelfen.

Im Grunde genommen bedeutet die Schaffung dieser Kassen nichts anderes als eine Umgehung des Banknotengesetzes. Das spricht der erste Geschäftsbericht der Darlehnskasse der schweizerischen Eidgenossenschaft offen aus. Die Nationalbank erklärt dort, dass sie aus folgendem Gesichtspunkte heraus für die Schaffung dieser Kassen war:

«Angesichts der eingetretenen Stockung im internationalen Zahlungsverkehr, der Schliessung der Börsen und der daraus sich ergebenden Unverkäuflichkeit auch der besten Wertschriften war die Notwendigkeit einer ausreichenden Kredithilfe um so weniger zu bestreiten, als die schweizerische Nationalbank *infolge der gesetzlichen Beschränkung des Geschäftskreises und ihrer begrenzten Bewegungsfreiheit im Lombardgeschäft nicht alle angebotenen Sicherheiten belehnen konnte.* Aktien, Genossenschaftsteile, Waren sind bei der Nationalbank von der Belehnung ausgeschlossen.»

Ausserdem dürfen Effekten nicht als Deckung der Noten gelten. Darum hat man die Darlehnskassen geschaffen, die all das belehnen dürfen, dabei aber gleichzeitig Scheine ausgeben, die als *Deckung für die Noten der Nationalbank dienen* und im Verkehr als gesetzliches Zahlungsmittel umlaufen, also die Funktion von Noten übernehmen! Die notwendig gewordene Erwei-

terung des Status der Nationalbank erklärt sich in der Schweiz in der Hauptsache deshalb, weil die Banken ihre Mittel in Hypotheken festgelegt haben, ohne sie flüssig machen zu können. Man musste ihnen darin auf diese Weise durch Umgehung des Banknotengesetzes zu Hilfe kommen.

In der Tat wurden im ersten Jahre 68,92 Millionen Franken Vorschüsse gewährt, davon 38,24 Millionen vornehmlich an Hypothekarinstitute, Lokalbanken, Spar- und Leihkassen. Von der Gesamtsumme der geleisteten Sicherheiten im Betrage von 130,44 Millionen Franken entfallen auf die Hypothekartitel 82,24 Millionen (63,05 %). Es ist also im Grunde genommen der *agrarische Charakter der Banktätigkeit,* vornehmlich der Kantonalbanken, aber auch der Sparkassen, sowie die durch den Krieg verschärfte Baukrise in den Städten, die die Ueberwindung der Geld- und Bankkrise erschwert haben. Im Jahre 1915/16 änderte sich die Tätigkeit der Darlehnskassen insofern, als die geleisteten Sicherheiten in der Hauptsache aus Obligationen und Sparheften bestanden. Im allgemeinen wurden Vorschüsse im Betrage von 24,13 Millionen Franken neu bezogen, während 29,5 Millionen zurückgezahlt, so dass der Bestand an Darlehen am 30. Juni 1916 bloss 44,84 Millionen Franken betrug. Dieser war immer noch bis 64,3 % durch *Hypothekartitel* gedeckt. Der Liquidation der Darlehnskassentätigkeit steht somit die Baukrise in den Städten im Wege.

In Deutschland dienen die Darlehnskassen heute fast ausschliesslich der Kriegsfinanzierung; auf jeden Fall ist auch dort das Notenbankgesetz umgangen worden, wie dies in England durch die Schaffung der Currency Notes (Notstandsnoten in kleinen Beträgen, die nur in geringem Masse durch Gold gedeckt sind) der Fall ist. Es wäre ja völlig sonderbar, wenn in dieser gewaltigen Welterschütterung allein die künstlichen Gebäude der Notenbanken aufrecht blieben, während sie doch in den kriegführenden Ländern völlig ihre Aufgabe geändert haben: Aus Institutionen zur Regulierung des Geldverkehrs und zur Befriedigung der kurzfristigen Kreditbedürfnisse des Handels und der Industrie sind sie dort *Kriegsbanken* geworden, die die gewaltige Aufgabe der Finanzierung des Weltkrieges zu lösen haben. Damit musste sich auch der Charakter ihrer Tätigkeit und ihr äusseres Aussehen ebenfalls völlig verändern. Was helfen da die für ganz andere Zustände geschaffenen Gesetze!

Es kann nicht die Aufgabe dieser Zeilen sein, eine Schilderung der Verhältnisse in den kriegführenden Ländern zu geben. Es mögen hier nur einige Illustrationen angeführt werden.

Obwohl die private Nachfrage nach Kredit überall stark gesunken ist, Privatwechsel heute noch kaum ausgegeben werden, ist das Wechselportefeuille der deutschen Reichsbank von Ende

Juni 1914 bis Ende Juni 1916 in der Hauptsache infolge der Diskontierung von Reichswechseln von 1213 auf 6610 und bis Ende Juli 1916 um weitere 450 Millionen Mark angestiegen. Ebenso hat sich der Notenumlauf *verdreifacht,* während der Goldbestand sich bloss um 88 % erhöht hat. Ausserdem haben die Darlehnskassen bis zum 31. Juli 1916 Scheine im Betrage von 1871,6 Millionen Mark ausgegeben, ein Betrag, der *grösser ist als der Notenumlauf der Reichsbank vor dem Kriege* (1674 Millionen am 23. Juli 1914). Allerdings befinden sich davon 378,2 Millionen in den Kassen der Reichsbank (zur Deckung ihrer Noten!); aber auch nach Abzug dieses Betrages bleibt im Verkehr die enorm grosse Summe von rund 1,5 Milliarden Mark bei einem gleichzeitigen Notenumlauf von über 7 Milliarden Mark (8,78 Milliarden Franken).

Aehnlich liegen die Verhältnisse in den andern Ländern. In Frankreich hat Ende Juli 1916 der Notenumlauf 16,2 Milliarden Franken erreicht, in der Hauptsache infolge der hohen Vorschüsse an den Staat (8,3 Milliarden) und an die Verbündeten (1,2 Milliarden). Die Golddeckung ist auf 27 bis 28 % gesunken. Ebenso weist die Banca d'Italia bei einem Barbestand von 1,04 eine Notenzirkulation von 3,4 Milliarden Lire auf.

Der Status der Bank von England hat sich weniger verändert; dafür ist die Zirkulation der Currency Notes gewaltig angestiegen.

Die Lage der Nationalbank ist natürlich viel günstiger. Der Notenumlauf hat sich vom 23. Juli 1914 bis zum 15. November 1916 von 267,92 auf 470,8 Millionen Franken vermehrt, dagegen ist der Metallbestand von 197,8 auf 339,6 Millionen angestiegen. Der Notenumlauf hat zugenommen, weil die Nationalbank Schatzanweisungen des Bundes in der Höhe von 238,6 Millionen Franken diskontiert hat. Hierbei sei bemerkt, dass Frankreich der Notenbank nur einen sehr geringen Zins (2 % als Verzinsung und 1 % zur Amortisation der Schuld) zahlt, während die Schweiz den gewöhnlichen Zins zahlt. Das Ansteigen des Metallbestandes hängt auch mit der Gestaltung der Devisen-(Auslandswechsel-)kurse und der günstigen Handelsbilanz der neutralen Staaten zusammen.

Gold ist aus dem Verkehr fast gänzlich verschwunden. Nur England lässt noch in äussersten Fällen Gold ausgeben. Sonst zirkuliert nur Papiergeld (Noten, Schatzscheine, Darlehnskassenscheine und ähnliches mehr), während das Gold in den Kassen der Banken aufgespeichert wird. Die « Frankfurter Zeitung » hat kürzlich berechnet, dass die europäischen Zentralnotenbanken ihre sichtbaren Goldvorräte während der ersten zwei Jahre des Weltkrieges um 3277 Millionen Mark erhöht haben, während allein Amerika etwa 2,7 Milliarden Mark an Gold gesammelt

hat. Da die Weltproduktion von Gold 1914 und 1915 bloss 3,89 Milliarden Mark beträgt, so erhellt schon daraus, dass die Notenbanken Gold aus dem Verkehr gezogen haben. Wir wissen auch, dass in Deutschland, Frankreich und in den andern Ländern in dieser Richtung hin grosse Anstrengungen gemacht worden sind; die deutsche Reichsbank hat allein fast eine Milliarde Mark aus dem innern Verkehr gezogen. Alle Zirkulationskanäle sind jetzt also zum vollen Grad mit Papiergeld überfüllt, und immer aufs neue werden grosse Mengen Papierzettel hinausgestossen, nicht deshalb, weil etwa der Verkehr danach Bedarf hat; umgekehrt ist der Verkehr stark zusammengeschrumpft; aber der Staat braucht die Noten, um für Kriegslieferungen zu zahlen. Papiergeld hat aber keinen selbständigen Wert und vertritt nur die Stelle des Goldes, soweit dieses vom Verkehr wirklich gebraucht wird. Darum muss man « die Ausgabe des Papiergeldes auf die Quantität beschränken, worin das von ihm symbolisch dargestellte Gold ... wirklich zirkulieren müsste ... Ueberschreitet aber das Papier sein Mass, das heisst die Quantität von Goldmünze gleicher Benennung, welche zirkulieren könnte, so stellt es, von der Gefahr allgemeiner Diskreditierung abgesehen, innerhalb der Warenwelt dennoch *nur die durch ihre immanenten Gesetze bestimmte, also auch allein repräsentierbare Goldquantität dar* » (« Kapital », Volksausgabe, S. 86). Die Gesamtmenge aber der für den Verkehr notwendigen Zirkulationsmittel wird bestimmt: « einerseits durch die Preissumme der zirkulierenden Warenwelt, anderseits durch den langsameren oder rascheren Fluss ihres gegensätzlichen Zirkulationsprozesses, von dem es abhängt, der wievielte Teil jener Preissumme durch dieselben Geldstücke realisiert werden kann ». (Ebenda, S. 80.)

Wenn nun der Zahlungs- und Ausgleichsmechanismus (Abrechnungsverkehr) gestört wird, steigt plötzlich der Bedarf nach Zirkulationsmitteln an, wie es in den ersten Wochen des Krieges der Fall gewesen ist. In der folgenden Zeit begann aber umgekehrt der Rückfluss des Geldes nach den Kassen der Banken; der Geldmarkt wurde « flüssig », ein Beweis dafür, dass der Warenverkehr und die wirtschaftliche Tätigkeit unterbunden sind, weshalb viel freies Geld auf dem Markte auftritt. Wenn aber in den kriegführenden Ländern die Menge des ausgegebenen Papiergeldes trotzdem steigt, so muss der wirkliche Wert des Papiers entsprechend *sinken*. Tatsächlich ist eine Entwertung des Geldes der kriegführenden Länder auch eingetreten, wenigstens im Verhältnis zu den Waren.

Ein sicheres Mass für den Wert des Geldes eines Landes besitzen wir nicht. Wir können überall ein gewaltiges Ansteigen der Warenpreise feststellen, das sicherlich auf die *innere* Entwertung des Papiergeldes mit zurückzuführen ist. Wenigstens

für Russland ist dies auch offiziell festgestellt, indem die Regierung für Gold, das doch eine Ware bildet, wie alle andern Waren auch sind, ein Aufgeld von 45 % zahlt. Aeusserlich drückt sich die Entwertung des Geldes der kriegführenden Länder im Sinken des Kurses ihrer Wechsel auf dem Weltmarkte aus, nur dass die Devisenkurse noch von einer Reihe von Momenten abhängen, die das wirkliche Verhältnis zwischen dem Geldwerte der neutralen und dem der kriegführenden Länder verdunkelt.

Bekanntlich vollzieht sich der Zahlungsverkehr zwischen einzelnen Ländern in der Hauptsache durch Ueberweisung von Wechseln und andern Wertpapieren. Der Preis eines solchen Wechsels, der nominell auf 100 Franken läuft und erst nach einigen Tagen oder Wochen einkassiert werden kann, hängt vom Zinsfusse (Bankrate) ab, nach dem der Wechsel diskontiert wird, sowie von dem Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot von solchen Wechseln. Dieses Verhältnis wird durch die jeweilige Zahlungsbilanz der Länder bestimmt, das heisst wer mehr Zahlungen zu leisten hat. In normalen Zeiten findet aber zwischen den wirtschaftlich entwickelten Ländern leicht ein Ausgleich der Zahlungen statt, und die Kursschwankungen der Devisen sind nicht sehr gross. Anders haben sich die Devisenkurse während des Krieges gestaltet.

In den Krieg sind die reichsten Länder der Welt verwickelt, die in den andern Ländern grosse Geldforderungen besassen. Da der Zinsfuss in der Schweiz höher war als in Frankreich, befanden sich grosse französische Kapitalien in der Schweiz, ebenso wie englische in Amerika. Da nun Frankreich nach dem Ausbruch des Krieges in eine sehr schwere finanzielle Krise geraten war, begann es besonders seit Oktober 1914, grosse Summen aus der Schweiz zurückzuziehen, und der französische Wechsel stieg gegen Ende 1914 und Anfang 1915 bedeutend an, bis auf 4,2 % über Pari, über seinen nominellen Wert. Dadurch wurde der schweizerische Verkehr mit dem Weltmarkt stark erschwert. Da auch der Neuyorker Wechsel im Kurse gestiegen ist, nahm der Bund eine 15 Millionen Dollar-Anleihe in den Vereinigten Staaten auf, um nicht Gold nach Amerika schicken zu müssen.

Inzwischen hat sich das Bild völlig geändert. Der gewaltige Kriegsverbrauch verursachte es, dass der Export der kriegführenden Länder stark zusammengeschrumpft ist, während sie sich gleichzeitig veranlasst sehen, bei den neutralen Ländern in steigendem Masse zu kaufen. Die Handelsbilanz wird immer mehr passiv, und der Kurs ihrer Wechsel ist im fortschreitenden Sinken begriffen. In erster Linie leidet der Wechselkurs Russlands, das stets ans Ausland stark verschuldet war und dessen Export infolge des Krieges so gut wie völlig unterbrochen wurde. Sein Wechselkurs, obgleich die Regierung den Handel mit Devisen

konzentriert und beschränkt hat und trotz der hohen Kredite, die seine Verbündeten ihm gewähren, ist um rund 40 % gesunken. Aehnlich liegen die Verhältnisse in Oesterreich-Ungarn, dessen Wechselkurs ebenfalls um rund 40 % heruntergegangen ist. Auch der Kurs des deutschen Wechsels ist um ein Viertel gesunken: die Organisation und Zentralisation des Devisenverkehrs in Deutschland haben also auch hier versagt. Auch die Tatsache, dass in der ersten Hälfte 1916 der Export Deutschlands gestiegen ist, während es durch Verbote der Luxuswareneinfuhr bemüht ist, die Einfuhr auf das Allernotwendigste zu beschränken, hat den fortschreitenden Fall des Wechselkurses (Ende 1915 notierte der deutsche 100 Mark-Wechsel 99,7 Franken, am 11. August 1916 aber bloss 94,35 Franken) nicht aufhalten können; denn der Wechselkurs ist hier nur ein Spiegel der allgemeinen *Erschöpfung des Landes,* der fortschreitenden Vernichtung von materiellen Gütern und ihrer Ersetzung durch Papier, das das Land jetzt überflutet. Am 8. Dezember 1916 stellte sich in der Schweiz der Kursverlust des englischen Geldes auf 5,1 %, des französischen auf 13,9, des italienischen auf 25,7, des deutschen auf 36, des österreichischen auf 53,1 und des russischen Geldes auf 45 %.

Wenn der Wechsel Frankreichs wenig und der Englands nur gering im Kurse gesunken sind, so rührt es nicht daher, dass diese Länder weniger als Deutschland verarmt sind, sondern daher, dass sich diese Erschöpfung anders ausdrückt: in der Abstossung der in diesen Ländern in den frühern Jahren angehäuften fremden Wertpapiere sowie in der Aufnahme ausländischer Schulden. Sie vermögen so *zeitweilig* ihren Wechselkurs relativ günstig zu gestalten, indem sie Kapitalien flüssig machen und sich eine aktive Zahlungsbilanz verschaffen, und zwar entweder dadurch, dass sie dem Auslande ihren Besitz an Wertpapieren verkaufen oder dadurch, dass sie sich von ihm Geld borgen. Sie müssen aber für ihre Anleihen ziemlich hohen Zins (6 bis 7 %) zahlen, was nicht allein die Erschütterung des Kredits dieser Länder, die vor dem Kriege als die Geldleiher der Welt galten, sondern auch ihre Erschöpfung und die Entwertung ihres Geldes manifestiert.

Auf diese Weise ergab sich für die neutralen Länder, darunter auch für die Schweiz, eine eigenartige Position, und zwar in doppelter Hinsicht. Zunächst kann die Schweiz ihre Schulden im Auslande zu günstigen Bedingungen abtragen, was gewöhnlich dadurch geschieht, dass sie ihre Effekten vom Auslande zurückkauft. Demgegenüber steht aber auf der Passivseite, dass die Einlagen der Schweiz in den kriegführenden Ländern ebenfalls entwertet sind. Der Besitz des Auslands an schweizerischen Wertschriften wird auf 1,4 bis 2 Milliarden Franken, gegenüber

einem Besitz der Schweiz an ausländischen Werten in der Höhe von über 4 Milliarden Franken, geschätzt *). Die Schweiz, im Gegensatz zu Amerika, das in den kriegführenden Ländern fast keine Kapitalien besitzt, ist also durch die Entwertung des Geldes dieser Länder ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen. Darunter haben in erster Linie die Banken zu leiden, deren recht beträchtliche Auslandsguthaben nun entwertet sind. Aber auch viele Exporteure liessen ihre Guthaben zunächst bei den Banken der kriegführenden Länder liegen, weil sie, wie auch die Nationalbank, die ihnen das zu Beginn des Krieges empfahl, hofften, der Krieg werde bald ein Ende nehmen und der Wechselkurs steigen.

Anderseits erschwert die Entwertung des Geldes den Export nach den kriegführenden Ländern, insoweit er für den privaten Verbrauch bestimmt ist, da die Käufer der kriegführenden Länder infolgedessen einen starken Preisaufschlag gewähren müssen, und begünstigt die Konkurrenz der Länder mit entwertetem Geld auf dem Weltmarkte, so der italienischen Seidenindustrie in England und Amerika. Ueber die Folgen dieser Geldverhältnisse für die schweizerische Industrie siehe unter anderm Bericht der Zürcher Handelskammer für 1915, S. 79, 82 und 193. Umgekehrt ist die Einfuhr dadurch für die neutralen Länder erleichtert, insoweit sie in den kriegführenden Ländern noch etwas kaufen können, und zwar diese nicht bei festgeschlossenen Kartellen, die die Exportpreise entsprechend erhöhen. Auch diese letztern Fälle sind jetzt ziemlich häufig, nämlich dass die Exportpreise in den kriegführenden Ländern entsprechend dem gesunkenen Kurs ihrer Wechsel erhöht werden. Deutschland hat sogar zunächst eine generelle Verfügung getroffen, dass die Exportpreise in der Währung des Importlandes ausgedrückt werden sollen, das heisst dass die Kursdifferenz dem Verkäufer zugute kommen soll. Auf vielfache Intervention hat man von der genauen Befolgung dieser Massnahme abgesehen. Immerhin stehen in Deutschland die Exportpreise vielfach höher als die Inlandpreise. Dass auch in dem Falle, wenn die Kursdifferenz dem Importeur zugute kommt, der Verbraucher noch keinen Vorteil daraus zieht, ist eine im täglichen Leben allgemein bekannte Tatsache: wer spürt denn beim Einkauf deutscher Waren etwas davon, dass der Wechselkurs Deutschlands um 25 % gesunken ist? Auch die Buchhändler fahren fort, die deutsche Mark noch mit Fr. 1.15 bis 1.20 zu berechnen und den französischen Franken dem schweizerischen gleichzusetzen, obwohl sie auch sonst vom Verleger 25 bis 33⅓ % und noch mehr Rabatt erhalten . . .

Im allgemeinen darf man wohl dennoch annehmen, dass die schweizerischen Unternehmer aus der für sie günstigen Valuta

*) «Zeitschrift für schweiz. Statistik», 1914, Heft 3, S. 345, und 1915, Heft 3, S. 291—299.

profitieren, die auch den Goldimport begünstigt und die Verbesserung des Status der Nationalbank erleichtert hat, ein Umstand, der die Zufriedenheit des Nationalbankdirektoriums mit diesen Verhältnissen wohl am ehesten erklärt. Betrachtet man doch dort Gold noch mit den Augen des mittelalterlichen Schatzsammlers!

Indes völlig unbewölkten Himmel sieht man selbst aus den Fenstern der mit Gold gefüllten Nationalbankkassen nicht: der starke Rückgang der Wechselkurse der kriegführenden Staaten reizte nicht nur zur Abstossung ausländischer Werte nach der Schweiz, sondern selbst zum Verkaufe inländischer Papiere, vor allem auch Kriegsanleihen. Die Börsen sind bei uns schon längst wieder in Tätigkeit, zunächst nur im freien Verkehr. Am widerstandsfähigsten erwies sich dabei die Genfer Börse, die den offiziellen Verkehr nie völlig einstellte, sondern nur die Kursnotierungen zeitweilig sistierte und die Kursveröffentlichung schon am 20. August 1914 für Obligationen und am 15. Januar 1915 auch für Aktien begann. Basel nahm im Januar 1915 den Handel und die Notierung der Obligationen des Bundes, der Kantone, Gemeinden und Eisenbahnen wieder auf und eröffnete am 1. Dezember den offiziellen Komptant- (Kassen-), dagegen noch nicht den Termin- und Prämienhandel in Aktien, unter Notierung der bezahlten Kurse. Zürich folgte Mitte 1916.

Zunächst war der Andrang vom Auslande herkommender Papiere nicht gross; nur Deutschland brachte grössere Posten zum Verkauf. Als dann auch Frankreich, das bedeutend grössere Posten schweizerischer Werte besitzt als Deutschland, anfing sie abzustossen, wurde die Lage ernster. Es wurde ein Syndikat « Omnium » mit Unterstützung der Nationalbank gegründet, das die kommenden Titel aufkaufte. Im allgemeinen hat der Rückkauf schweizerischer Werte keine besondere Schädigung oder auch nur Schwächung des Marktes verursacht; denn trotzdem konnten 1915 248 Millionen Franken öffentliche und 134 Millionen private Papiere untergebracht werden, und immer noch blieb der Geldmarkt « flüssig ». Es vollzieht sich eben auch in der Schweiz, wenn auch bei weitem nicht in dem Masse wie in den kriegführenden Ländern, ein Prozess der Liquidation und Umwandlung von früher angesammelten Produktionsmitteln, Maschinen, Rohstoff- und sonstigen Warenvorräten, in Geld, das vorläufig nur in bescheidenem Masse wiederum in Produktionsmittel verwandelt wird, vielmehr die Kassen der Banken und Sparinstitute füllt oder gegen Effekten ausgetauscht wird.

Solange nun die schweizerischen Kapitalisten sich in der Hauptsache auf den Rückkauf schweizerischer Werte beschränken, konnte man der Sache ruhig zusehen. Anders wurde es, als man begann, nach der Schweiz Kriegsanleihen einzuführen. Da

ergab sich eine grosse Gefahr der Ueberflutung des schweizerischen Marktes mit Papier, deren Folge eine dauernde Schwächung der Industrie des Landes wäre. Der Bundesrat plante darum den Erlass eines Verbotes der Emissionen ausländischer Anleihen. Um dies zu vermeiden, verpflichteten sich die Banken, sich von selbst jeder Beteiligung an Emissionen ausländischer Wertpapiere zu enthalten. Immerhin lässt es sich auf Grund des Ansteigens der Devisenkurse, sobald in den Nachbarstaaten neue Anleihen herausgegeben werden, feststellen, dass trotzdem ausländische Anleihen in der Schweiz untergebracht werden. Es wäre darum *dringend zu empfehlen, dagegen energischere Massnahmen zu treffen.*

II. Der Handel.

Viel schwieriger als die Geld- gestaltete sich die Handels- und Wirtschaftskrise. Das schweizerische Wirtschaftsleben ist mit dem Auslande aufs innigste verbunden. Der Weltkrieg hat aber zunächst fast alle internationalen Fäden zerschnitten. « In unserer neutralen Schweiz », lesen wir im Bericht der Zürcher Handelskammer für 1914, « traten ganz die gleichen Erscheinungen zutage wie im kriegführenden Ausland. Die Einführung des Kriegsfahrplans brachte gewaltige Verkehrsstockungen, es fehlten die regelmässigen Bahnanschlüsse im internationalen Verkehr. Der Post- und Telegraphendienst verlangsamte sich, der interurbane Telephonverkehr hörte ganz auf. Lieferungsverträge wurden gekündigt, Bestellungen rückgängig gemacht... ein Wirrwarr, wohin man blickte.» Nach Ueberwindung dieser ersten Schwierigkeiten traten viel bedeutendere auf, wie Aus-, Durch- und später auch Einfuhrverbote für eine grosse Anzahl von Waren, einerseits eine Folge des gegenseitigen Handelskrieges zwischen den kämpfenden Ländern, anderseits der speziellen Massnahmen der Regierungen der betreffenden Länder zur Versorgung des eigenen Landes mit Nahrungsmitteln und den übrigen Bedarfsgegenständen sowie zur Erhaltung der eigenen Währung.

Der Krieg wird nämlich nicht allein auf den Schlachtfeldern geführt, sondern es gilt, den Gegner auch wirtschaftlich zu schwächen, ihm die zur Kriegführung notwendigen Mittel zu nehmen. Die Entscheidung hängt heute im grossen Masse von der Technik, von der Ausrüstung der Heere, von ihrer Verpflegung und von der Stimmung der Zivilbevölkerung ab. Demgemäss hat es England unternommen, die Zentralmächte vom Weltverkehr abzuschneiden, ihnen die Zufuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen abzusperren und auf diese Weise auch ihre Industrie lahmzulegen. Die Alliierten haben selbst alle geschäftlichen Beziehungen zu den Zentralmächten abgebrochen, was natürlich

einen inoffiziellen Schmuggelverkehr oder auch einen geheimen Kompensationsverkehr nicht ausschliesst. Gleichzeitig übten sie einen Druck auf die neutralen Länder aus, damit die Zentralmächte diese nicht als Vermittler im Verkehr mit den Weltmärkten benutzen sollen. Natürlich antworteten die Zentralmächte mit Gegenmassnahmen, und so wurde auch der Handel der neutralen Staaten einer scharfen und oft recht rigorosen Kontrolle unterworfen. Nicht nur mussten sie sich Ursprungszeugnisse für ihre Waren verschaffen, die fremde Brief- und Depeschenzensur dulden, sondern überhaupt eine weitgehende Aufsicht über ihren auswärtigen Handel gefallen lassen. Speziell in der Schweiz wurden einerseits die «Deutsche Treuhandstelle für Einfuhr deutscher Waren in die Schweiz », anderseits die « Société suisse de surveillance économique », kurz S. S. S. genannt, für den Verkehr über die Länder des Vierverbandes geschaffen. Beide sich bekämpfenden Mächtegruppen wachen eifrig darüber, dass die nach der Schweiz hineinkommenden Waren nicht nach den gegnerischen Staaten ausgeführt, wie auch umgekehrt nicht Waren aus dem « feindlichen Lande » eingeführt werden sollen. Abgesehen davon suchte jeder Staat, die Waren, an denen er selbst Mangel hat oder befürchten kann, sie nicht bald wieder zu bekommen, diese im Lande zu behalten, indem er ihre Ausfuhr verbietet. Ausfuhrverbote erfolgen auch, um einen Druck auf die neutralen Länder auszuüben, sie zu « Kompensationen », das heisst zur Gewährung der Ausfuhr von andern Waren zu zwingen. Diese Mittel benutzt Deutschland im Verkehr mit den neutralen Staaten *)

*) Dieser « Kompensationsverkehr », zu dem sich Deutschland gezwungen sieht, hat aber die Schweiz in eine äusserst schwierige Lage versetzt. Woher soll denn die Schweiz, die sich in der Hauptsache auf die Veredlung fremder Rohstoffe und Halbfabrikate verlegt hat, solche Kompensationsobjekte nehmen, wenn die Entente ihr verbietet, die eingeführten Waren nach den Zentralmächten auszuführen. Als die S. S. S. gebildet wurde, lagerten in der Schweiz 3845 Wagen Bannwaren, die von Deutschen aufgekauft waren. Man kam dann überein, dem Bundesrat diese Waren zu Kompensationszwecken zur Verfügung zu stellen. Ausserdem wurde vereinbart, dass man sich über Kompensationsobjekte von Fall zu Fall verständigen werde. Anfang 1916 trat nun der Bundesrat mit der Entente in Verhandlungen wegen weiterer Kompensationsobjekte. Bevor aber die Antwort der Entente eintraf, ging am 8. Juni eine Note von Deutschland ein, in der die Herausgabe der von Deutschland in der Schweiz aufgekauften Lebens-, Genuss- und Futtermittel, Maschinenöle, Rohbaumwolle und Baumwollerzeugnisse als Kompensation für deutscherseits gelieferte Waren gefordert wird. Andernfalls wurde mit der Einstellung nach Ablauf von zwei Wochen des Exports deutscher Waren nach der Schweiz gedroht. Nun ist die Schweiz auf deutsche Kohle und Eisen sowie einige andere Waren aus Deutschland angewiesen. Die Verhandlungen der Schweiz mit der Entente darüber führten indes zu keinem Resultat, da die Entente in diesem Vorgehen Deutschlands den Versuch erblickte, auf diese Weise, durch Vermittlung der Schweiz, die Blockade zu durchlöchern.

Schliesslich erfolgten in den kriegführenden Ländern auch Einfuhrverbote oder Einfuhrerschwerungen durch höhere Zollbelastung usw. für sogenannte Luxuswaren, damit ihre Einfuhr nicht allzu hoch anschwelle. Sie hofften unter anderm, auf diese Weise dem Kurssturz ihres Geldes ein Ziel zu setzen, was indes, wie wir schon gesehen haben, nicht gelungen ist.

Für die Schweiz ist die Situation noch insofern viel komplizierter, als sie keinen eigenen Zugang zum Meer besitzt, somit auf die Durchfuhr durch benachbarte Länder, die jetzt alle am Kriege beteiligt sind, angewiesen ist, infolgedessen doppelt unter den Verkehrsschwierigkeiten zu leiden hat. Die Benutzung ihres wichtigsten Weges, des Rheins, ist mit dem Kriegsausbruch unmöglich geworden, weil der Sundgau Kriegsschauplatz ist. Es blieb also der Verkehr über Genua, Marseille und Bordeaux, die alle aber für den plötzlichen Andrang von Waren nicht vorbereitet waren.

Wenn man noch die unsicheren und unklaren Geld- und Zahlungsverhältnisse in verschiedenen Ländern, den gewaltigen plötzlichen Konsumtionsrückgang in allen Ländern, den Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen und vor allem den Mangel an Schiffsraum und die gewaltig angestiegenen Frachtpreise in Betracht zieht, so wird man begreifen, warum der Weltverkehr zunächst fast völlig ins Stocken geraten musste, selbst zwischen den neutralen Ländern, und noch heute gewaltige Schwierig-

---

Darauf begann man wiederum mit Deutschland zu verhandeln, und es kam zu folgendem Abkommen:

Die von Deutschland zu liefernde Kohlenmenge wird 253,000 Tonnen betragen. Ebenso liefert Deutschland Eisen und Stahl; hingegen darf die Schweiz kein Kriegsmaterial, das in der Schweiz mit deutschen Erzeugnissen hergestellt ist, nach den Ländern des Vierverbandes ausführen. Als « Kriegsmaterial » wurde unter anderm bezeichnet: Eisenbahnmaterial, Drehbänke, Fräs-, Hobel-, Schleif- und Bohrmaschinen, Scheren, Pressen und Stanzen... Der Begriff von Kriegsmaterial wurde also recht weit gefasst... Ausserdem liefert Deutschland Kartoffeln, Düngemittel, Zucker, Zink, Soda, Benzol, Kupfervitriol u. a. m. Die Schweiz liefert hingegen: Zucht- und Nutzvieh, Milchprodukte, Konserven, Schokolade, Obst, Honig, Aluminium, Karbid, Ferro-Silicium u. a. m.

Dieses Abkommen hat nun den Unwillen der Entente hervorgerufen, und von der französischen, englischen und italienischen Regierung ist daraufhin dem Bundesrat eine Note überreicht worden, deren Inhalt noch unbekannt ist, die aber im Lande viel Unruhe hervorgerufen hat, angeblich infolge einer Falschmeldung der Presse. Bis Mitte Dezember kam es noch zu keiner Verständigung.

Inzwischen ist auch ein neues Abkommen mit Italien geschlossen worden, wobei Italien die von ihm zu liefernden Warenmengen herabgesetzt hat, die Menge der Eier auf ein Viertel, die Zahl der Schweine von 4000 Stück auf 1600 Stück im Monat. Die Schweiz muss aber die gleiche Menge Waren liefern wie früher. Die Lage der kleinen Staaten ist in diesem Weltkriege keineswegs beneidenswert...

keiten zu überwinden hat. So betrug nach den « Schweiz. Blättern für Handel und Industrie » vom 15. November 1914 der Export der Schweiz nach den Vereinigten Staaten im August 1914 nur 4,8 Millionen Franken, gegen 10,57 Millionen im August 1913.

Und trotz alledem fand der Handel bald Mittel und Wege, um die Verbindungen zwischen den Ländern wiederherzustellen. Man sprach zu Beginn des Krieges von der Rückkehr zur « Autarkie », zum Zustand des sich selbstgenügsamen Staates. In Wirklichkeit erwies es sich bald, dass die Fäden, die die einzelnen Länder untereinander verbinden, nicht mehr wie der Gordische Knoten einfach durchschnitten werden können. Selbst über die Schlachtfelder hinüber ziehen sich diese Fäden; trotz aller Verbote findet dennoch ein Handelsverkehr zwischen den kriegführenden Ländern statt. Und gerade der Krieg selbst hat den Verkehr zwischen den Ländern gefördert, indem er eine Nachfrage für Waren geschaffen hat, die alle Hindernisse überwunden hat. Sobald die Warenpreise eine bedeutende Höhe erreicht haben, locken sie die Händler an, die alle Hindernisse überwinden, wenn nur ein guter Gewinn winkt. Und welche Gewinne konnte man gerade im Handel während des Krieges machen! Waghalsige und skrupellose Spekulanten sind über Nacht sozusagen zu Millionären geworden ...

Die Entwicklung des schweizerischen Handels war bis ins zweite Quartal 1915 in der Tat noch recht ungünstig. In den ersten fünf Monaten des Weltkrieges verminderte sich die Einfuhr gegenüber der Einfuhr während der letzten fünf Monate 1913 um 414,9 Millionen Franken, gleich 50,7 %, und die Ausfuhr um 224,9 Millionen oder 37,4 %. Die Einfuhr bleibt noch 1915 hinter der von 1913 zurück, nämlich um 239,8 Millionen (12,5 %) und stellt sich auf 1,68 Milliarden Franken. Dagegen ist die Ausfuhr von Quartal zu Quartal angestiegen. Schon im zweiten Quartal 1915 war sie nicht nur grösser als der entsprechende Export von 1913, sondern auch als der Export im zweiten Quartal 1914 und stellte somit einen neuen Rekord dar. Seitdem ging er rasch in die Höhe und erreichte im vierten Quartal 1915 die hohe Summe von 503,6 Millionen Franken, was ein Plus gegenüber der Ausfuhr zur gleichen Zeit 1913 von 37,9 % ausmacht. Für das ganze Jahr stellt sich die Ausfuhr auf 1670 Millionen Franken oder um 294 Millionen mehr als 1913, so dass der Exportausfall von 1914 in der Höhe von 190 Millionen wiederum mehr als ausgeglichen ist.

Indes ist dieses allgemeine Bild des schweizerischen Handels insofern irreführend, als darin die Preisverschiebungen, die inzwischen vorgekommen sind, nicht berücksichtigt werden. Vom Standpunkte des einzelnen Unternehmers ist diese Preisverschie-

bung in vielen Fällen günstig. So wenn der durchschnittliche Einfuhrpreis von Eisen 1913 bis 1915 von 21,9 auf 23,2 Franken pro Doppelzentner (100 Kilogramm) oder um 6 % gestiegen ist, während sich der durchschnittliche Exportpreis für Maschinen von 176 auf 200 Franken oder um 13,7 % erhöht hat, haben die Maschinenfabrikanten dabei gut abgeschnitten, obgleich sie noch etwas weniger als 1913 ausgeführt haben. Auch vom Standpunkte der Handelsbilanz und der Geldverhältnisse ist das Handelsjahr 1915 als günstig zu betrachten. Während 1913 die Schweiz einen Einfuhrüberschuss von 543 Millionen aufwies, ist er in diesem Jahre auf 10 Millionen zusammengeschrumpft. Die Zahlungsbilanz der Schweiz ist in normalen Jahren aktiv, das heisst sie erhält mehr Zahlungen aus dem Auslande, als sie zu leisten hat, in der Hauptsache deshalb, weil sie im Auslande grosse Kapitalien besitzt und dank dem Fremdenverkehr. Infolge der starken Verminderung des Fremdenverkehrs während des Krieges hätte man nun befürchten können, dass unsere Zahlungsbilanz sich ungünstig gestalten werde, was einen Druck auf den Kurs der Wechsel ausüben und die Warenteuerung eventuell noch verschärfen könnte. In der Tat hat sich aber, wie schon geschildert, der Devisenkurs für die Schweiz günstig gestaltet. Noch mehr. Das Jahr 1915 weist einen Einfuhrüberschuss an Edelmetallen von 40,85 Millionen gegen einen solchen von bloss 23,6 Millionen im Jahre 1913 auf. Und dieses Resultat ist auf die Verbesserung der Handelsbilanz zurückzuführen.

Will man sich aber die Entwicklung des Handels vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Standpunkte aus klarmachen, so muss man in erster Linie die *Mengen* berücksichtigen, die ein- und ausgeführt werden. Es ergibt sich dann folgendes Bild:

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1913	1914	1915	1913	1914	1915
Millionen Doppelzentner . .	77,50	62,83	57,65	8,56	7,57	10,28
» Franken	1799,1	1028,5	1630,2	1195,0	1063,07	1535,8
1000 Hektoliter Getränke .	1868,6	1436,1	1136,9	20,4	14,3	11,6
Millionen Franken	57,7	41,67	38,9	0,80	0,52	0,67
1000 Stück Tiere	275,6	185,9	59,7	22,8	26,4	42,5
Millionen Franken	60,4	31,9	10,1	11,2	11,6	8,0
» Uhren	0,58	0,31	0,18	16,85	12,24	16,06
» Franken	2,6	1,3	0,8	169,41	111,04	125,5
Insgesamt Millionen Franken	1919,8	1478,4	1680,0	1376,4	1186,9	1670,0

Die Einfuhr weist somit eine sehr starke Verminderung auf. In den Jahren 1914 und 1915 wurden an Waren 34,6 Millionen Doppelzentner weniger eingeführt als entsprechend der Einfuhr von 1913 importiert werden sollte, was insgesamt einen Ausfall von 44 % bedeutet! Der Import von Schlachtvieh ist auf ein

Fünftel des normalen gesunken; im ganzen sind über 300,000 Tiere weniger eingeführt worden. Der Export von Zuchtvieh hat sich fast verdoppelt.

Ueber den Viehexport sagt der vierte Neutralitätsbericht des Bundesrates:

> Der grosse Rindviehbestand, der nach den provisorischen Ergebnissen der Viehzählung vom April 1916 den des Jahres 1911 um 172,162 Stück übersteigt, wird im kommenden Herbst die Ausfuhr einer bestimmten Anzahl Tiere ohne Beeinträchtigung der Inlandversorgung gestatten und ist im Interesse der Futtermittelversorgung des Landes geboten. Es ist dies um so erfreulicher, weil uns dagegen vom Auslande andere, für uns dringend nötige Waren geliefert werden. Bei der Regelung des Viehexportes war in erster Linie darauf Rücksicht zu nehmen, dass die Inlandversorgung mit tierischen Produkten, Milch und Fleisch, nicht in Mitleidenschaft gezogen wird.

Der letztere Gesichtspunkt muss massgebend sein. Man darf stets im Auge behalten, dass jetzt viele Kühe, wie überhaupt Grossvieh, abgeschlachtet werden, so dass man mit der Ausfuhr vorsichtig sein muss.

Die eingeführten Waren sind bedeutend im Preise gestiegen. Während im Jahre 1913 der Doppelzentner durchschnittlich zu 23,2 Franken berechnet wurde, stieg er 1915 auf 28,3 Franken oder um rund 22 % an. Umgekehrt hat die Ausfuhr eine geringere Preissteigerung erfahren, nämlich im Durchschnitt pro Doppelzentner von 139 auf 149 Franken oder bloss um 7,2 %. Ob dies darauf zurückzuführen ist, dass in diesem Jahre mehr an Rohstoffen und Halbfabrikaten und weniger an hochqualifizierten Waren als 1913 ausgeführt wurde, oder darauf, dass die Preise der Fertigwaren denen der Rohstoffe, die wir einführen, im allgemeinen (auf eine Ausnahme haben wir schon früher hingewiesen) nicht gefolgt sind, oder ob beides der Fall ist, lässt sich aus den vorläufig veröffentlichten Zahlen nicht mit völliger Klarheit sagen. Auf jeden Fall musste um 1,72 Millionen Doppelzentner mehr als 1913 (gleich 20 %) ausgeführt werden, um das günstige Geldresultat zu erzielen, von dem wir oben gesprochen haben. Das allgemeine Resultat ist aber: obwohl die tatsächliche Einfuhr 1915 bedeutend geringer ist als 1913, ist die Ausfuhr dennoch angestiegen, so dass die tatsächliche, sozusagen materielle wirtschaftliche Bilanz für die Schweiz stark ungünstig ist, da der Einfuhrüberschuss 1915 nur 47,37 Millionen Doppelzentner gegen rund 69 Millionen Doppelzentner im Jahre 1913 beträgt. Mit andern Worten: das Jahr 1915 hat eine starke Entblössung der Schweiz mit sich gebracht, da die Vorräte veräussert sind, ohne dass man gleichzeitig Ersatz erhalten hat.

Betrachten wir noch einzelne Posten des Handels etwas näher. Es stellten sich in 1000 Doppelzentnern:

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1913	1914	1915	1913	1914	1915
Getreide	10167,0	8058,5	7888,7	100,0	56,9	143,1
Kolonialwaren	1665,5	1759,2	1749,5	175,5	177,9	300,4
Animalische Nahrungsmittel	647,3	440,4	296,6	963,8	987,9	974,4
Sämereien, Pflanzen etc.	2877,2	2371,8	879,6	291,1	203,4	251,3
Holz	4103,9	3093,9	1438,3	736,4	665,5	2127,4
Baumwolle	464,3	338,5	522,6	216,9	201,4	347,3
Flachs, Hanf, Jute	94,8	57,2	36,2	5,1	3,9	3,9
Seide	75,1	56.2	87,9	78,1	67,6	99,3
Wolle	114.8	84,9	100,8	31,0	27,3	24,9
Mineralische Stoffe	43825,6	36264,3	35905,6	2351,5	1832,4	1519,0
Eisen	4712,1	3496,2	3749,4	864,1	644,2	1415,1
Kupfer	141,7	96,1	99,3	59,5	39,0	79,2
Aluminium	6,0	4,1	1,2	74,9	74,7	94,1
Maschinen	406,4	282,3	183,4	561,2	420,9	445,2
Fahrzeuge	44,0	25,2	8,0	34,4	26,3	52,2
Chemikalien	1376.8	1091,2	1158,9	659,7	627,6	804,4
Farbwaren	170,8	124,9	131,0	99,2	104,3	75,8
Technische Fette	971,1	653,6	628,9	19,6	15,4	13,7

Das allgemeine Bild, das wir aus den Gesamtzahlen des Handels erhalten haben, wird durch diese Gegenüberstellung der einzelnen Ein- und Ausfuhrposten noch grell beleuchtet: Die Versorgung mit Getreide ist stark im Rückgang; der Ausfall gegenüber 1913 beträgt 1915 2278,3 Doppelzentner oder 22 %. Trotzdem ist die Ausfuhr sehr stark angestiegen, um 43 %! 1916 hat man dem Einhalt getan. Unter den Kolonialwaren bilden der Zucker einen wichtigen Einfuhr- und die Schokolade einen bedeutenden Ausfuhrposten. Die Einfuhr von Zucker stellte sich 1913, 1914 und 1915 auf 1172,6, 1345,5 und 1124,4 Tausend Doppelzentner; im ersten Semester 1914, 1915 und 1916: 572,0, 548,8, 398,3; die Ausfuhr von Schokolade betrug entsprechend 1913, 1914 und 1915 159,1 153,4 und 249,6 und im ersten Semester 1914, 1915 und 1916 74,75, 107,96 und 92,6 Tausend Doppelzentner. Die Versorgung mit Zucker war 1915 genügend, da aber die Schokoladenindustrie bedeutende Mengen Zucker verbrauchte, um den Export um 119 % zu erhöhen und im ersten Semester 1916 auch wenig Zucker hineinkam, so ergab sich im zweiten Semester 1916 eine Zuckerkrise, und der Bund musste zur Monopolisierung des Zuckerhandels schreiten.

Das gleiche Bild ergibt sich in bezug auf die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen: Die Einfuhr ist im allgemeinen gering; die Vorräte gehen zurück, aber der Export steigt, weil man die « Kriegskonjunktur » ausnützen will. Daraus wollen wir den Unternehmern keinen Vorwurf machen; das Kapital jagt eben stets nach Gewinn, ohne sich über die Zukunft Sorge zu machen. Man begreift auch den Zorn der Unternehmer,

wenn sie in dieser Beziehung auf Hindernisse stossen. Allein volkswirtschaftlich ist dies keine Politik, insbesondere wenn man von vornherein Grund hat, einen künftigen Mangel an Rohstoffen usw. zu befürchten. Das hat sich auch 1916 bald erwiesen, als die Zufuhr einiger Gegenstände, vor allem von roher Baumwolle und Garnen ins Stocken geraten ist. Die Einfuhr von roher Baumwolle im ersten Semester 1914 und 1916 ist von 140,2 auf 100,7 Tausend Doppelzentner gesunken, und aus allen Kreisen der Baumwollindustriellen, insbesondere aus der Stickereiindustrie, erschallen laute Klagen über Rohstoffmangel.

Die gute Geschäftslage der Industrie schon 1915, aber besonders 1916, geht aus folgenden Ausfuhrzahlen ohne weiteres hervor. Es wurden nämlich im ersten Semester ausgeführt (in 1000 Doppelzentnern):

	1914	1915	1916
Stickereien	40,6	34,4	40,2
Seidenwaren am Stück	12,27	11,89	12,15
» Bänder	3,96	4,98	5,71
Portlandzement	343,01	114,74	622,84
Ferrosilicium	78,89	84,26	100,74
Aluminium	27,15	34,06	40,51
Maschinen	278,83	170,63	314,92
Automobile	8,07	20,41	18,13
Uhren, Uhrengehäuse, in Millionen Stück	7,7	6,5	9,4

Dabei hat sich auch der Inlandabsatz infolge der Abnahme der auswärtigen Konkurrenz erhöht.

Stellen wir die Tatsache des gesunkenen Exports von Stickereien dem schon erwähnten stark angestiegenen Export von rohen Garnen und Geweben gegenüber, so scheint es, inwieweit man auf Grund der Zahlen eines Jahres urteilen darf, dass der Krieg die Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes für verfeinerte Waren, abgesehen von gewissen Luxusgegenständen, wie Seidenwaren, geschmälert hat. Die grosse Masse der Bevölkerung ist ärmer geworden; der Bedarf nach groben Waren geht aber von den Heeresverwaltungen aus, während die gewöhnlichen Konsumenten von Seide und ähnlichen Luxuswaren, die zur obern Schicht der Bevölkerung gehören, noch reicher geworden sind und trotz der Teuerung grössere Nachfrage nach Prunk und Modeartikeln äussern. Diese unsere Vermutungen werden übrigens von der Zürcher Handelskammer in ihrem Bericht für 1915 (S. 95/96) direkt bestätigt. Tatsächlich ist die Feinweberei gezwungen worden, sich mehr und mehr den schweren Qualitäten zuzuwenden.

Auch die Produktionsfähigkeit der Weltindustrie ist im Abnehmen begriffen. Denn nicht nur die Schweiz (wenn man von

den Werkzeugmaschinen absieht, die für die kriegführenden Länder produziert werden), sondern auch England, von Deutschland schon abgesehen, führen immer weniger Maschinen aus (im ersten Halbjahr 1916 nur für 9,4 Millionen Pfund Sterling gegen 19,5 Millionen Pfund Sterling zu gleicher Zeit 1914). Man verbraucht also die alten Maschinen, ohne neue anzuschaffen, treibt somit auch in dieser Beziehung Raubwirtschaft, und das nicht allein in den kriegführenden Ländern, sondern selbst in neutralen, wie bei uns in der Schweiz!

So deckt die nähere Untersuchung der Handelsziffern schwere Gefahren für unsere Zukunft auf. Es droht auch uns eine Schwächung der materiellen Grundlage der Produktion, eine Verminderung der materiellen Produktionsmittel, die sich immer mehr in « Papier » verwandeln: in Titel der Mobilisationsanleihen des Bundes oder gar in solche von fremden Kriegsanleihen. Die Interessen der Volkswirtschaft im ganzen und speziell die Interessen der Arbeiterschaft und die des einzelnen Unternehmers gehen auch in dieser Beziehung auseinander. Der einzelne Unternehmer sucht die Kriegskonjunktur nach Kräften auszunutzen. Er ist auch zufrieden, wenn er hochverzinsliche Kriegspapiere erhält, da sein Kapital doch nicht « unproduktiv » bleibt, das heisst sich verzinst. Die Zukunft der schweizerischen Wirtschaft, die Zukunft der Arbeiterschaft hängt aber von der *materiellen* Grundlage der Produktion ab, die zu erhalten unter anderm auch Aufgabe des Staates im Kriege sein muss. Der « Papierberg » darf nicht so hoch anschwellen, dass er den Weg zur künftigen wirtschaftlichen Arbeit verlegt. Diese Gefahr ist bei uns geringer als in den kriegführenden Ländern, besteht aber dennoch und darf nicht übersehen werden. Am deutlichsten lässt es sich über die materiellen Grundlagen unserer Wirtschaft nach den Zahlen des Auslandverkehrs urteilen; darum ist auch eine möglichst rechtzeitige und vollständige Veröffentlichung dieser gerade jetzt sehr erwünscht; die Geheimniskrämerei erweist sich auch in dieser Beziehung höchst schädlich ...

Sehr interessant ist die Entwicklung des Verkehrs mit den kriegführenden Ländern während des Krieges. Er stellte sich nämlich in Millionen Franken:

	Einfuhr				Ausfuhr			
	1913	1914	1915	1915 gegen 1913	1913	1914	1915	1915 gegen 1913
Deutschland . .	630,9	481,1	418,2	—212,7	305,7	274,5	457,3	+151,4
Oesterreich-Ungarn	108,5	102,9	65,7	—32,8	78,3	67,2	156,6	+78,3
Bulgarien . . .	2,2	2,9	2,3	+0,1	2,1	2,2	1,3	—0,8
Türkei	6,1	5,2	3,1	—3,0	12,8	7,2	1,5	—11,3
England	112,7	76,2	112,1	—0,6	236,1	234,2	355,1	+119,0
Frankreich . . .	348,0	220,7	189,0	—159,0	141,2	115,2	220,5	+79,3
Italien	207,0	194,1	238,8	+51,8	89,1	82,8	89,5	+0,4
Russland	71,5	53,5	8,4	—63,1	58,7	41,5	29,3	—29,4
Belgien	35,1	19,8	16,7	—18,4	28,2	17,1	9,9	—18,3
Rumänien . . .	15,0	5,7	3,4	—11,6	8,0	7,6	11,4	+3,4
Serbien	1,1	1,0	0,05	—0,05	1,9	1,9	1,7	—0,2
Japan	19,3	9,5	19,6	+0,3	8,8	6,2	6,6	—2,2
Ver. Staaten von Nordamerika	117,9	107,8	324,4	+146,5	136,4	121,9	107,2	—29,2

Daraus geht zunächst deutlich hervor, dass die kriegführenden Grossstaaten, mit Ausnahme Englands, der Schweiz wenig liefern konnten, von ihr aber bedeutende Mengen bezogen haben. Insbesondere sind es die Zentralmächte, die naturgemäss in der Schweiz alles kauften, was sie nur zu erlangen vermochten. Mit der Bildung der S. S. S. gegen Ende 1915 hat sich diese Sachlage bedeutend geändert. Interessant ist es aber weiter, dass den schweizerischen Markt nicht England, sondern die Vereinigten Staaten in steigendem Masse erobern. Ferner beweisen diese Zahlen, dass der schweizerische Handel gegenüber den Zentralmächten und Frankreich 1915 aktiv geworden ist, woraus sich auch der günstige Wechselkursstand der Schweiz zum Teil erklären mag.

III. Die Industrie.

Der Einfluss des Krieges auf die Industrie war ein unmittelbarer und mittelbarer. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel ist der Krieg für die Industriellen gekommen und hat zunächst überall gewaltigen Wirrwarr verursacht, der sich infolge der plötzlichen Einberufung vieler Chefs und Bureauangestellten sowie der gelernten Arbeiter noch gewaltig vergrösserte. Der Bericht des Fabrikinspektors des I. Kreises schildert die durch den Krieg geschaffene Lage wie folgt.

«Während in Bern die dritte schweizerische Landesausstellung 1914 vorbereitet und dann das «Fest der Arbeit» mit Glanz gefeiert wurde, litten zu Hause viele von den Betrieben, die dort ausgestellt hatten, Not. Die Not kam zum Ausdruck in Verkürzung der Arbeitszeit, leerstehenden Maschinen, schlechten Preisen... Und während man auf die guten Früchte der Landesausstellung, auf Belebung der Geschäfte hoffte, da brach der europäische Krieg aus und zerstörte nicht nur diese Hoffnungen, sondern vieles von dem, was man sicher zu besitzen glaubte. Im August 1914 stan-

den die meisten Fabriken still. Fabrikbesitzer, Leiter, Meister, Arbeiter mussten in den Militärdienst einrücken, von den Zurückbleibenden hatten viele den Kopf verloren, die öffentlichen und zum grossen Teil die privaten Verkehrsmittel wurden für das Militär in Beschlag genommen. Bestellungen wurden abgesagt, Lieferungen aufgeschoben, Bauten eingestellt, die Spedition verunmöglicht. Hier fehlte der Kopf der Unternehmung, dort fehlten die Hände. Die ausländischen Arbeiter waren massenhaft abgereist, auch weibliche. Viele Arbeiterinnenheime waren entvölkert, die Arbeitgeber, die sich so sehr auf diese Arbeiterinnen verlassen hatten, kamen ganz besonders und für längere Zeit in Bedrängnis. Bald stellte sich eine noch ernstere Sorge ein, nämlich die um die Beschaffung von Rohstoffen, von Getreide, Kohlen, Metallen, Baumwolle und anderen Spinnstoffen, Oelen, Farben, Chemikalien und viel anderem. Oft schienen es nur Kleinigkeiten zu sein, aber sie waren eben unentbehrlich zur Herstellung des Produktes. Lange Zeit brachte jeder Tag neue Ueberraschungen, sie kommen immer noch vor, und solange der Krieg noch dauert, werden wir uns auf sie noch gefasst machen müssen.»

Zu all diesen Momenten kam in erster Linie das plötzliche Aufhören jeder Nachfrage nach Waren durch das geängstigte Publikum, die völlige Desorganisation des Zahlungsmechanismus, von der wir schon sprachen, die Lahmlegung des Aussenhandels und der Fremdenindustrie infolge der plötzlichen Abreise der Touristen, Kurgäste usw., sowie der Stillstand im Baugewerbe.

Auf eine Anfrage der Zürcher Handelskammer Anfang September 1914 wurde von der « grossen Mehrheit » der Unternehmer reduzierter Betrieb gemeldet. Als Ursache wurde angegeben: Militärdienst von Angestellten und Arbeitern; Arbeitsmangel infolge verminderter Kaufkraft des Publikums; Mangel an eigenen Mitteln wegen Ausbleibens der Zahlungen oder Zugeknöpftheit der Banken; Bezug- und Absatzschwierigkeiten wegen Unterbrechung oder Erschwerung des Paket-, Brief-, Telegraphen-, Telephon-, Eisenbahn- und Schiffverkehrs; Rückstellung der Aufträge; Missbrauch des schweizerischen Rechtsstillstandes und Rückwirkung der ausländischen Moratorien; Mangel an Rohstoffen für einzelne Fabrikationsbranchen; Mangel an Versicherungsgelegenheit für die Lebensmitteleinfuhr. Diese und ähnliche Klagen kommen in den Geschäftsberichten der Unternehmer und ihrer Vertretungen immer wieder vor.

Ein genaues Bild der wirtschaftlichen Kriegskrise lässt sich indes noch nicht geben. Klar ist es, dass in erster Linie diejenigen Industrien getroffen werden mussten, die fast ausschliesslich fürs Ausland arbeiten, wie zum Beispiel die Seidenstoffweberei, die 90 % ihrer Produktion ausführt, wovon vier Fünftel nach den kriegführenden Ländern. Aber auch die Baumwollweberei meldete für die Monate August und September eine Betriebsreduktion von rund 50 %. Besonders stark war auch der Schlag, den der Krieg der Uhrenfabrikation versetzt hat, wie auch der Luxusindustrie überhaupt. Die Zahl der gestempelten Uhrgehäuse ist im August auf 18,700 gegen 310,500 im Juni und im September

gar auf 15,000, also auf ein Zwanzigstel der normalen Produktion, gesunken!

Im letzten Jahresviertel 1914 tritt aber schon eine Besserung der allgemeinen Geschäftslage ein. Zwar ist die Schweiz sehr eng mit dem Weltmarkte verbunden; sie bekommt vom Auslande fast sämtliche Rohstoffe, um sie zu verarbeiten und dann nach aller Herren Ländern auszuführen. Man hätte darum glauben müssen, dass die durch den Weltkrieg verursachten Hemmnisse im Weltverkehr, insbesondere infolge der Aus- und Einfuhrverbote und des gegenseitigen Handelskrieges, die Industrie dauernd lahmlegen werden. Indes, die Schweiz ist nicht nur Exporteur von Fabrikaten, sondern auch ganz bedeutender Käufer. 1913 führte sie Fabrikate im Werte von 634,96 Millionen Franken ein und für 1022,6 Millionen aus. Der Einfuhrwert macht also 62 % des Ausfuhrwertes aus. Wenn in der ersten Zeit der inländische Markt auch noch keinen Ersatz für den plötzlichen Ausfall an Export bieten konnte, so machte er sich mit der Zeit, je länger der Krieg dauerte und je mehr die ausländischen Waren ausblieben, doch geltend und verschaffte bald der eigenen Industrie grössere Beschäftigung (zum Beispiel der Schuhindustrie, aber auch in der Maschinenindustrie, vor allem in der Elektrizitätsbranche). Hinzu kam der ziemlich grosse Bedarf für die mobilisierte Armee, der ebenfalls zur Belebung der industriellen Tätigkeit beigetragen hat. Ein weiteres Moment ist das Ausbleiben der Konkurrenz der stark entwickelten deutschen und zum Teil auch der französischen Industrie auf den Märkten Englands und seiner Kolonien, wie überhaupt auf den überseeischen und später selbst auf den neutralen europäischen Märkten. Schliesslich sind die kriegführenden Länder mit grossen Aufträgen gekommen, weil ihre Industrie aus verschiedenen Gründen, wie Mangel an Rohstoffen, Arbeitskräften, ungenügender maschineller Einrichtung usw., den gewaltig und plötzlich angestiegenen Kriegsbedarf nicht ganz befriedigen konnte, so dass in allen neutralen Ländern sich bald eine gute, zum Teil sehr gute Kriegskonjunktur herausgebildet hat.

Die Schweiz befindet sich, wie mehrfach schon hervorgehoben, in besonders ungünstiger Lage; immerhin erleben wir auch hier einen bedeutenden Aufschwung. Um sich indes zunächst ein allgemeines Bild der Gesamtlage der Industrie während des Krieges zu machen, müssen wir die Einwirkung des Krieges auf die wichtigsten Produktionsfaktoren kennen lernen, nämlich die Versorgung der Industrie mit *Rohstoffen, Kapitalien* und *Arbeitskräften,* sowie die Gestaltung des Absatzmarktes.

Die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen stiess in den ersten Kriegsmonaten auf grosse Schwierigkeiten. Selbst Kohle

konnte man nicht in ausreichender Menge hereinbekommen. Vom August bis Dezember betrug die Einfuhr im Monatsmittel bloss 226,576 Tonnen gegen 281,801 Tonnen im Durchschnitt der ersten sieben Monate 1914. Immerhin wurde diese Schwierigkeit mit der Zeit zum grossen Teil überwunden, und die Einfuhr der wichtigsten Rohstoffe, Kohle, Eisen und Baumwolle, gestaltete sich wie folgt. Es betrug die Einfuhr in Millionen Doppelzentnern (zu 100 Kilogramm):

Ganzes Jahr	Kohle	Roheisen und Stahl	Baumwolle
1913	33,8	1,23	0,27
1914	31,1	0,94	0,22
1915	33,1	1,29	0,32
Januar bis Juni			
1914	16,6	0,57	0,14
1915	14,3	0,70	0,22
1916	17,9	0,73	0,10

Die Versorgung mit Kohle und Eisen war somit bisweilen zufriedenstellend; hingegen beginnt man in der letzten Zeit, Knappheit an Baumwolle zu fühlen. Insbesondere ist die Garneinfuhr im Rückstande. In den letzten Monaten soll indes die Zufuhr angewachsen sein.

Der vierte Neutralitätsbericht teilt über die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen in der ersten Hälfte 1916 mit:

«Der Kampf mit den zahllosen Schwierigkeiten, denen unsere Versorgung mit industriellen Rohstoffen begegnet, hat fortgedauert. Bald fehlt es an der nötigen Bewilligung der Produktions- oder der Transitländer, bald an Verfrachtungsgelegenheiten, an den Transportmitteln oder der Bewilligung zur Benützung derselben. Zum Teil haben sich auch die von den Ententestaaten ausgesetzten Kontingente als unzureichend erwiesen, so ganz besonders für Schwefel, Sprit, Oel und englisches Baumwollgarn sowie Baumwollgewebe für die Stickerei und Druckerei In diesen letztgenannten Branchen ist es deshalb bereits zur Verminderung der Arbeitstage, ja zu Arbeitseinstellungen in bedauerlichem Umfange gekommen. Wohl pflegen sich nach einiger Zeit Mittel und Wege zur Behebung der Schwierigkeiten zu finden, aber inzwischen entstehen unaufhörlich wieder andere.»

Ungünstig gestaltet sich auch der Kapitalmarkt. Zwar herrscht auch in der Schweiz « Geldflüssigkeit », da die Lager geräumt, die Maschinen stark abgenutzt sind, ohne dass man das Geld wieder in der Industrie verwendet hat. Auch der persönliche Konsum ist heute in mancher Hinsicht eingeschränkt, entweder weil man vieles überhaupt nicht erhalten kann, oder weil man die hohen Ausgaben scheut. Aus dieser starken Einschränkung des persönlichen Verbrauchs erklärt sich die sonderbare Tatsache, dass trotz gewaltiger Teuerung die Sparkassen sich füllen. Obschon die Arbeiter heute an realem Lohn weniger erhalten als

vor dem Krieg, bringen es viele Arbeiterfamilien dennoch fertig, ihren Verbrauch so weit einzuschränken, dass sie noch etwas « sparen » können. Dass dadurch eine *Raubwirtschaft* auch in bezug auf die menschliche Kraft getrieben wird, ist eine Sache für sich. Wir kommen noch darauf zu sprechen. Das *Geldresultat* ist aber ein Anwachsen der Sparkasseneinlagen. Uebrigens rühren diese meist wohl aus dem platten Lande her, da die Bauern heute sicherlich gute Geschäfte machen. Dass auch sie ihre Produktionsmittel in geringem Masse erneuern, geht aus der Abnahme der Zahl der eingeführten und Zunahme der Zahl der ausgeführten Tiere sowie der geringern Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen *) hervor. Auch an Düngmitteln und Kraftfutter mangelt es. **) Dem Boden werden also mehr Nährstoffe abgenommen und weniger zugeführt; *ebenso wird in der Viehzucht Raubwirtschaft getrieben.* ***) Das Gesamt*geld*resultat ist aber ein günstiges. Auf dem Markte ist Geld in Hülle und Fülle vorhanden ...

Indes, die Unternehmer verleihen es heute recht ungern auf lange Zeit hinaus, weil sie wissen, dass nach dem Kriege Kapitalknappheit eintreten müsse. Da auch der Staat bei uns bedeutende Summen beansprucht, schon jetzt über 400 Millionen Franken, da ausserdem für den Rückkauf schweizerischer und vielleicht gar für den Ankauf ausländischer Anleihen bedeutende Kapitalien verwendet wurden, so bleibt für die Industrie nicht viel übrig.

Nach einer Zusammenstellung der « Neuen Zürcher Zeitung » stellte sich die Neuausgabe von Wertpapieren:

	1912	1913	1914	1915
Insgesamt in Millionen Fr. . .	448	327	348	382
Davon kamen auf den Bund und übrige öffentl. Körperschaften in Millionen Fr.	87	140	240	248
Auf Industrie in Mill. Fr. . .	70	53	75	53
» Banken in Mill. Fr. . . .	168	130	30	81
» Bahnen in Mill. Fr. . . .	123	4	3	—

*) Dieser steht allerdings ein vermehrter Inlandabsatz gegenüber.

**) Die Einfuhr betrug in 1000 Doppelzentnern:

	Ackergeräte	Landw. Maschinen	Düngmittel
1913	9,96	1,10	1232,5
1914	8,69	0,66	819,3
1915	3,82	0,92	633,8

***) Die Zahl der geschlachteten Kühe ist von 1913 bis 1915 von 98,884 auf 156,190 (um rund 59 %), die des Grossviehes überhaupt von 178,697 auf 253,895 oder um 42 % gestiegen. (Korrespondenz-Blatt der schweiz. Liga für die Verbesserung der Lebenshaltung, 1916, Nr. 4/5.)

Man sieht, der private Kapitalbedarf für Industrie und Verkehr tritt in den letzten Jahren fast gänzlich zurück, 1915 hat er von rund 380 Millionen nur 134 beansprucht. Sehr kennzeichnend für die Gesamtlage der Industrie ist noch die Neugründung von Aktiengesellschaften, die gewöhnlich mit dem allgemeinen Aufleben der geschäftlichen Tätigkeit einsetzt. Es betrugen die Zahl und das Kapital der neugegründeten Gesellschaften (also nach Abzug von Auslandsgründungen, Umwandlungen schon bestehender Unternehmungen in Aktiengesellschaften und der Immobiliengesellschaften) in den Monaten:

	Zahl		Millionen Franken	
	Januar—Juni	Juli-Dezember	Januar—Juni	Juli-Dezember
1914	74	42	26	12
1915	49	87	6	16
1916	68	—	6,5	—

Die Gründungstätigkeit wagt sich also erst seit dem zweiten Semester 1915 hervor, als deutliche Anzeichen einer Besserung der wirtschaftlichen Lage festgestellt werden konnten. Auf jeden Fall wird immer noch bedeutend weniger Kapital für neue Unternehmungen aufgebracht als selbst noch im ersten Semester 1914, als die allgemeine Konjunktur im Sinken begriffen war.

Die Gesamtentwicklung der Aktiengesellschaften während der Kriegszeit 1914/15 geht aus folgender Uebersicht hervor.

Die Zahl der Gesellschaften, die 1912 um 483 und 1913 um 311 gestiegen ist, hat sich 1914 um 276 und 1915 gar bloss um 175 vermehrt. Die Gesamtzahl der Neugründungen betrug dabei 1912 615, 1913 455, 1914 393 und 1915 nur 303. Die Zahl der Auflösungen war 1912 und 1913 grösser als 1914 und 1915, nämlich 132 und 144 gegen 117 und 128. Darin äussert sich die Wirkung des Moratoriums, das vielen Gesellschaften einen zeitweiligen Aufschub ihrer Liquidation gestattete. Aus dem gleichen Grunde sinkt auch die Zahl der Konkurse in den ersten Kriegsmonaten, steigt aber zu Beginn 1915 sehr stark an, um dann allmählich wiederum zu sinken, so dass sie im zweiten Quartal 1916 auf ein sehr niedriges Niveau herabgeht: Die Wirtschaftslage ist um diese Zeit schon eine recht günstige.

Von Anfang 1914 bis 1916 hat sich das Kapital der Aktiengesellschaften um 0,3, auf 3,82 Milliarden Mark erhöht. Diese Vermehrung fällt aber fast ausschliesslich auf die Neugründungen von 1914, mit einem Kapital von 223,3 Millionen, während das Kapital der neugegründeten Gesellschaften von 1915 bloss 42,8 Millionen betrug. Es handelte sich also bei den Kriegsgründungen um kleine Unternehmungen, die danach haschen, die Kriegskonjunktur auszunützen. Ob diese Kriegsgründungen den

Krieg auch lange überleben werden, ist eine Frage für sich, auf die wir noch zurückkommen werden.

Trotz der nicht gerade günstigen Verfassung des Kapitalmarktes beginnt also die Gründungstätigkeit sich zu regen. Das geht auch aus der Zunahme der Zahl der Fabrikbetriebe hervor, die von Ende 1913 bis Ende 1915 von 8101 auf 8216 gestiegen ist. *) Die Zahl der Bergwerkbetriebe hat sich umgekehrt von 58 auf 57 und die der darin beschäftigten Arbeiter von 1017 auf 894 vermindert.

Ueberblicken wir noch die allgemeine Verfassung des Arbeitsmarktes während des Krieges. Leider bestehen keine genauen Angaben über die Zahl der beschäftigten Arbeiter. Auch die Fabrikinspektoren berichten darüber nichts. Eine Umfrage des Zentralverbandes schweizerischer « Arbeitgeber »-Organisationen ergab, dass die Zahl der beschäftigten Arbeiter kleiner war als im Juli 1914, in Prozenten der Gesamtzahl der Beschäftigten. **)

	Ende August 1914	Ende Novemb. 1914	Ende März 1915
Metallindustrie	49,6	27,5	12,3
Spengler.	57,1	29,0	27,7
Textilindustrie	25,6	12,9	6,6
Schuhindustrie	49,0	18,6	5,8
Chemische Industrie	43,7	35,4	48,0

Nach dem August 1914 beginnt somit die Beschäftigung zu steigen, erreicht aber noch im März 1915 nicht die normale Höhe. Für die folgende Zeit fehlen solche allgemeine Angaben. Nach den Angaben des Arbeitgeber-Verbandes der Maschinenindustriellen (« Metallarbeiter-Zeitung » vom 26. August 1916) waren beschäftigt:

	Maschinenindustrie	Metallurgische Branche
Am 1. Januar 1914	29,852	12,311
» 1. » 1916	30,169	15,360

Diese Industrien haben somit den Stand von 1914 schon erreicht; ja etwa 6,5 % Stellen sollen Anfang 1916 unbesetzt geblieben sein.

Auf Grund der Angaben des Arbeitsnachweises ***) war im August 1914 die Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften noch

*) Im ersten Kreise waren Anfang 1914 2714 Fabriken, im März 1914 2718, Ende 1914 2692 und Ende 1915 2718, erst also die Zahl von März 1914 erreicht.

**) « Zeitschrift für schweiz. Statistik », 3. Heft, 1915.

***) J. Lorenz, Der Einfluss des Krieges auf den schweizerischen Arbeitsmarkt, «Zeitschrift für schweiz. Statistik», 1. Heft, 1916.

um 13 % grösser als 1913, wohl infolge der Einberufung der Militärpflichtigen und des Wegzugs der ausländischen Arbeiter. Dagegen sinkt sofort die Nachfrage nach weiblichem Personal, das allerdings durch Vermittlung des Arbeitsnachweises in der Hauptsache für den Haus- und Wirtschaftsdienst gefordert wird, während der grosse gewerbliche Arbeitsmarkt des weiblichen Geschlechts sich ausserhalb der Arbeitsämter abwickelt, sofort auf 65 % des normalen Bedarfs. Im September und Oktober steht die Nachfrage auch nach männlichen Arbeitskräften unter der normalen, um 12 % und 15 %. Das sind auch die schlimmsten Monate. Dann beginnt sich die Sachlage zu bessern, und die Nachfrage steigt dann dauernd über die vom Jahre 1913, das allerdings ebenfalls schon zum Teil unter dem Zeichen der heranbrechenden Wirtschaftskrise steht. 1915 waren nach den Berichten des Arbeitsnachweises offene Stellen für männliche Arbeiter 65,790 gegen bloss 58,000 im Jahre 1914 und 53,755 im Jahre 1913. Männliche Arbeitsuchende kamen im ganzen 79,308 gegen 89,060 und 76,989 in den beiden vorletzten Jahren. Die Zahl der Arbeitsuchenden überstieg also immer noch das normale Mass, obgleich die Zahl der durchreisenden (also meist ausländischen) Arbeiter seitdem von 116,980 auf 41,020 gesunken ist. Bis ins Jahr 1916 hinein standen also der Industrie, trotz der Mobilisation und Wegreise ausländischer Arbeiter genügend Arbeitskräfte zur Verfügung. So gross ist die Reservearmee, aus der das Kapital Arbeitskräfte schöpfen kann! Uebrigens hat wohl der Krieg selbst viele « Selbständige » gezwungen, in die Fabriken zu gehen, was insbesondere für Frauen zutrifft, die massenweise ihre Arbeitskraft anzubieten begonnen haben. Auf jeden Fall bot der Arbeitsmarkt keine Schwierigkeiten für die Industrie.

Erst im Jahre 1916 beginnt seit März sich ein gewisser Mangel an männlichen Arbeitskräften fühlbar zu machen, der aber schon im Juli im allgemeinen (von einzelnen Branchen, die Spezialarbeiter suchen, abgesehen) wiederum verschwindet. Die Lage des Arbeitsmarktes im Juli 1916 beleuchtet gut die ganze Umwälzung während der beiden ersten Kriegsjahre. Es waren nach den Angaben des Arbeitsnachweises:

Juli	Offene Stellen		Arbeitsuchende		Besetzte Stellen		Durchreisende
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	
1916 . .	6123	2418	6146	2248	4490	1390	1863
1915 . .	5332	2064	6736	2393	4310	1292	3230
1914 . .	5247	2757	6683	2021	4013	1443	9767
1913 . .	4391	2410	6336	1873	3338	1222	10497

Die Zahl der offenen Stellen war somit im Juli 1916 für männliche Arbeiter grösser als selbst zur gleichen Zeit 1914 und 1913; auch die Zahl der offenen Stellen für *dauernde* männliche Arbeit betrug 1913 3946, 1914 4473, 1915 4594 und 1916 5372. Dagegen hat sich die Zahl der Arbeitsuchenden männlichen Geschlechts vermindert, während die Zahl der Frauen, die Beschäftigung suchen, immer noch über dem Niveau von 1913/14 steht. Auf 100 offene Stellen für männliche Arbeit kamen im Juli 1913 144,2, 1914 127,3, 1915 126,3 und 1916 100,3.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich sichtlich verbessert; die Unternehmer können aber immer noch nicht von Arbeitermangel sprechen, insbesondere wenn man sich erinnert, dass heute vielfach Frauen an Stelle der Männer in die Fabriken kommen.

Ueber die Entwicklung des Auslandabsatzes haben wir schon berichtet. Ueber die *Lage des Inlandmarktes* gibt es leider keine genauen Angaben. Einen gewissen Anhaltspunkt bieten allein die Betriebseinnahmen der Bundesbahnen aus dem Güterverkehr, die die Entwicklung des In- und Auslandabsatzes widerspiegeln. Diese Einnahmen, auf den Kilometer Betriebslänge berechnet, sanken mit dem Kriegsausbruch ziemlich stark, wohl auch deshalb, weil der Transitverkehr zwischen den kriegführenden Ländern aufhörte. Das ist wohl der Hauptgrund, warum sie seit Juni 1915, nach dem Eintritt Italiens in den Krieg, besonders stark gesunken sind. Seit März dieses Jahres erreichen sie aber wiederum die normale Höhe und ergaben im Mai einen Rekord. Im Juli waren sie hingegen etwas geringer als im Juli 1914. Das zeigt uns, dass der eigentliche schweizerische Güterverkehr recht lebhaft geworden sein musste.

Zu der Lage der wichtigsten Industrien im einzelnen übergehend, müssen wir zunächst bemerken, dass der Krieg diejenigen Industrien am schwersten getroffen hat, die schon *vor* dem Kriege an Ueberproduktion gelitten haben, so vor allem das Baugewerbe und die Hotelindustrie. Dann schien es zuerst, dass die Luxusindustrien unter dem Einflusse des Krieges besonders leiden werden, da die reichen Klassen in den ersten Kriegsmonaten plötzlich « sparsam » wurden und sogar massenweise ihre Dienstboten und Hausmädchen auf die Strasse setzten ... Das dauerte indes nicht lange, und mit den reichen « Verdiensten » an Kriegsgeschäften kam die Nachfrage nach Luxus in verstärktem Masse wieder, was insbesondere der Seidenindustrie und ähnlichen Luxusgewerben zugute kam.

Diese ganze Entwicklung kommt in der Kriegseinwirkung auf die Basler Bandfabrikation zum Ausdruck. Die Berichte der Basler Handelskammer für 1914 und 1915 schildern diese Einwirkungen wie folgt:

«Die Rückwirkung auf das Bandgeschäft und die Bandmode war erschreckend; als Luxusartikel fand Band überhaupt beinahe keine Verwendung mehr, nur die billigen Massenartikel zeigten noch beschränkten Absatz. Zumal in den kontinentalen Staaten von Europa war es beängstigend still geworden, in Deutschland war die Nachfrage fast auf den Nullpunkt zurückgegangen, und in Paris war ein Grossteil der Bandgeschäfte wegen Abwesenheit der Inhaber und Angestellten desorganisiert. Nur England behielt noch einen mässigen Absatz in den billigen Qualitäten — der Luxuskonsum verhielt sich auch dort sehr zurückhaltend — und sah sich veranlasst, manche Orders, die vor dem Kriege am Rhein oder in St-Etienne bestellt worden waren, nunmehr in Basel unterzubringen.

Ein gewisses Begehr machte sich schon 1914 nach schwarzen Bändern bemerkbar. Immerhin konnten sich die Bandpreise trotz der Verteuerung der Produktion (!) nicht halten und sanken auf ein Niveau, das oft genug Verlust, jedenfalls keinen Gewinn mehr gewährte.»

Dann beklagte der Bericht der Basler Handelskammer noch den Sturz der Rohseidenpreise, obgleich man doch annehmen dürfte, dass die Bandfabrikanten damit zufrieden sein sollten. Fördert doch der billige Rohstoffpreis gewöhnlich die Industrie und regt den Konsum an. Wie dem auch sei, der Krieg brachte die Bandindustrie zunächst in eine schwierige Lage. « So zerstörte », endet der Bericht der Unternehmer an die Basler Handelskammer, « der unheilvolle Krieg wie ein Frost in der Maiennacht alle Hoffnungen auf Gedeihen und Förderung unserer Bandindustrie . . . »

Der Bericht von 1915 singt schon ein ganz anderes Lied. In der ersten Hälfte 1915 war die Lage noch sehr schwierig, aber weniger aus Mangel an Absatz, als hauptsächlich infolge der Schwierigkeiten, Rohstoffe zu erhalten.

Indes trat schon gegen Mitte des Jahres eine Wendung ein. « Es zeigte sich eine regere Nachfrage nach Fantasieband in höheren Breiten, und zwar speziell nach broschierten Blumeneffekten und nach Chinéband. Ein wichtiger Artikel wurde auch schwarzes Band, welches in grossen Mengen auf Lager fabriziert wurde und das ganze Jahr hindurch schlanken Absatz fand.»

Im Sommer 1915 schlossen sich die Fabrikanten zu einem Syndikat zusammen und erhöhten die Preise um 10 bis 15 %.

Auch die Färberei, Appretur und Seidendruck berichten über ein günstiges Jahr: haben doch die Färbereien Teuerungszuschläge zunächst von 30 bis 40 % und daraufhin gar von 60 bis 70 % festgesetzt! Aehnlich war die Lage in der Züricher Seidenfärberei.

Charakteristisch ist es, wie sich mit der Konjunktur auch die Stellung der Unternehmer zum Krieg ändert. Während die Bandfabrikanten ihren Bericht an die Basler Handelskammer 1914 mit dem heissen Wunsch nach baldigem Frieden enden, spricht ihr Bericht von 1915 nur die Hoffnung auf die Fortdauer der guten Geschäftslage (also auch des Krieges!) aus . . .

Die schweizerischen Seidenstoffabrikanten gaben an *), dass die Zahl ihrer Angestellten sich Ende August 1914 um 16,8 %, die der Arbeiter um 16,1 % gegenüber dem Juli 1914 vermindert habe. Im September seien einige Arbeiter wiederum eingestellt worden, so dass deren Zahl bloss um 2,9 % geringer war als im Juli 1914; dann trat aber eine neue Verminderung der beschäftigten Arbeiter ein. Ende November waren nur 90,3 % der Zahl der Arbeiter und 93,5 % der Zahl der Angestellten vom Juli 1914 beschäftigt.

Die Lage der Seidenstoffabrikation im Jahre 1914 wird im Bericht der Zürcher Handelskammer wie folgt geschildert:

«Schon im Spätfrühling war die Beschäftigung in der Seidenweberei eine annähernd normale. In verschiedenen Betrieben konnten jedoch die durch Abwanderung fremdländischer Arbeiter entstandenen Lücken nicht aufgefüllt werden, und gegen Ende des Jahres kam aus Mangel an Baumwollgarnen eine grössere Anzahl von Stühlen, die sonst Halbseidenstoffe erzeugen, zum Stillstand.» Ueber das Jahr 1915 wird im Bericht über Handel und Industrie in der Schweiz im Jahre 1915 mitgeteilt, dass die Seidenstoffweberei sich erholt und eine volle Produktion erzielt hat.

Ueber die Seidenzwirnerei wird gleichzeitig mitgeteilt, dass sie auf ein befriedigendes Geschäftsjahr zurückblicke, wobei diejenigen Unternehmungen, die Zwirne in ungefärbtem Zustand und ohne weitere Veredlung verkaufen, infolge der hohen Rohstoffpreise geringe Gewinne hatten, und dass « eine unserer grössten Nähseidenzwirnereien ihre Fabriken für immer geschlossen » habe. Sehr günstig erwies sich der Krieg für den Seidenhandel. « Durch den Krieg ist Zürich als Seidenmarkt zu besonderer Wichtigkeit gelangt », insbesondere nach der Unterbrechung des direkten Verkehrs zwischen Italien und den Zentralmächten. Die Zürcher Seidenindustriegesellschaft berichtet ferner:

Das Geschäft in ostasiatischen Seiden hat sich in den ersten Monaten 1915 in recht erfreulicher Weise wieder zu entwickeln begonnen. « Langsam und stetig waren die Fortschritte bis gegen Ende Juni, etwas rascher und lebhafter in den Monaten Juli, August, September, bis sich im Oktober ein regelrechter « boom » einstellte... In den Preisen kam diese Entwicklung durch einen Aufschlag von rund 50 % zum Ausdruck.» Zur Erklärung dieser Erscheinung beruft sich der angeführte Bericht auf die « Kriegsmilliarden », die in der « Bevölkerung » zu rollen begannen und deren Kaufkraft erhöht haben. Die Kriegslieferanten gelten für die Seidenhändler als « Bevölkerung ». Die Behauptung, dass Arbeiter angefangen haben, Seidenwaren zu kaufen, wird natürlich nicht ernst zu nehmen sein. Mag es hie und da der Fall

*) Bericht über Handel und Industrie im Kanton Zürich für das Jahr 1914, herausgegeben von der Zürcher Handelskammer, S. 66/67.

sein, im allgemeinen kleidet sich die Volksmasse heute schlechter als vor dem Kriege.

Ueber die Lage der *Baumwollindustrie* zu Beginn des Krieges erfahren wir aus dem Bericht über Handel und Industrie der Schweiz im Jahre 1914, erstattet vom Vorort des schweizerischen Industrievereins (Zürich, 1915), folgendes:

«In der Baumwollindustrie wurde nach einem Beschlusse des schweizerischen Spinner-, Zwirner- und Webervereins den Mitgliedern empfohlen, eine 50 %ige Reduktion der Arbeitszeit eintreten zu lassen, aber, wenn immer möglich, nicht darunter zu gehen, wobei es freigestellt wurde, länger zu arbeiten, wenn die Umstände es gestatten. Die Weberei kam diesem Beschluss durchgehends nach und legte die Tücher, da sie von den Käufern sehr oft nicht abgenommen wurden, auf Lager. Einteilungen auf laufende Kontrakte waren meist nicht zu bekommen, was die Verlegenheit der Weberei weiter stark vergrösserte.

In den Monaten August und September fehlte jede Nachfrage, und erst im letzten Vierteljahr konnten wieder neue Verkäufe abgeschlossen und regelmässige Ablieferungen auf Rechnung alter Verträge gemacht werden...

... *Allmählich zeigten sich aber auch neue Absatzgebiete.* So konnte in den meisten Webereien nach etwa zwei Monaten der Betrieb wieder gesteigert und der *Dreiviertel-* oder *Vollbetrieb* wieder aufgenommen werden.»

In den Jahren 1915/16 hat der gute Geschäftsgang fast durchweg angehalten. In der zweiten Hälfte des Jahres 1915 und in der ersten Hälfte 1916 hatte die Baumwollindustrie mit Schwierigkeiten bei der Anschaffung von Rohstoffen und Halbfabrikaten zu kämpfen. Nachdem England die Ausfuhr von Baumwolle nach der Schweiz im April, Italien den Transit Ende August und Frankreich im September verboten hatten, schritt man zur Gründung der S. S. S. Trotzdem kam bis Ende 1915 keine Baumwolle hinein und in der ersten Hälfte 1916 um 28,5 % weniger als zur gleichen Zeit 1914. Infolgedessen stiegen in der Schweiz die Baumwollpreise um 100 % an! Es kam auch zu bedeutenden Betriebseinschränkungen in der Spinnerei und insbesondere in der Stickerei.

Die *Stickereiindustrie* hängt in erster Linie vom Auslandabsatz ab. Im allgemeinen erfahren wir, dass zu Beginn des Krieges sich die Zahl der Schifflimaschinen von 6582 auf 6382 vermindert hat. Mit dem Aufleben des Exports verbesserte sich auch die Lage der Stickerei. Dabei trat folgende Erscheinung zutage: Die *Handstickerei,* eine hochwertige Luxusindustrie, leidet unter Absatzmangel, und die Löhne darin sind stark herabgegangen, während die ihr nachahmende Lorrainstickerei (Hausindustrie) gut beschäftigt war. Ebenso war die Lage der Handmaschinenstickerei eine prekäre, während die *Schifflimaschinenstickerei* eine weitere Ausdehnung nahm.

Ueber die Lage der *Maschinenindustrie* im Jahre 1915 lesen wir im Basler Handelskammerbericht:

«Der Bestellungseingang, der in den ersten Kriegsmonaten fast gänzlich ausblieb, hat sich anfangs 1915 gehoben, so dass der Beschäftigungsgrad das ganze Jahr hindurch im allgemeinen ein guter war. Zwar waren manche Firmen genötigt, sich auf den Bau ganz anderer Erzeugnisse zu verlegen, speziell von Werkzeugmaschinen, für welche sich im Laufe der Zeit seitens aller kriegführenden Staaten eine gewaltige Nachfrage einstellte. Drehbänke, die für die Fabrikation von Granaten und anderer Kriegsmaterialien benötigt wurden, waren am gesuchtesten. Bestellungen auf Hunderte solcher Maschinen wurden täglich angeboten.»

Dann klagt der Bericht über Mangel an Berufsarbeitern, vor allem an Materialien und insbesondere über die gewaltigen Preissteigerungen.

Dem Bericht über Handel und Industrie in der Schweiz im Jahre 1915 entnehmen wir noch folgende Bemerkungen: Seit dem Vorsommer 1915 hatte eine Anzahl von Werken sogar einen überreichlichen Eingang von Aufträgen. Nur der Absatz nach der Uebersee sowie nach Ländern, in denen die Valuta stark entwertet ist, stiess auf Schwierigkeiten. Ferner werden hier die Hindernisse erwähnt, die die kriegführenden Länder in bezug auf die Ausfuhr von Materialien und Fabrikaten, die aus ihren Materialien hergestellt sind, machen. Siehe auf S. 27/28 das Abkommen mit Deutschland und die Verhandlungen mit der Entente von 1916.

Im einzelnen wird berichtet, dass sich in der Schweiz eine gewisse Nachfrage nach landwirtschaftlichen sowie Textilmaschinen bemerkbar machte.

Was den Export betrifft, so war er in den ersten sieben Monaten 1916 sehr gering: bei Webstühlen (10,194 q gegen 36,753 q in der gleichen Zeit 1914), ebenso bei andern Textilmaschinen und dynamo-elektrischen Maschinen. Eine starke Zunahme des Exports weisen die Werkzeugmaschinen von 7857 auf 91,286 Doppelzentner, Dampfkessel und Kochapparate und Maschinen für Nahrungsmittel sowie die Ausfuhr von Automobilen (auf fast das Zweieinhalbfache).

Umgekehrt hat die elektrische Industrie nicht nur aus dem Ausland, sondern auch aus dem Inland grosse Aufträge erhalten, dass es ihr sogar unmöglich war, diesen zu genügen. Die starke Verteuerung der Kohle hat nämlich zu vermehrter Ausnützung der elektrischen Energie geführt.

«Die Nachfrage nach elektrischen Motoren und Transformatoren», berichtet die Zürcher Handelskammer, «war gross. Sie wurde veranlasst durch den guten Gang der Hauptindustrien in der Schweiz sowie durch den herrschenden Petroleummangel und die Verteuerung der Kohle, wodurch viele Interessenten angeregt wurden, sowohl die elektrische Beleuchtung als auch den elektrischen Kraftbetrieb einzuführen, was wie-

derum die Elektrizitätswerke veranlasste, ihre Verteilungsanlagen auszubauen. Es gelangten auch einige wichtigere Objekte, wie grosse Generatoren, Transformatoren und Apparate, Anlagen für den Ausbau und Umbau von Elektrizitätswerken zur Vergebung.»

Ueber die Lage der Maschinenindustrie im ersten Semester 1916 erfahren wir aus dem Bericht der Bankgesellschaft für Juli 1916, dass sie recht gut beschäftigt war, aber an Mangel an Rohstoffen und gewisser Halbfabrikate zu leiden begonnen hatte. Noch heftigere Klagen kamen um die gleiche Zeit aus der Stickereiindustrie, die schon zu Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen geschritten war.

Auch die Uhrenindustrie hat sich in der letzten Zeit kräftig entwickelt. Im Monat August 1916 betrug die Zahl der von den eidgenössischen Kontrollämtern gestempelten Uhrgehäuse 346,680 und im Juli 314,920 gegen 146,700 im Juli 1915, 310,504 im Juli 1914 und 320,000 im Juli 1913. Da heute sehr viel Uhren aus nicht edlen Metallen hergestellt werden, die von dieser Statistik nicht berücksichtigt werden, so darf man die allgemeine Lage als recht günstig betrachten. Betrug doch schon 1915 die Zahl der ausgeführten Uhren 16,06 Millionen gegen 16,85 Millionen Stück im Jahre 1913 *). Uebrigens hat sich die Uhrenindustrie auf die Herstellung verschiedener anderer Gegenstände gestürzt. So berichtet die *Chambre suisse de l'horlogerie* über das Jahr 1915 **), dass die Schalenmacher vielfach Präzisionsartikel für Kriegszwecke herstellten, während die Graveure Uhrenarmbänder machten und die Uhrendekorateure anfingen, sich mit dem « Auflegen von Radium » zu befassen.

Daneben gehen aus den Neuenburger Ateliers auch zahlreiche mit Radium behandelte Kompasse hervor, die ebenfalls zur Feldausstattung der Krieger gehören. Zu erwähnen sind ferner als neue Artikel Nadeln für medizinische Einspritzungen, Barometernadeln usw., die in grossen Mengen fabriziert werden. Ebenso sind zahnärztliche Utensilien zu einer neuen Spezialität des Neuenburger Jura geworden. Sie finden in allen Weltteilen steigende Nachfrage. Fast überflüssig ist es zu betonen, dass die Reihe der fabrizierten Kontrollapparate, der Zähler usw. gegenüber der Vorkriegszeit um mehrere interessante Typen vermehrt wurde. Erwähnt sei besonders der automatische Elektrizitätsverteiler, der dazu bestimmt ist, die gewöhnlichen Elektrizitätszähler zu ersetzen.

Mehrere kleinere Neuerungen lassen wir dabei unerwähnt. *Neue Industrien* sind aber nicht allein im Kanton Neuenburg aufgekommen. Der Fabrikinspektor des III. Kreises berichtet über folgende neue Industrien und Fabrikationszweige, ohne sie, wie er sagt, schon vollständig aufzählen zu können, nämlich:

*) Durch das Verbot der Einfuhr von goldenen Uhren nach Russland und jetzt auch nach England wird aber die schweizerische Uhrenindustrie schwer getroffen.

**) « Neue Zürcher Zeitung » vom 1. September 1916, 2. Morgenblatt.

1 Sodafabrik, 1 Mundharmonikafabrik, 1 Käsekonservierungsfabrik, 1 Toluolfabrik, 21 Militärschneidereien, 1 Champagnerfabrik, 1 Cynaydfabrik, 1 Teeröldestillation, 1 Spritfabrikation aus Kochlauge von Cellulose, Extraktion von Gerbstoff, Bändelfabrikatign aus Cellulose, Oelhydrierungsanlage, Zelttuch und Wagendeckenfabrikation.

Unter anderm scheint sich insbesondere die Spielwarenindustrie in Neuenburg und in andern Kantonen gut entwickeln zu wollen, die auch schon auswärts, in der Hauptsache in Frankreich, Beziehungen angeknüpft hat. In La Chaux-deFonds war eine Spielwarenausstellung vom 8. bis 31. Juli, in Neuenburg eine solche vom 5. bis 28. August.

Der Fabrikinspektor des I. Kreises schreibt über das gleiche Thema wie folgt:

«Wir notieren als neue Industrien die Teerdestillation, die Fabrikation von Sauerstoff, ein Walzwerk für Kupferdraht, die Blattgoldschlägerei, die Herstellung von Isolierflaschen, von Kautschukpflaster. Verbandwatte wird in mehreren neuen Anlagen hergestellt; die Militärschneiderei hat einen enormen Umfang angenommen. Das... Schweizergriess ist plötzlich zu hohen Ehren gekommen. Endlich hat die Verwendung von Abfällen aller Art einen ganz bedeutenden Umfang angenommen. Das alles und anderes mehr ist aber nicht möglich geworden, nur deswegen, weil die Not erfinderisch macht, sondern weil *die für die Waren erzielten Preise den Betrieb lohnend gestalten.*»

Wenn demnach die neuen Industrien es nicht dahin bringen, den Betrieb so zu vervollständigen, dass sie zu Weltmarktpreisen zu produzieren imstande sein werden, so werden sie auch nicht dauernd bleiben können. Es ist aber möglich, dass viele gar nicht lebensfähige Industrien nach dem Kriege mit Schutzzollforderungen auftreten werden. Die Arbeiterschaft muss die Produktionsverhältnisse dieser neuen Industrien genau kennen lernen, um dieser Gefahr eines neuen Raubzuges auf ihre Taschen entgegentreten zu können.

Schliesslich sei noch die Bemerkung des schon erwähnten « Berichtes über Handel und Industrie der Schweiz » über das Hotelgewerbe erwähnt, dass es schon vor dem Kriege unter einer Ueberproduktion stark zu leiden hatte. « Die Zahl der Hotelneubauten war im Verhältnis zu der Zunahme des Reiseverkehrs entschieden allzu gross... Alle Anstrengungen, hier Einhalt zu tun, blieben fruchtlos; denn immer wieder fanden sich neue Kapitalien, um namentlich grosse Luxushotels zu erstellen.» Aus der weitern Uebersicht des angeführten Berichtes ergibt sich aber, dass nicht die grossen Luxus-, sondern die kleinen Hotels mit Verlust arbeiteten und dass eben diese während des Krieges in eine Notlage geraten sind. Der Bericht der Unternehmer meint denn auch, dass « die vom Bundesrat in Aussicht genommenen Stundungsmassnahmen zur Milderung der im Hotelgewerbe herrschenden Krisis (erlassen am 2. November 1915) in vielen Fällen

nicht vermögen werden, geschäftliche Zusammenbrüche zu verhüten ».

Abgesehen von einzelnen Industriezweigen, hat sich also seit Mitte 1915 der allgemeine Geschäftsgang entschieden gebessert und fast schon normalen Umfang angenommen. Was speziell die Rentabilität der Unternehmungen betrifft, die zu Beginn des Krieges heruntergegangen ist, so hat sie sich sichtlich gehoben und in manchen Branchen, vielleicht in deren Mehrheit, werden heute reichlich Kriegsgewinne gemacht. Das geht schon aus der stark gesunkenen Zahl der Konkurse hervor, die in den Monaten April bis Juni 1916 bloss 81 betrug gegenüber 138 zur gleichen Zeit 1914. Dem Monatsbericht des Schweizerischen Bankvereins (Nr. 11, 1916) entnehmen wir folgende Angaben über die Rentabilität von 60 schweizerischen Industriegesellschaften, die 1914 an eigenen Geldern 375 Mill. Fr., 1915 389 und 1916 405 Mill. Fr. aufwiesen. Ihr Betriebsgewinn betrug 1914 143, 1915 136 und 1916 197 Mill. Fr., stieg also von 38,13 % auf 48,64 % der eigenen Mittel. Der Reingewinn betrug zugleich 54, 46 und 78 Millionen. Die durchschnittliche Dividende auf das eingezahlte Kapital stellte sich auf 7,95 %, 8,2 % und 12,16 %, erhöhte sich somit um rund 53 %! Niemand wird wohl behaupten wollen, dass die Arbeitslöhne in gleichem Masse gestiegen sind...

Der Krieg hat auf fast allen Gebieten die Konzentration des Kapitals und noch mehr die Zusammenfassung der Unternehmer in einzelne Verbände gefördert. Nicht allein zwecks Ein- und Verkaufs, was schon aus politisch-wirtschaftlichen Gründen (zum Verkehr mit der S. S. S.) geboten ist, sondern speziell zur Erhöhung der Preise haben neue Zusammenschlüsse, wie die Bandfabrikanten- und neuerdings die « Ostschweizerische Ausrüstereivereinigung », die die Stickereiindustrie beherrscht, stattgefunden, die es den Unternehmern gestatten, nicht allein die gestiegenen Rohstoffpreise auf die Konsumenten abzuwälzen, sondern sich selbst für all die Schwierigkeiten der Kriegszeit gut bezahlen zu lassen. Erst die organisierte Macht der Unternehmer hat es ihnen erlaubt, die Kriegskonjunktur auszunützen, sowohl den ausländischen als den inländischen Verbrauchern gegenüber. Das mögen sich auch die Arbeiter merken. Noch nie hat in den Unternehmerkreisen der Gedanke des Zusammenschlusses so günstigen Boden gefunden, und noch nie wurde er in dem Masse verwirklicht wie gerade in dieser Kriegszeit. Faktisch steht das Unternehmertum heute fest geschlossen, sowohl als Käufer als auch als Verkäufer von Waren sowie auch selbstredend den Arbeitern gegenüber. Darin liegt in erster Linie auch der Grund, warum sie die günstiger gewordene Geschäftslage rascher als die Arbeiter, die noch sehr wenig

organisiert sind, ausnützen können. Wollen auch die Arbeiter nicht mit leeren Händen ausgehen, so müssen auch sie dem Beispiele der Unternehmer folgen und sich organisieren.

IV. Die Teuerung.

Bedeutender und nachhaltiger ist der Einfluss des Krieges auf die *Warenpreise.* In dieser Beziehung müssen wir vor allem mit einer Umwälzung rechnen, deren Tragweite noch gar nicht übersehen werden kann. Denn die Teuerungsfolgen des Krieges werden sich noch lange, sehr lange auch nach dem Kriege fühlbar machen.

Die Teuerung ist nicht durch den Krieg hervorgerufen, aber durch ihn sehr verschärft worden. Unter der Teuerung leiden wir schon seit zwei Jahrzehnten. In der vom Schweiz. Gewerkschaftsbunde herausgegebenen Schrift *« Teuerung in der Schweiz »,* Bern, 1910, sind die allgemeinen Teuerungsursachen erläutert worden. Zusammenfassend soll hier darüber noch folgendes gesagt werden: Es ist nicht der allgemeine *Mangel an Nahrungsmitteln,* der die Teuerung verursacht; denn die Getreideproduktion hat sich viel rascher entwickelt als die Bevölkerungszahl gewachsen ist. Die Gründe für die Teuerung liegen vielmehr in den *sozialen Verhältnissen,* in der *Zersplitterung des Besitzes* und *Irrationalität der Betriebsweise* und in der *Anarchie der Produktion* und insbesondere der *Verteilung der Produkte.* Mit der Zunahme des Bedarfs ist man zur Produktion unter ungünstigeren Bedingungen übergegangen. Entweder hat man weniger guten Boden zu bestellen begonnen oder solchen in Acker umgewandelt, der zuerst ent- oder bewässert werden musste, also höhere Produktionskosten verursacht; oder schliesslich ist man von extensivem zum intensiveren, ergiebigeren, auf die Einheit der Fläche berechneten, aber auch normalerweise kostspieligeren Betrieb übergegangen. Im einen wie im andern Falle ist die vermehrte Getreideproduktion mit höherem Aufwand gewonnen worden. Diese Produktionskostensteigerung, auf die Gesamtheit der geernteten Mengen verteilt, ergibt eine verschwindend geringe Summe, und wenn man noch den technischen Fortschritt, der hie und da angewendet wird, in Betracht zieht, so haben sich die *Durchschnittsproduktionskosten* sicherlich vermindert. Allein infolge des Monopolbesitzes des Grund und Bodens wird der Getreidepreis nicht nach den Durchschnittskosten, sondern nach den Kosten unter den *ungünstigsten Produktionskosten* bestimmt. Diese sind nun gestiegen, und der Preis der gesamten Getreidemenge der Welt ist in die Höhe geschnellt, den Grundbesitzern, die unter günstigeren Bedingungen arbeiten, gewaltige Gewinne verschaffend.

Dass der Bedarf gestiegen ist, liegt weniger in der Zunahme der Bevölkerung als in der gesamten Wirtschaftsstruktur der Gegenwart. Die Industrie weist gewaltige Fortschritte auf, nimmt eine ungeahnte Ausdehnung, während die Entwicklung der Landwirtschaft auf die Schranken des Privatbesitzes, der den technischen Fortschritt hemmt, sowie auf die Naturverhältnisse überhaupt stösst. So hat sich ein Missverhältnis zwischen der landwirtschaftlichen und der gewerblichen Produktion herausgebildet, das zur Preiserhöhung der Bodenerzeugnisse gegenüber den Preisen der Fabrikate geführt hat. Dass die Spekulation und der Handel ihrerseits noch verteuernd wirkten, versteht sich am Rande.

Der Krieg hat nun die Teuerungstendenzen in gewaltigem Masse gestärkt. *) Einerseits entzieht er eine grosse Menge von Arbeitern der produktiven Tätigkeit, vermindert somit das Angebot an Waren; anderseits vermehrt er den Verbrauch ausserordentlich stark. Nicht nur der Verbrauch von Eisen und Metallen, die direkt vernichtet werden, sondern auch der persönliche Konsum der Armeen sowie auch ihr Verbrauch von sonstigen Gegenständen, wie Kleidern, Schuhwerk usw., ist bedeutend grösser als der normale Verbrauch der Bevölkerung. Schon aus diesem Grunde musste der Krieg verteuernd wirken. Hinzu kommen noch: die Störung des allgemeinen Verkehrs (so die Sperrung der Dardanellen und die Unterbindung des russischen und rumänischen Getreideexports; die Absperrung der Zentralmächte vom Weltverkehr und der Mangel an chemischen usw. Produkten); die gewaltige Steigerung der Frachtkosten auf das Sechs- oder Zehnfache und mehr infolge der Verminderung der Handelsflotte (der Verlust der Welthandelsmarine wird für die ersten zwei Jahre auf 6 % geschätzt, ausserdem wird ein weit grösserer Prozentsatz, in England sogar 50 %, der Handelsflotte für den Kriegsdienst benutzt); die Entwertung des Geldes (so wird in Russland für Gold ein Aufgeld von 45 % gezahlt) und ähnliches mehr.

Natürlich hat sich die private Spekulation dieser Verhältnisse bemächtigt und die Preise weit über das selbst für diese anormalen Umstände gebotene Mass getrieben. So schrieb Professor Franke in der « Sozialen Praxis »:

«Mit wachsender Besorgnis sehen wir, wie auch in dieser grossen Zeit, die alles Niedrige und Gemeine in ihrer heiligen Glut verschmelzen sollte, ein listiges und hastiges Jagen nach ungerechtem Gewinn sein unsauberes Wesen treibt, die Löhne drückt, die Preise steigert, Personen- und Sachwucher verübt — zum Schaden des Gemeinwohles unter Ausnützung der Notlage des einzelnen und der Kriegsbedürfnisse. Noch lau-

*) K. Kautsky, Die ökonomische Seite des Erschöpfungskrieges, Der Kampf, September 1916.

ter und öfter hört man von bösen Preistreibereien, die nicht nur unentbehrliche Stoffe des Heeresbedürfnisses, sondern auch die notwendigsten Nahrungsmittel betreffen.»

Der gute Mann sagt uns auch weiter, warum ihn diese Zustände so betrüben.

«Nichts würde die Eintracht, die Zuversicht, das Vertrauen der breiten Volksmasse tiefer erschüttern, als wenn die Wahrnehmung sich festsetzte, dass sich unsaubere Hände ungestraft vergolden und Reichtümer in die Tasche schieben, während unsere Soldaten draussen im Schützengraben und im Sturmangriffe, unsere Seeleute auf dem Meere heldenmütig ihr Leben für Reich und Nation dransetzen.»

Die Regierungen haben sich in allen Ländern gezwungen gesehen, tief einschneidende Massnahmen zur Sicherung der Volksernährung zu ergreifen. Selbst in England hat die liberale Regierung ihr Laisser faire-Prinzip (alles gehen lassen) aufgegeben, ein Zuckermonopol geschaffen, die für die Ausfuhr übrigbleibende Getreidemenge in Indien und Kanada beschlagnahmt, in der letzten Zeit auch Höchstpreise für Seefrachten festgesetzt. Viel, viel weiter gingen in dieser Beziehung die Zentralmächte, vor allem Deutschland. Hier ist man zur organisierten Verteilung der vorhandenen Lebensmittel und einiger anderer Gegenstände (Kleidung und Schuhwerk usw.) mittels des Kartensystems übergegangen, hat die Vorräte zu bestimmten Preisen beschlagnahmt usw. Die ungarische Regierung hat offen zugegeben, dass man bei der Bemessung der Getreidehöchstpreise die Interessen der Agrarier nicht verletzen und ihnen « angemessene » Preise zusichern wollte. Neuerdings erklärte auch der preussische Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemer-Lieser, dass man die Preise nicht herabsetzen werde. Denn « dem Erzeuger muss unter *allen Umständen* ein lohnender Verdienst gelassen werden, weil er sonst *kein Interesse daran hat, die Produktion zu vermehren*». Und doch hat der Präsident des Ernährungsamtes, Herr *von Batocki,* in seinem Aufruf an die Frauen vom 24. August selber erklärt:

«Mir klingt es wie eine *Beschimpfung der Landleute,* wenn man hier und da sagt, *nur durch den Anreiz gesteigerter Preise* ist etwas von ihnen herauszuholen.»

Der Reichskanzler hat in einem Schreiben an die Gewerkschaften einen allmählichen Abbau der Preise einiger wichtiger Lebensmittel in Aussicht gestellt; ähnlich äusserte sich Batocki. Allein die geringen Preisherabsetzungen für Griess, Graupen und Grütze wurden durch die Preiserhöhungen für Eier, Käse und Kartoffeln mehr als ausgeglichen. Vor allem sind die Viehpreise immer noch unheimlich hoch. Nach *F. Hoff* (« Berliner Tageblatt » vom 23. September 1916) betrug in den Sommermonaten

der Rindviehpreis in Hamburg vor dem Kriege 40 bis 50 Mark pro 50 Kilo. Im März 1916 erreichten sie die Höhe von 110 bis 120 Mark, wurden dann vom Viehhandelsverband auf 100 Mark für beste Qualität herab-, am 18. Juni aber wiederum auf 110 bis 120 Mark hinaufgesetzt. Hoff berechnet, dass sich dadurch ein *Reingewinn von 1200 Mark für jedes Tier* ergebe!

Auf das Durchhalten der proletarischen Bevölkerungschichten legt man eben weniger Gewicht als auf das der massgebenden Agrarierkreise. Das Volk speist man mit Versprechungen ab, den Agrariern verschafft man gewaltige Gewinne. Uebrigens sollen durch Auspowerung der Verbraucher Kapitalien für die Kriegführung gebildet werden.

Ueber den Stand der Teuerung in einzelnen Ländern lässt sich heute nichts Zuverlässiges sagen, da jeder Staat auch die Ernährungsverhältnisse bei ihm verheimlicht. Der Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen in Deutschland schätzte die durchschnittliche Verteuerung des normalen Verbrauches für das Ende der ersten zwei Kriegsjahre auf 95 %; aber auch noch für den verminderten Verbrauch hatte man im August 1916 um 50 bis 60 % mehr als vor dem Kriege aufzuwenden.

Nicht viel besser liegen die Verhältnisse in England. Die Steigerung der Grosshandelspreise für Zerealien und Fleisch bis Ende Juli 1916 beträgt nach dem « Economist » rund 70 % und bis Ende August 76,8 %; die Preise im Kleinhandel bis Anfang Juli sind für Lebensmittel im Durchschnitt um 61 %, in den Grossstädten um 65 % gewachsen. Der Preisdurchschnitt erhöhte sich für Fleisch um 55 bis 120 %, für Brot um 44 %, Mehl um 48 %, Butter um 32 %, Milch um 33 %, Käse um 51 %, Eier um 45 %, Kartoffeln um 109 %, Zucker um 158 %, für Fisch um 81 % usw.

Die Preise für Bekleidung sind um 55 %, für Beleuchtung um 40 % usw. gestiegen. Man nimmt an, dass der Lebensaufwand heuer um 40 bis 50 % teurer ist als vor dem Krieg.

Auch die andern kriegführenden Länder haben horrende Preise. In Russland sind die Lebensmittelpreise schon Ende 1915 um 80 % über den Friedenspreisen gestanden. Nicht verschont sind auch die neutralen Länder von der Teuerung geblieben. Insbesondere ungünstig liegen die Verhältnisse für die Schweiz, für die ja der Krieg eine vollständige Umwälzung in der Versorgung mit Nahrungsmitteln usw. gebracht hat. Aus Russland und Rumänien kann sie kein Getreide erhalten, aber auch aus Amerika darf sie nicht auf dem gewöhnlichen Wege, auf dem Rhein, Getreide hereinbringen. Dabei ist sie vielfach von der Zufuhr stark abhängig, insbesondere was das Getreide betrifft, während in Erzeugnissen der Viehzucht sie ziemlich « unabhängig » ist.

Auf Grund der Angaben von Prof. Landmann in der « Zeitschrift für schweiz. Statistik » (1916, S. 52) ergibt sich der Verbrauch, die Einfuhr und die Inlandproduktion in 1000 Doppelzentnern, wie folgt:

	Verbrauch	Davon aus der Inlandproduktion	Zufuhr	Gesamtproduktion im Inlande
Brotgetreide 1906/12	6,094	941	5,153	2,850
Kartoffeln 1906/12 .	4,850	4,206	644	9,000
Zucker 1906/12 . .	853	316	822	—
Fleisch 1910/11 . .	2,138	1,497	641	—
Eier, Mill. Stück .	440	154	286	—
Milch	10,540	10,540	—	24,705
Butter	192	140	52	—
Käse	419	384	35	692

Daraus ergibt sich allerdings, dass, abgesehen von Brotgetreide, bei dem die Inlandproduktion nur ein Sechstel des Verbrauchs deckt, von Zucker, der im Inland vor dem Kriege nur zu 3,7 % des Bedarfs hergestellt wurde, und von den Eiern, die Schweiz zur Not noch mit den einheimischen Produkten auskommen könnte, da der Konsum jetzt eingeschränkt ist, natürlich eine völlig durchgreifende Organisation der Verteilung vorausgesetzt. Auf jeden Fall wäre bei einer völligen Verstaatlichung aller Lebensmittel leicht mit geringen Preishinaufsetzungen auszukommen gewesen. Man war aber auch bei uns nur schwer für wirklich rationelle und weitgehende Massnahmen zu haben. In den hohen Preisen sah man *das* Mittel, den Konsum der *Volksmassen unfreiwillig* einzuschränken. An Stelle einer planmässigen Organisation der Verteilung liess man die Preise konsumregulierend wirken. Man griff zu diesem anarchischen Mittel eben deshalb, weil es im *Interesse der Produzenten* liegt. Erst als es versagte, ging man zu weitergehenden Massnahmen über. Ueberhaupt wurden erst 1916 durchgreifendere Massnahmen ergriffen.

So zeigt auch die schweizerische Politik der Lebensmittelversorgung während des Krieges zunächst die gleiche Unentschlossenheit und Halbheit wie in den andern Ländern. Schritt um Schritt musste um jede neue Reform gekämpft werden, bis die Not nicht ihre Unabwendbarkeit zeigte. Nur in bezug auf die Getreideversorgung ist man radikaler vorgegangen, weil ja die Landwirte hierzulande doch kein Getreide produzieren und sich mit dem Getreideeinfuhrmonopol relativ leicht abgefunden haben.

Nach dem Ausbruche des Krieges erliess der Bundesrat Ausfuhrverbote für Getreide, Mehl, Hafer, Futtermittel, Tiere. Von

der Beseitigung der Lebensmittelzölle sah er im Gegensatz zu Deutschland ab, weil die Finanzlage ihm dies nicht gestattete *). Ein neuer Beweis dafür, wie schädlich es ist, das Finanzsystem auf Zöllen und indirekten Steuern aufzubauen: in Krisenzeiten gerät die Staatswirtschaft in eine bedrängte Lage, die es verhindert, dass die absolut notwendigen Massnahmen vorgenommen werden. Nur der Zuschlagzoll auf italienischen Zucker wurde abgeschafft und damit die Bestimmungen der Brüsseler internationalen Zuckerkonvention ausser Kraft gesetzt. Wie viele andere, so wurde auch dieses internationale Uebereinkommen mit dem Ausbruch des Krieges hinfällig.

Damit war aber doch weder für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln noch gegen die zugleich mit dem Kriegsausbruch einsetzende wilde Preistreiberei etwas getan, und der Bundesrat sah sich am 10. August 1914 gezwungen, eine Verordnung gegen den Warenwucher zu erlassen. **) Diese bedrohte mit Gefängnis und Geldstrafe bis 10,000 Franken den Warenwucher, insbesondere die Ring- und Trustbildungen, die zwecks Preistreiberei geschaffen werden (Kreisschreiben des Schweizerischen Justiz- und Polizeidepartements an die Kantonsregierungen). Diese Verordnung hat sich in der Folge als unzureichend erwiesen, wie dies Herr Bundesrat Schulthess im Nationalrat am 20. Juni 1916 selbst zugegeben hat. Auch die Kantonsregierungen haben in ihrer Bekämpfung des Wuchers viel zu wünschen übriggelassen. Neuerdings wurde diese Verordnung des Bundesrates noch dahin verschärft, dass nicht allein das *Verkaufen,* sondern selbst das *Kaufen* von Nahrungsmitteln und unentbehrlichen Bedarfsartikeln zu Preisen, die den inländischen Marktpreis oder den Einkaufspreis wesentlich übersteigen, Strafe zur Folge hat. Aber auch in dieser Form hat sich diese Verordnung als stumpfe Waffe gegen den Warenwucher erwiesen.

Zugleich mit dieser Verordnung wurde den Kantonen anheimgestellt, Höchstpreise zu erlassen. Die Kantonsregierungen übertrugen diese Befugnis indes meist auf die Gemeinden. Dieses System der Dezentralisation hat sich auch in der Schweiz wie überall als verfehlt erwiesen: die einzelnen Gemeinden und Kantone vermögen doch die Produzenten und Händler nicht zu zwingen, ihnen die Waren zu niedrigeren Preisen abzuliefern, wenn sie in den andern Gemeinden höhere Preise erhalten können. Man musste also zur Festsetzung von Höchstpreisen für das ganze Gebiet der Schweiz schreiten.

---

*) Erst am 16. September 1916 wurde der Zoll für Gefrierfleisch von 25 auf 10 Franken pro 100 kg herabgesetzt.

**) Dr. J. Reichesberg, Die wirtschaftliche Notstandsaktion des schweizerischen Bundesrates. «Dokumente des Fortschritts», Juli 1916.

Trotz des heftigen Widerstandes der Agrarier wurde schliesslich auch dieser Weg unter dem Drucke der organisierten Arbeiterschaft beschritten. Am 8. September beschloss der Bundesrat, das inländische Getreide zu festgesetzten Preisen ein- und zu verkaufen. Dabei wurden aber *sehr hohe Preise bestimmt,* weit über dem Durchschnittspreis der Jahre 1911 bis 1913, wie aus folgender Uebersicht hervorgeht. Es kosteten nämlich 100 Kilo in Franken:

	1911	1912	1913	1911—13	Einkaufspreis des Bundes am	
					8. Sept. 1914	27. Nov. 1914
Weizen .	22,67	24,25	22,64	23,18	29	30
Roggen .	18,38	21,20	19,84	19,81	24	25
Spelz . .	17,01	18,97	17,59	17,86	23	23
Hafer . .	18,73	22,21	20,32	20,42	24	25

Der Preisaufschlag, den der Bund den Landwirten sofort gewährt hat, beträgt 25 bis 30 % beim Weizen, 21 bis 25 % beim Roggen, 28 % beim Spelz und über 18 bis 22 % beim Hafer. In der folgenden Zeit wurden die Preise noch sehr stark hinaufgesetzt.

Auch mit diesem Schritt war indes die Lebensmittelversorgung des Landes noch nicht gesichert, schon aus dem Grunde nicht, da die Produzenten doch nicht gezwungen wurden, ihr Getreide zu den bestimmten Preisen zu veräussern, und die Gefahr lag nahe, dass sie, trotz dem Verbote, das Getreide verfüttern werden. Abgesehen davon, liefert das Inland, wie gesagt, nur ein Sechstel der für den Verbrauch notwendigen Menge des Brotgetreides. Die Einfuhr ist aber im vierten Quartal 1914 stark zurückgegangen. So ist die Einfuhr von Weizen gegenüber der entsprechenden Zeit von 1913 von 1,6 auf 1,34 Millionen Doppelzentner, von Roggen von 59,983 auf gar bloss 17, Hafer von 485,936 auf 308,266, Gerste von 153,873 auf 21,154 und Mais von 310,840 auf 190,302 Doppelzentner, zusammen von 2,61 auf 1,86 Millionen Doppelzentner gesunken. Der private Handel stiess dabei auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Schon zu Beginn des Krieges weigerte sich Deutschland, die dort lagernden Getreidemengen an den privaten Handel auszuliefern; der Bund übernahm es in eigene Regie. Auf ähnliche Schwierigkeiten stiess man in andern Ländern. Deshalb wurde schon von Anfang an ein eidgenössisches Bureau für Getreideversorgung geschaffen. Später schritt man zum *Getreideeinfuhrmonopol,* das am 9. Januar 1915 auch für Mais, Mahlprodukte, Kleie, Futtermehle und Kraftfuttermittel beschlossen wurde. Im Jahre 1915 wurde noch die Einfuhr von Schlachtvieh und von Reis und am

8. Februar 1916 die von Zucker monopolisiert. Auch den Einkauf von Kartoffeln hat der Bundesrat vermittelt, ohne ihn indes zu monopolisieren. Den Handel mit inländischem Getreide zu monopolisieren, davor ist man vorläufig noch zurückgeschreckt. Denn die Agrarier sind scharfe Gegner des Getreidemonopols, das umgekehrt von der Sozialdemokratie längst gefordert wird. Die Agrarier werden zwar einem Getreidemonopol zustimmen, das ihnen sehr hohe Preise sichert; in einem Lande aber, wo die landwirtschaftliche Bevölkerung nur *27,7 % der Gesamtbevölkerung* ausmacht und wo von der agrarischen Bevölkerung selbst nur ein ganz kleiner Teil Getreide produziert wird, so dass die Eigenproduktion nicht einmal ein Sechstel des Gesamtbedarfs deckt, den Agrariern hohe Preise zu zahlen, ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, gegen die die Arbeiterschaft, die, zusammen mit den Angestellten, etwa *71 bis 75 %* der *Berufstätigen* ausmacht, aufs entschiedenste protestieren wird. Wir fordern ein Getreidemonopol zugunsten der *Gesamtheit* und nicht allein zu Nutz und Frommen eines kleinen Häufleins Grossgrundbesitzer und Grossbauern!

Dass die Bauern sich auch bei den jetzigen Preisen sehr wohl fühlen, zeigt besser als alle Rentabilitäts«berechnungen» des Bauernführers Laur die Tatsache der starken Ausdehnung der Getreidefläche, die 1916 nach den Schätzungen Laurs gegenüber 1914 um 20 % grösser war. Die Bauern suchen also auch auf diesem Gebiete die Kriegskonjunktur nach Möglichkeit auszunutzen, obgleich auch die andern Zweige des landwirtschaftlichen Betriebes, vor allem die Viehzucht, heute sehr, sehr rentabel sind.

Wie das Getreidemonopol im ganzen gewirkt hat, lässt sich vorläufig nicht sicher abschätzen. Die Agrarier *) machen dem Bund den Vorwurf, er suche grossen Nutzen herauszuschlagen und wirtschafte sehr teuer. Ein Vergleich mit andern Ländern ergibt allerdings, dass die Getreidepreise in der Schweiz stärker angestiegen sind als in andern Ländern. Der Bund verkaufte Weizen im September 1914 zu 30 Franken pro 100 Kilo, Mais zu 23 Franken; Ende Dezember 1914 erhöhte er den Weizenpreis auf 35 und Anfang Febraur 1915 gar auf 40 Fr., während der Maispreis im März 1915 auf 27 bis 28 Fr. hinaufgesetzt wurde. Am 20. September 1915 wurde dann der Weizenpreis auf 37,5 Fr. herabgesetzt; die Preise der andern Getreidearten wurden entsprechend herabgesetzt.

Seit Anfang 1916 werden aber die Getreidepreise fortwährend in die Höhe getrieben. Es wurden nämlich folgende Höchstpreise festgesetzt (in Franken pro 100 Kilo):

*) P. Langer im «Journal d'agriculture suisse», zitiert nach der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 23. August 1916, 2. Morgenblatt.

	3. Januar	21. Februar	8. Mai	10. August
Weizen	40	43	46	46
Hafer und Gerste .	35	37	40	42
Maiskorn	27—28	28—29	38	38
Haferflocken . . .	—	—	78	90
Vollmehl	48,75	52,5	54,50	54,50

Das bedeutet eine Erhöhung des Preises für Weizen gegenüber dem Durchschnittspreise von 1911/13 um rund 23 Franken oder 100 %, für Gerste um 22,2 und für Hafer um 21,6 Franken pro 100 Kilo oder um 111 und 106 %.

Wie hat sich demgegenüber der Weltmarktpreis entwickelt? Nach dem Bulletin des Internationalen landwirtschaftlichen Instituts zu Rom haben wir folgende Tabellen über die Weizenpreise in Amerika (Chicago, Red Winter N. 2) zusammengestellt, wobei der Preis für die Mitte des jeweiligen Monats in Franken pro 100 Kilogramm angegeben ist:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
1913 . .	21.71	20.54	19.96	20.38	20.06	20.21	16.61	16.60	17.59	16.99	17.92	18.33
1914 . .	18.50	18.34	18.06	18.02	18.52	17.42	15.30	*17.68*	20.56	21.11	21.73	22.21
1915 . .	27.35	29.63	30.22	*31.09*	29.61	22.78	24.02	21.52	21.48	22.85	*21.48*	22.90
1916 . .	23.49	*24.76*	21.61	23.61	23.—	20.83	21.93	28,42	29,18	30,74	36,30	—

Nach dem Ausbruch des Krieges beginnen die Weizenpreise rasch in die Höhe zu steigen, erreichen im April oder Mai 1915 den Höhepunkt (um 72,6 % über dem Aprilpreis von 1914); seitdem gehen sie aber, von einer Unterbrechung in den Wintermonaten 1915/16 abgesehen, stets zurück, so dass er Mitte Juli noch um 32 % über dem Mittejulipreis von 1914 steht. Erst in den folgenden Wochen steigt er weiter an. Der Preis für Hard Winter Nr. 2 betrug in Neuyork am 3. Juli 1914 16,84 Fr. pro 100 kg; am 7. Mai 1915 32,72; am 1. Oktober 1915 23,14, am 4. Februar 1916 27,81 und am 2. Juni 1916 22,27 Fr., war also ebenfalls um 32 % höher als am 3. Juli. Seitdem ging der Preis stark in die Höhe. Der Dezemberpreis stellte sich Anfang November auf 39,59 Fr. Gegen Ende 1916 ist der Weizenpreis wiederum etwas gesunken.

Allerdings sind für die europäischen Weizenpreise heute mehr die Seefrachtpreise als die Produktionspreise ausschlaggebend. Stellte sich doch im August 1916 der Frachtpreis aus Buenos Aires nach Genua, bei einem Weizenpreis in Buenos Aires von 17,2 Franken, auf 22,33 Franken pro 100 Kilo! Da-

gegen betrugen die Friedensfrachtpreise nur 1 bis 1,6 Franken. Da aber der Frachtpreis nach Frankreich und England aus Nordamerika bedeutend geringer ist (von Neuyork nach Liverpool nur 6,98 Franken), so vermochte doch Frankreich noch relativ niedrige Getreidepreise festzusetzen. Der Höchstpreis für Inlandweizen stellte sich dort Ende Juli 1916 auf 33 Franken für Weizen plus 1,5 Franken für Transport- und andere Spesen. Aber auch in Italien sind die Höchstpreise für Inlandweizen auf 40 bis 42 Lire (Franken) und 29 Lire für Mais bestimmt, und das trotz der Geldentwertung in diesen Ländern!

Und wie stellte sich der *Inlandpreis* für Inlandgetreide in der Schweiz? Nach der « Schweiz. Landw. Marktzeitung » betrug der Preis:

	Weizen	Spelz	Roggen	Hafer	Futtergerste	Kartoffeln (Händlerpreis)
Juli 1914 .	22.32	16.60	18.73	19.42	19.45	8.49
» 1916 .	45.96	37.60	43.35	42.63	41.81	28.92
Steigerung in % .	*106*	*123*	*131,6*	*119,5*	*114,5*	*240*
Novemb. 1916	47,86	39,10	45,73	44,86	44,93	?
Steigerung in % .	*115*	*135,5*	*144,7*	*131*	*131*	?

Das bedeutet eine enorme Preissteigerung, die *alles, was uns aus andern Ländern bekannt ist, übersteigt!* Man gewährt den Agrariern einfach die hohen Preise, die man im Ausland zahlen muss, zum Teil infolge der mangelhaften Organisation des Getreideeinkaufs selbst. Das ist sicher eine Politik, die durch nichts gerechtfertigt werden kann. Damit sind aber die Bauern noch nicht zufrieden, obgleich sie über dem festgesetzten Maximalpreis fordern und auch erhalten. Den Misserfolg der Maximalpreise muss der Bund selbst zugeben. Er schreibt im 5. Neutralitätsbericht, dass es ihm nicht gelungen ist, inländisches Getreide zu erhalten. Die Bauern wie die Genossenschaften halten das Getreide zurück, weil die Industrien, die Getreide zu Kaffeesurrogaten, Presshefe, Stärke usw. verarbeiten, höhere als die Maximalpreise zahlen. Weder die Industriellen noch die Bauern werden aber verfolgt... Warum will aber der Bund, der, da er kein Heu und Stroh erhalten konnte, zur Bestandaufnahme und Beschlagnahme dieser Gegenstände geschritten ist, nicht auch das inländische Getreide beschlagnahmen? Keinen andern Grund sehen wir dafür als den Wunsch, den Bauern auf Kosten der Konsumenten grosse Gewinne zu verschaffen... Daraus geht auch hervor, welch ungeheuerliche Preise man zahlen müsste, wenn überhaupt kein Monopol bestanden hätte.

In der Bundesversammlung vom 4. Dezember erklärte der Berichterstatter *Hirter:*

« Unsere Versorgung mit Getreide steht heute besser da als während einer gewissen Zeit. Wir müssen aber immer bestrebt sein, möglichst viel Getreide hereinzubringen, man weiss nie, wann die Unterbrechung des Verkehrs erfolgt. Der Preis des Getreides franko Schweiz betrug im August 1914 26 Fr., im April 1916 48 Fr., jetzt 58 Fr.; der Abgabepreis ist 46 Fr. Noch mehr als die Preise stiegen die Seefrachten. Sie betragen das Zehnfache der gewöhnlichen Ansätze. Die Seefracht nach der Schweiz kommt heute auf Fr. 14.33. Aehnlich wie der Weizen wurde der Hafer verteuert. Mehr als je müssen wir auf die Inlandproduktion Gewicht legen.»

Er fordert dann eine Feststellung über den Umfang der Inlandproduktion und Massnahmen, wie diese für die Volksernährung herangezogen werden kann.

Auch auf andern Gebieten musste zur Bildung von Handelsmonopolen geschritten werden. Eigentlich ist der gesamte Auslandhandel heute monopolisiert, allerdings durch private Unternehmerverbände. Anders geht's ja gar nicht. So wurde schon 1914 eine Genossenschaft schweizerischer Käseexportfirmen gebildet, die auch das Inland mit Käse zu versorgen hatte. Was war aber der Erfolg? Darüber lässt sich das Volkswirtschaftsdepartement wie folgt aus (« Neue Zürcher Zeitung » vom 26. August 1916):

«Bisher bestanden für den Verkauf von Käse durch die Produzenten Höchstpreise und ferner besondere Vorschriften über den Einkauf durch die Genossenschaft schweizerischer Käseexportfirmen. Indessen war der Verkauf von Käse an jedermann, also namentlich auch an solche Händler, die der Genossenschaft nicht angehörten, frei. Die Erfahrung hat nun gezeigt, dass häufig die behördlich aufgestellten *Höchstpreise überschritten* worden sind. Diese Erscheinung führte zu Ungleichheiten und hatte zur Folge, dass die betreffenden Käseverkäufer für Käsereimilch wiederum höhere Preise offerierten und so die Versorgung des Landes mit Konsummilch zu den vorgesehenen Preisen erschwerten. Infolgedessen erschien es angemessen, das Recht zum Ankauf von Käse beim Produzenten *ausschliesslich der Genossenschaft schweizerischer Käseexportfirmen vorzubehalten,* welche den Ankauf und den Wiederverkauf des Käses zu Bedingungen und Preisen zu vollziehen hat, die vom Volkswirtschaftsdepartement bestimmt werden. Auch in Zukunft werden die nötigen Vorschriften erlassen, um für den schweizerischen Konsum Käse zu reduzierten Preisen zu sichern.»

Also musste auch hier der Handel monopolisiert werden. Dass aber Privatmonopole besser sein sollten als Staatsmonopole, die unter der unmittelbaren Kontrolle der Volksvertretung stehen, wird wohl kein unvoreingenommener Mensch behaupten.

Dass auch diese Organisation versagte, hat man übrigens bald eingesehen, da man schon Anfang September den Käseverkauf beschränkte, und zwar folgendermassen:

«Wer Käse herstellt oder auf seine Rechnung herstellen lässt, darf für den örtlichen Detailverkauf und zur Bedienung einer weiteren regelmässigen Kundschaft bis 10 % seiner Produktion, mindestens aber 500

Kilogramm innerhalb 6 Monaten, verwenden. Ein Käseproduzent darf innerhalb 6 Monaten nicht mehr als 200 Kilogramm Käse an den nämlichen Abnehmer verkaufen.

Die Käseproduzenten haben *genaue Verkaufskontrollen* zu führen und diese auf Verlangen dem Departement vorzulegen. Zuwiderhandlungen werden mit Busse bis auf 10,000 Fr. geahndet, eventuell erfolgt Bestrafung durch die zuständigen Gerichtsbehörden.»

Das sind sicherlich tief in die privatwirtschaftlichen Verhältnisse einschneidende Massnahmen. Noch weiter ist man in bezug auf die Versorgung mit Milch gegangen. Das Volkswirtschaftsdepartement hat mit den ländlichen Gesellschaften ein Abkommen getroffen, wonach diese sich verpflichten, genügend Konsummilch zu liefern, ohne die Preise zu erhöhen, wogegen der Bund seinen Zuschuss von ½ auf 1 und ab 1. November auf 2 Rappen pro Kilogramm erhöht. Dabei wurde vom 1. bis zum 16. Oktober der freie Milchhandel verboten, bis die Verbände ihren Bedarf an Konsummilch gedeckt haben. Der Bund deckt diese Ausgaben aus den ausserordentlichen Einnahmen, die ihm aus der Beteiligung am Gewinn der Genossenschaft schweizerischer Käseexportfirmen, aus den Ausfuhrgebühren für Milchprodukte und den Einlieferungsgebühren für die industrielle Verarbeitung von Milch zufliessen und die insgesamt den Betrag von 10 Millionen Franken erreichen. Die Zuschüsse zur Konsummilch sollen 3 Millionen nicht übersteigen. Den Milchproduzenten ist auch der gleiche Anteil wie dem Bund an dem Gewinn der Genossenschaft eingeräumt worden. Vom 12. Oktober ab wurde diese Genossenchaft noch verpflichtet, eine Nachzahlung von 13 Fr. pro 100 kg Käse zu leisten, wovon die Milchproduzenten 12 und der Käser 1 Fr. erhalten. Da auch der Inlandpreis von Käse auf Kosten des Auslandpreises niedrig gehalten wird, so ergibt sich, dass diese recht komplizierte Organisation einerseits zwar das Ansteigen der Inlandpreise verhindert, anderseits aber zur Aufgabe hat, den Landwirten hohe Gewinne zu sichern. Ein Musterbeispiel des modernen « Staatssozialismus » zugunsten privater Produzenten ...

«Damit aber die Milchverbände die übernommene Verpflichtung wirklich erfüllen können,» teilt das Bauernsekretariat mit, «war es notwendig, ihnen die *freie Verfügung* über die technisch verarbeitete Milch *zu verschaffen.* Dies wird ohne Zwang, durch freien Vertrag, erreicht, nämlich durch die *Gewährung höherer Milch- und Käsepreise* und gewisse *Nachzahlungen* an solche Gesellschaften, welche den Verbänden, soweit notwendig, ihre Milch zur Konsummilchversorgung und zur Butterbereitung zur Verfügung stellen.»

Wie zart man nur mit diesen « Produzenten » umgeht! Der Staat muss ihnen seine Monopole reichlich bezahlen ...

Und trotz alledem erleben wir gegen Ende 1916 eine *Butternot;* die Milch wird immer knapper und knapper, und die Agra-

rier singen ihr altes Lied von « niedrigen » Preisen, die angeblich daran schuld sind.

Interessant ist in der oben angeführten Auslassung des Volkswirtschaftsdepartements auch die offene Anerkennung, dass mit der Festsetzung von Höchstpreisen noch nicht alles zur Bekämpfung der Preistreiberei getan ist. In der Tat hat die Praxis in fast allen Ländern bewiesen, dass man ohne Bestandaufnahme und Beschlagnahme der versteckten Vorräte in gewissen Fällen auch ohne organisierte Verteilung der vorhandenen Produkte das gewünschte Resultat doch nicht erzielen werde. Am 27. August 1915 wurde die behördliche Ermittlung und am 18. Februar und insbesondere am 11. April 1916 auch die eventuelle Beschlagnahme gewisser Warenbestände verfügt, wenn es im öffentlichen Interesse erscheint. Und tatsächlich wurden laut den Angaben des Vorstehers der Warenabteilung des Volkswirtschaftsdepartements bis zum 8. Juni 1916 schon nicht weniger als 1,74 Millionen Kilogramm Reis, 130,905 kg Speisefette, 133,742 kg Speiseöl, 1,08 Millionen kg Kaffee, 1,63 Millionen kg Leinsaat, 80,000 kg Schokolade, 52,338 kg Leinöl, 35,116 kg Terpentinöl und 10,000 kg Haferflocken beschlagnahmt!

Dieser weitgehende Eingriff in die privatwirtschaftlichen Beziehungen erweist sich eben als unumgänglich und wird selbst von einem grossen Teil der kapitalistischen Presse gebilligt. Der Bankrott der Privatwirtschaft ist so offenbar, dass er selbst von den Vertretern des Unternehmertums nicht mehr geleugnet, geschweige denn verteidigt werden kann.

Der Vorzug öffentlicher Unternehmungen wird unumwunden zugegeben. Folgt aber nicht auch daraus, dass die gesellschaftliche Organisation der gesamten Produktion und der Verteilung der Produkte ein gewaltiger Fortschritt gewesen wäre?

In der gleichen Richtung bewegen sich die von der Partei, den Gewerkschaften und der Notstandskommission der Arbeiter am 6. August 1916 gemachten Vorschläge. Sie forderte Bestandaufnahme und Beschlagnahme der Spätkartoffelernte sowie die Monopolisierung der Einfuhr von Kartoffeln, Teigwaren und Kohle, Ausfuhrverbot und Höchstpreise für Obst- und Obstprodukte, Kohlenmonopol, Beschränkung der Milchpreise und strenge Beobachtung des Zuchtviehexports. Den letzten Begehren (Einschränkung der Viehausfuhr und der Milchpreise) wurde durch die Verordnung des Volkswirtschaftsdepartements vom 18. August und von Anfang September entsprochen. Für die Obstversorgung besteht eine spezielle Kommission. Dagegen mangelt es an einer Verwertungsorganisation für die leicht verderbenden Obstsorten, so dass man vorläufig, solange die Städte diese nicht selbst schaffen werden, diese Obstsorten würde expor-

tieren müssen — zum Schaden für die einheimische Bevölkerung! Der private Kartoffelhandel wird nur noch auf der Grundlage der Bewilligung gestattet. Die Einfuhr ist monopolisiert. Auch sind Höchstpreise für Kartoffeln festgesetzt worden. Gegen die Bestandaufnahme von Kartoffeln hat man sich sehr gesträubt, jetzt wird sie dennoch vorgenommen.

Ein schwieriges Problem ist ferner die Eierversorgung. Die Eier haben in der letzten Zeit eine unheimliche Preissteigerung erfahren. Auch auf diesem Gebiete müsste nicht nur die Einfuhr, die die Genossenschaft schweizerischer Importfirmen schon heute besorgt, sondern auch der Handel mit inländischen Eiern organisiert werden.

Eine weitere Aufgabe der Gemeinden wäre die Einführung von eigenen Schweinezüchtereien und Geflügelzüchtereien. Ueber die Organisation des Handels hinaus muss eben die öffentliche Tätigkeit auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung zur Organisation der Erzeugung übergehen. Denn man täusche sich nicht, die Teuerung wird den Krieg überdauern. Fast alle Momente, die jetzt die hohen Preise verursachen: die verminderte Produktionskraft, Mangel an Rohstoffen und Lebensmitteln, teure Frachten, die Ringe und Trusts, werden auch nach dem Kriege mehr oder weniger wirken. Vor allem wird aber das dritte Kriegsjahr eine unheimliche Preissteigerung mit sich bringen.

Nach der « Schweiz. landw. Marktzeitung » stellten sich die Fleischpreise (in Franken pro Kilo Schlachtgewicht):

	Schweine	Kälber	Schafe	Ochsen	Stiere	Rinder	Kühe
2. Hälfte Juli 1914	1.62	2.41	1.95	2.62—2.42	1.77—1.92	1.98—2.11	1.63—1.38
2. „ „ 1916	2.73	3.16	2.82	3.16—2.88	2.56—2.83	2.87—3.15	2.54—2.83
2. „ Sept. „	2.79	3.44	2.89	3.18—2.89	2.56—2.84	2.88—3.17	2.54—2.81
2. „ Nov. „	3.01	3.42	3.14	3.30—3.01	2.63—2.91	2.97—3.28	2.56—2.86
Steig. bis Juli in %	*68,5*	*41,9*	*44,7*	*20*	*46*	*47*	*80*
„ „ Nov. „ %	*85,8*	*41,9*	*61,0*	*25*	*50*	*52,8*	*78*

Die Butterpreise sind beim Verkauf von 50 Kilo von der zweiten Julihälfte 1914 bis zur zweiten Hälfte Juli 1916 (beziehungsweise erste Hälfte September 1916) wie folgt gestiegen: Zentrifugenbutter von 3,14 auf 4,32 (4,33), Rahmbutter von 2,91 auf 4,21 (4,26), gemischte Butter von 2,59 auf 4,09 (4,12) und Vorbruchbutter von 2,45 auf 3,95 (3,99) Fr. pro Kilo, also um rund 50 %. Die Eierpreise bewegten sich (pro Stück in Rappen) wie folgt:

	Trinkeier	Landeier	Fremde Eier
Juli 1914	11,4—14,0	10,2—11,5	9,1
Juli 1916	19,8—22,1	18,4—20,3	18,3
September 1916	20,8—23,9	20,0—21,7	19,2

Die Eierpreise haben sich also um 100 % erhöht.

Ueber die Preissteigerung von Gemüse und Obst seien einige Angaben für Zürich angeführt, Preis in Rappen (« Neue Zürcher Zeitung » vom 13. September 1916):

	Blumenkohl	Kopfsalat	Spinat	Bohnen	Zwiebeln	Tomaten	Äpfel	Birnen	Heidelbeeren
	Stück	Stück	Kilo	Kilo	Kilo	Kilo	Kilo	Kilo	Kilo
August 1913	10— 80	8—15	40—70	30—60	20—30	25—50	45—80	30—140	100—120
„ 1914	10—100	5—10	40—70	45—80	25—50	15—60	30—80	30—100	80—100
Sept. 1916	20—120	10—20	50—80	50—80	40—55	55—90	30—90	45—160	130—160

Die Bewegung der Detailpreise stellt sich nach den Angaben des statistischen Bureaus und der schweizerischen Konsumvereine wie folgt:

	Nach den Angaben des statistischen Bureaus erhöhten sich die Kleinhandelspreise vom April 1914 bis Mai 1916 in Prozenten	Nach den Aufstellungen der Konsumvereine stiegen die Detailpreise vom 1. Juni 1914 bis 1. Juni 1916 in Prozenten
Ochsenfleisch (Rindfleisch) . .	37,6	43,9
Kalbfleisch	43,6	33,5
Schweinefleisch	32,6	41,2
Fett	75,1	62,6—74,0
Milch	10,6	13,0
Tafelbutter	30,5	25,1
Stockbutter	42,9	52,2
Käse	17,1	21,9
Vollbrot	41,1	51,1
Eier	54,8	80,0
Kartoffeln	104,8	4,8 (?)

Die Detailpreise sind also im allgemeinen weniger gestiegen als die Engrospreise. Nach den Angaben der Konsumvereine sollen sogar die Misgrospreise für Kartoffeln um 42,9 % gestiegen sein, während die Detailpreise sich bloss um 4,8 % erhöht haben, was wahrscheinlich darauf zurückzuführen ist, dass für 1. Juni 1914 Preise für neue Kartoffeln angegeben wurden, die sehr hoch (21 Rp. pro Kilo) waren. Auf jeden Fall geht daraus hervor, dass der Effekt der Massnahmen des Staates und der Ge-

meinden sich nicht soviel auf dem Engros- als vielmehr auf dem Detailmarkte äussert. Der Gewinn der Händler ist verringert, keineswegs aber der der Produzenten, die vielmehr dank der behördlichen Tätigkeit selbst einen Teil des Händlergewinns für sich beanspruchen. Haben somit der Staat und die Gemeinden eine allzu starke Verteuerung des Lebensunterhaltes verhindert, so haben sie aber gleichzeitig den Landwirten hohe und steigende Gewinne gesichert, so dass der *eigentliche wirtschaftliche Sinn der Staatsmonopole vorläufig in der Hauptsache in der Sicherung der Grundrente besteht.* Die Aufgabe der Arbeiterschaft ist demnach, dahin zu wirken, dass diese Monopole so ausgestaltet werden, dass sie in wahrhaftem Sinne dem Volke zunutze kommen sollen. Das kann nicht allein durch Herabsetzung der allzu hoch bemessenen Höchstpreise erreicht werden, sondern, wie gesagt, durch eine planmässige Tätigkeit auf dem Gebiet der Produktion, sei es durch weitgehende Kontrolle der bäuerlichen Wirtschaft, sei es durch Schaffung von Schweinezüchtereien, Molkereien usw.

Im allgemeinen sind die Lebensmittelpreise nach den Berechnungen der Schweiz. Liga für Verbilligung der Lebenshaltung in den ersten zwei Kriegsjahren um rund 40 % gestiegen. Die Wohnungspreise sind hingegen fast unverändert geblieben. Die Kosten der Kleidung haben sich selbst in England um 55 % erhöht und sind sicher in der Schweiz nicht minder gestiegen; die Steuern sind um etwa 9 % erhöht worden (Jahresbericht des Schweiz. Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes 1915), so dass man im grossen und ganzen wohl mit einer Verteuerung des Lebensunterhaltes von 30 bis 35 % zu rechnen hat.

Dass der Lohn in dem gleichen Umfange gestiegen ist, ist ausgeschlossen. Meist ist der Lohn unverändert geblieben, wenigstens bis gegen Ende 1915. *) Vielmehr muss man eine Entwertung des Lohnes um ein Viertel bis ein Drittel feststellen. Diese Tatsache ist es, die die Arbeiter heute zwingt, in Lohnbewegungen einzutreten und die günstig gewordene Konjunkturlage auch ihrerseits wenigstens soweit auszunutzen, dass sie den frühern *realen* Lohn bekommen soll ...

V. Arbeitsverhältnisse.

Machtlos standen die Arbeiterorganisationen den ersten Wirkungen dieses unheimlichen Krieges gegenüber; schutzlos blieb der Arbeiter, dem auch der Staat in der Stunde der Not nicht zu Hilfe kam und von diesem auf seine Sozial-

*) Siehe Bericht der Zürcher Handelskammer für 1915, S. 86, 193 und 195.

politik und Unparteilichkeit stolzen Staat den Unternehmern völlig vogelfrei preisgegeben wurde. Zu Haufen wurden die Arbeiter aus den Fabriken entlassen; die Arbeitslosigkeit wuchs erschreckend an, und gerade in diesem Moment hebt der Bundesrat auch die Fabrikgesetzgebung auf! Warum? Waren denn wenig Arbeiter für den stark eingeschränkten Betrieb zu haben? Mussten denn die in den Fabriken noch tätigen Arbeiter Ueberstunden, Nachtarbeit leisten, damit ihre Kollegen auf den Strassen schmachtend vergeblich nach Arbeit fragen und die Löhne drücken sollen? Konnte man wirklich nicht ohne Nachtarbeit der Frauen und Kinder auskommen? Was hat denn den Bundesrat gezwungen, die Fabrikschutzgesetzgebung ausser Kraft zu setzen?

Der Krieg hat in seinen Folgen gezeigt, wie wenig die Arbeiter auf jemand anders sich verlassen können als auf ihre eigene Kraft und Organisation. Nur aus eigener Macht haben die Arbeiter sich bessere Bedingungen erkämpft; nur wenn sie stets selber auf der Hut sind, vermögen sie diese ihre Errungenschaften zu erhalten. So konnte sie mit dem Konjunkturwechsel auch den Schlag parieren, der ihnen in der Zeit der Not versetzt worden ist. Der Krieg ist eine harte Lehre für die Arbeiterschaft; sorgen wir, dass sie für uns nicht vergeblich bleibt...

In mannigfaltiger Weise wurde der Arbeiter durch den Krieg betroffen. In den kriegführenden Ländern haben wir unsere besten und tatkräftigsten Mitglieder dem Kriegsmoloch opfern müssen; aber auch uns wurden viele Kameraden, die mit uns jahrelang in Reih' und Glied gekämpft haben, entrissen. Viele Arbeiterfamilien wurden auch bei uns verwaist, weil ihr Ernährer auf den Schlachtfeldern der Nachbarländer seinen Tod gefunden hat. Die schweizerische Mobilisation selbst hat vorläufig bedeutende Lücken in unsere Reihen geschlagen und eine sehr grosse Zahl der Arbeiter um ihren täglichen Verdienst gebracht und so die allgemeine Not noch stark vergrössert. Hinzu sind die Entlassungen und die Betriebseinschränkungen gekommen, die in der ersten Kriegszeit sehr weit gingen, bis 50 und mehr Prozent. Wenn es aber für diese noch eine Erklärung in der objektiven, durch den Krieg geschaffenen Sachlage gibt, so lag meist schon gar kein Grund für die *Lohnreduktionen* vor, die massenweise vorgenommen worden sind.

« Wir trafen », berichtet der Fabrikinspektor des ersten Kreises, « Reduktionen (des Lohnes) von 5, 10, 25, selten 30 und mehr, in vereinzelten Fällen aber sogar von 50 %. In manchen Betrieben hat man den Lohnsatz nicht angetastet, aber allerlei Vergünstigungen und Nebenbezüge, Prämien und dergleichen wegfallen lassen (was natürlich auf dasselbe hinausläuft. D. V.).

In andern Fabriken wurde die Akkordarbeit abgeschafft und ein Zeitlohn eingeführt, bei dem die Arbeiter den frühern Verdienst nicht erreichten.»

Besonders schlecht ging es den Heimarbeitern und speziell in der Stickereiindustrie zu. Der Fabrikinspektor des III. Kreises berichtet, dass in der Handmaschinenstickerei die Löhne bis auf 2,5 Fr. pro Tag für den Arbeiter heruntergedrückt wurden. Auch «in der Bekleidungsindustrie konnten ganz schlechte Löhne festgestellt werden, wo Mädchen, die ihre Lehrzeit oder Anlernzeit hinter sich hatten, sich mit einem Lohne von 1,8 bis 2,2 Fr. pro Tag häufig begnügen müssen ». (!)

Gegen die Lohnreduktionen haben die Gewerkschaften von Anfang an Sturm gelaufen. Sie brachten auch das meiste Material zur Beleuchtung der « heiligen Einigkeit » zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Zeit der höchsten politischen und wirtschaftlichen Bedrängung des Landes zusammen. *)

Aus der Eingabe an das Schweiz. Volkswirtschaftsdepartement vom September 1915 mögen hier nur einige Illustrationen angeführt werden:

Die Strohhutfabrik Fischer in Dottikon (Aargau) mit 120 Arbeitern liess noch im Mai 1915 ihr Arbeitspersonal, auch jugendliche Arbeiter, *12 Stunden* täglich arbeiten, hatte also lohnende Aufträge, reduzierte aber den Lohn der Arbeiter um 30 %! Die Lithographen meldeten Lohnreduktionen von 2—10 Fr. pro Woche, bei Meier in Zürich solche von 30 %.

Noch im Monat April erhielten von den von der Enquete des ostschweizerischen Zeichnerverbandes erreichten Zeichnern für volle Beschäftigung 3 Zeichner den halben oder weniger als den halben Lohn; 24 Zeichner zwei Drittel des frühern Lohnes, 64 Zeichner drei Viertel des frühern Lohnes, 144 Zeichner 80—85 % des frühern Lohnes und 246 Zeichner 90 % des frühern Lohnes.

Der schweizerische Militärschneiderverband klagte im Dezember 1914, dass die Privatfirmen den an der Militärkonfektion beschäftigten Arbeitern den Lohn um 25—30 % gekürzt haben. In einer Eingabe vom 16. Januar 1915 wurde eine Reihe von Firmen angeführt, die den vom Bundesrat auf 4,5 Franken festgesetzten Lohn um einen Franken, eine Firma um 50 Rappen und eine weitere Firma um 1,3 Franken beschnitten haben.

Auch die Warenhäuser haben grosse Lohnreduktionen vorgenommen: Louvre eine solche von 30 %, vom Oktober 1914 an noch 25 %, Loeb 30 %, seit Anfang 1915 10—20 %, Globus hat gar über 50 Personen entlassen, ohne den Lohn für die Kündigungsfrist zu bezahlen!

Sehr interessant sind noch folgende Berechnungen des *Metall-* und des *Holzarbeiter-Verbandes* über den Lohnausfall der Arbeiter:

*) Siehe auch «Gewerkschaftliche Rundschau», 1915, Seite 36, 49, 59 und 60.

Ursachen der Lohneinbussen	Metall- und Maschinenindustrie		Bau- und Kleingewerbe		Holzarbeiter	
	Arbeiter	Lohnausfall pro Tag bei 60 Rp. Stundenlohn	Arbeiter	Lohnausfall bei 65 Rp. Stundenlohn	Arbeiter	Lohnausfall bei 65 Rp. Stundenlohn
Militärdienst . .	15,147	86,337.9	1,659	10,070.1	4,002	24,692.34
Arbeitslosigkeit .	3,406	19,414.2	284	1,723.9	1,995	12,309.15
Reduktion der Arbeitszeit . . .	14,923	45,926.6	385	605.8	2,803	3,630.66
Reduktion des Arbeitslohns . .	1,934	4,785.2	175	134.1	1,452	1,307.4

Der Ausfall an Verdienst ist also recht erheblich. Damit aber sind die Lohneinbussen noch nicht erschöpft. Wo man es nicht mit offenen Lohnreduktionen gewagt hat, suchte man das gleiche auf dem Wege der *Abzüge* aller Art zu erreichen: Abzüge wegen Verspätungen, verdorbener Arbeit, verdorbenen Materials, obgleich häufig das dem Arbeiter gelieferte Material von vornherein schlecht war.

Die Folge dieser Lohndrückerei war eine starke Abwanderung der Arbeiter, und wenn die Unternehmer sich heute über den Arbeitermangel beklagen, so sind sie allein daran schuld: sie haben den Arbeitern in der Heimat das Leben schwer und sauer gemacht. Kurzsichtig, wie sie gewöhnlich sind, suchten sie Nutzen aus der Tagessituation herauszuschlagen, ohne an die Zukunft zu denken. Erst jetzt beginnen sie einzusehen, welchen Fehler sie begangen haben, und vielleicht werden sie begreifen, dass nicht das Kapital, sondern die Arbeiter Wert und folglich auch Mehrwert schaffen: Wo es an Arbeitern fehlt, stehen eben die Maschinen still, helfen weder Aufträge noch die geschickteste « Leitung ». Die geschulte und ausgebildete Arbeiterschaft, die ist es, die den Grundpfeiler der Industrie und der Volkswirtschaft überhaupt bildet. Die Lohnkürzungen haben aber nicht allein die Arbeiter aus der Schweiz verjagt, sondern auch zur weitern Einschränkung des innern Marktes geführt. Heute fühlt dies der einzelne Unternehmer noch nicht, da er für das Ausland arbeitet oder, der ausländischen Konkurrenz los, auch im Inland gesteigerten Absatz findet. Kommt aber die ausländische Konkurrenz wiederum, so wird sich leicht erweisen, wie sich der innere Markt verengt hat. Aber auch falls die ausländische Konkurrenz dauernd zurücktreten sollte, wird sich nach einiger Zeit die verminderte Aufnahmefähigkeit des innern Marktes in einer starken Ueberproduktion äussern. Wir haben ja gesehen, wie wenig aufnahmefähig der Inlandmarkt in den ersten zwei Kriegsjahren war. Trotz der verminderten Einfuhr arbeiten zunächst die meisten Industrien noch nicht für das Inland. Erst

1916 ist eine Besserung der Gesamtlage der Arbeiter eingetreten und damit auch eine Ausdehnung des Inlandabsatzes. Das ganze Jahr 1915 hingegen steht in dieser Beziehung noch unter den schlimmen Wirkungen des Krieges. Das geben die Unternehmer zuweilen selbst zu. So lesen wir im Bericht der Zürcher Handelskammer für 1915 auf Seite 86, dass die Seidenweberei die reduzierten Löhne erst im Frühjahr 1915 wiederum auf die normale Höhe gebracht habe: « Den ganzen Sommer und Herbst hindurch blieb der Verdienst der Arbeiter auf der Höhe der Jahre vor Kriegsausbruch; in den kalten Wintermonaten mag eine gewisse Abnahme eingetreten sein.» Also trotz der unheimlichen Teuerung sind die Löhne noch im Winter 1915 reduziert worden!

Die Maschinenindustrie berichtet (S. 193 und 195), dass die Arbeitslöhne im Jahre 1915 keine Aenderung erfahren haben. Soll das heissen, dass sie bei den reduzierten Sätzen geblieben sind? Die Webereimaschinenbranche spricht von « normalem, teilweise sogar höherem Einkommen » der Arbeiter; ob aber diese teilweise Steigerung des « Einkommens » nicht durch Ueberstundenarbeit verursacht worden ist?

Auf alle Fälle folgten die Löhne nicht der Steigerung der Lebensmittelpreise, und die Arbeiter mussten « sparen », das heisst den allernotwendigsten Gegenständen der Lebenshaltung und des Haushalts entsagen. Man lebte eben auf Kosten der früher angesammelten Kraft, man schickte die Frau und die Kinder in die Fabrik, vergeudete also die zarte Kraft der Jugend, um nur « durchhalten » zu können. Vor allem verzichtete man auf die Kulturausgaben, vernachlässigte die sozialen Pflichten und schwächte sich selbst im Kampfe gegen die Unternehmer.

Als sich die allgemeine Wirtschaftslage zu bessern begann, suchte man den unzureichenden Verdienst durch Ueberzeitarbeit zu erhöhen. Ueberstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit, ja selbst Nachtarbeit der Frauen und Jugendlichen traten 1915 in erschreckender Zahl auf. Nach den Berichten der Fabrikinspektoren waren bewilligt:

Jahr	Ueberzeitarbeit								
	bis 2 Wochen		mehr als 2 W.		Samstage		Schichtarb.	Nachtarbeit	Sonntagsarbeit
	Fälle	Arbeiter	Fälle	Arbeiter	Fälle	Arbeiter	Fälle		
1913 . . .	648	10,781	279	6,639	447	7,029	30	186	174
1914 . . .	473	8,576	262	7,846	333	7,510	52	229	257
1915 . . .	677	11,034	882	27,684	373	11,005	124	1,083	381

Der Fabrikinspektor des I. Kreises bemerkt hierzu folgendes:

«Die Bestimmungen über die Arbeitszeit gehören zu den fundamentalsten des Gesetzes. An den Schranken, die es ihr setzt, haben wir stetsfort strenge Wacht gehalten, über die Fortschritte, die ihre Verkürzung ohne Hinzutun des Gesetzes machte, haben wir freudig berichtet. Jetzt aber herrschten nur im ersten Viertel der Berichtsperiode ungefähr normale Verhältnisse, dann kam der *Krieg* und mit ihm ein wahres Chaos. Er hat an den einen Orten und zu gewisser Zeit die Arbeitsdauer bis auf Null herabgesetzt und damit die Leute um den Verdienst gebracht, an den anderen oder zu anderer Zeit Ueberschreitungen der gesetzlichen Normen nach jeder Richtung verursacht. Er hat die ruhige Entwicklung gestört, *den Fortschritt gelähmt, ausserhalb des Gesetzes stehende Errungenschaften verschiedener Art zunichte gemacht.*»

Er berichtet dann über Einschränkung der Mittagspausen, Wegfallen der eingeräumten Zwischenpausen, die nicht selten als Arbeitszeit bezahlt werden, Abschaffung der Dreischichtenarbeit usw. Ja in den Elektrizitäts- und Gaswerken mussten wiederum die gleichen Leute 16 und 18 Stunden in der Schicht ausharren und mit jedem dritten Sonntag als freiem vorliebnehmen. « Für Tausende wurde die gesetzliche Beschränkung der Arbeitsdauer eines Tages auf 11 Stunden zeitweise aufgehoben, die Nachtarbeit kehrte als Regel in manchen Geschäften auf unbestimmte Zeit ein, und viele, viele Sonntage fielen dem Krieg zum Opfer. Fabriken, die zur Bestreitung von Armeebedürfnissen stark beschäftigt waren, behaupteten, es handle sich um Notarbeit, und liessen, ohne zu fragen, 12, 13 und mehr Stunden nachts arbeiten.»

Trotz der stark verschlechterten Ernährung diese angestrengte, überlange Arbeit ohne Pausen, ohne Ruhe! So ist während des Krieges Raubwirtschaft mit der Arbeitskraft getrieben worden!

An diesen Zuständen hat auch der Bundesrat sein Teil der Schuld. Das Kreisschreiben des Bundesrates vom 11. August 1914 wurde, sagt Fabrikinspektor Dr. H. Wegmann, « als eine Generalerlaubnis aufgefasst, nach Belieben zu arbeiten. Es wurde, manchmal vielleicht absichtlich, übersehen, dass eine Bewilligung eingeholt werden müsse... Ebenso wurden Aufträge der Armeeverwaltung gerne als « Verfügungen » des Bundes entgegengenommen, dabei aber übersehen, dass es heisst: « Verfügungen des Bundes an *seine* Fabriken ». Am 16. November 1915 wurden dann die Ausnahmen aus dem Fabrikgesetz etwas eingeschränkt und genau umschrieben.

Eine Bundesfabrik gab aber auch kein gutes Beispiel. Denn sie arbeitete lange Zeit Ueberzeit und nachts auch mit Jugendlichen!

Bei näherer Betrachtung erweist sich diese Ausserkraftsetzung des Fabrikgesetzes überhaupt als überflüssig. Denn in den ersten 17 Monaten nach dem Erlass des erwähnten Kreisschreibens waren auf Grund des Erlasses im ganzen bloss 160

Bewilligungen erteilt, während 1915 allein 3520 Fälle von Ausnahmebewilligungen erfolgt sind. Die Gefahr besteht nun, dass das Fabrikgesetz auch in der Zukunft überhaupt nicht oder nur mit Einschränkungen zur Anwendung kommen könnte. Denn wer bürgt dafür, dass nach dem Krieg bald « normale » Zustände eintreten werden? Da gilt's eben für die Arbeiterschaft, einen energischen Kampf für ihre Rechte einzuleiten. Aus eigener Kraft, gerade in diesem Moment, wenn die Marktlage günstig ist, können wir die faktische Durchführung des Arbeiterschutzes erlangen. Hinterher kommt dann auch die Gesetzeszustimmung dazu!

VI. Rück- und Ausblick.

Die Stimmung der Unternehmerwelt und ihrer Gelehrten wechselt mit der Konjunkturlage: zu Beginn des Krieges war sie eine recht pessimistische; so wurden allerhand Probleme über die Rückkehr zum « geschlossenen Handelsstaat » und Verzicht auf den Weltmarkt, anderseits auch die Mittel diskutiert, wie der Export zu fördern sei. Gleichzeitig suchte man neue Wege für die wirtschaftliche Entwicklung und sah zuweilen diese in der Abwendung von der Qualitäts- und Luxusindustrie zur Herstellung von Massenverbrauchsgegenständen. Der Verlauf der ersten zwei Kriegsjahre hat weder die gehegten Befürchtungen voll erfüllt, noch hat die Industrie den für die Zukunft vorgeschlagenen Weg genommen. Sicher ist es, dass der Krieg die Qualität der Arbeit gedrückt hat. So berichtet auch Dr. *H. Wegmann,* dass man von Baumwollspinnereien, die auf gewisse feinere Nummern eingerichtet waren, nur noch grobe verlangte. Umgekehrt hat sich zuletzt gerade die Luxusindustrie, die Seiden- und Schmuckwarenfabrikation stark entwickelt. Denn der Krieg hat eine so rasche und unheimliche Bereicherung gewisser Gruppen von Unternehmern mit sich gebracht, dass er naturgemäss bei ihnen das Verlangen nach Luxus hervorrufen musste. Der kapitalistischen Verwertung des angehäuften Reichtums setzt der Krieg gewisse Schranken, ebenso wie dem persönlichen Verbrauch gewisser Gegenstände, die nur in beschränktem Masse zu haben sind. So findet das angehäufte, leicht « verdiente » Vermögen seinen Ausdruck in Prunk und Luxus. In welchem Masse diese Verhältnisse der schweizerischen Industrie zugute gekommen sind, dafür noch einige Beispiele aus der Uhrenindustrie, die zunächst unter den Einwirkungen des Krieges stark gelitten, dann aber sich der Herstellung von verschiedenen Artikeln für Kriegszwecke, wie speziell von Präzisionsgegenständen, und auch Luxuswaren zugewendet hat. Die *Chambre suisse de l'horlogerie* berichtet, dass die Graveure 1915 damit beschäftigt waren, elastische Uhrenbänder aus Gold, Silber

oder unedlen Metallen herzustellen, und dadurch schöne Resultate erzielt hatten, während die Juwelierarbeiter Medaillons herstellten, die von manchen Schalenfabrikanten aufgenommen wurden. Daneben lieferten mehrere Ateliers auch Manchettenknöpfe, Feuerzeuge, Phantasienadeln, Lorgnonkettchen mit Etui usw.

Es genügt aber schon, einen Blick in die Schaufenster der grossen Städte zu werfen, um zu sehen, dass der Krieg die Luxusindustrie gefördert hat, die heute einen unerwarteten Umfang angenommen hat. Auch die Qualitätsindustrie wird hoffentlich in der Schweiz nicht dauernd in ihrer Entwicklung aufgehalten werden. Für die kriegführenden Länder ist unsere Prognose allerdings ungünstig. Die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder wird durch den Krieg stark gehemmt. Trotz aller technischen Verbesserungen und organisatorischen Massnahmen der Unternehmer, die sich während des Krieges zusammenschliessen, wird die Entwicklung der kriegführenden Länder, vielleicht nach kurzem Auflodern, auf lange hinaus zum Stillstand kommen, vielleicht werden wir sogar einen Rückschritt erleben. Denn es wird ihnen an Rohstoffen, Arbeitskräften und Kapitalien mangeln. Sie werden vielfach, wahrscheinlich meist, für eine Zeitlang zur Herstellung von gewöhnlichen Massenkonsumartikeln einer- und Luxusgegenständen anderseits übergehen, während die neutralen Staaten, falls es ihnen gelingt, ihre Produktivkräfte über den Krieg hinaus zu erhalten, Qualitätswaren werden liefern können. Das aber nur unter der Voraussetzung, dass der Krieg jetzt ein Ende nimmt oder dass durch energisches Eingreifen des Staates verhindert wird, dass die Wirtschaft in der Schweiz in eine reine Kriegswirtschaft verwandelt wird.

Mit Recht schreibt *E. Lederer* im « Archiv für Sozialwissenschaft » (Band 43, 1. Heft):

> Je länger der Krieg dauert, desto mehr adjustiert sich die Produktion der neutralen Länder in eine Kriegsproduktion um, desto mehr wird dort für die Kriegführung der fremden Staaten gearbeitet, desto mehr vollzieht sich schon während des Krieges eine Wandlung der Kapitalteile aus den kriegführenden in die neutralen Länder, desgleichen eine teilweise Wanderung der Kriegsanleihen. Je mehr die Dimensionen des in den Kriegsanleihen aller Staaten geschaffenen fiktiven Kapitals wachsen, desto längere Zeit wird nach dem Kriege notwendig sein, die Aequivalente dieses fiktiven Kapitals zu produzieren. Die Solidarität der Weltwirtschaft zeigt sich also darin, dass, je länger der Krieg dauert, nicht nur die Kriegführenden, sondern auch die Neutralen an einer Entkapitalisierung leiden müssen. Die «Bereicherung» des neutralen Landes dauert nur bis zu einer gewissen Grenze. Zwar solange die kriegführenden Staaten keinen Bankrott erleiden, sind die Staatsgläubiger der Verzinsung ihrer Guthaben sicher; aber das betrifft nur die Privatwirtschaften, nicht die Volkswirtschaft im ganzen genommen. Auch in den neutralen Staaten macht sich dann die Verarmung der Kriegführenden geltend durch Absaugung der für sie nötigen Güter, durch höheren Zinsfuss, schwierigere Produktionsbedingungen.»

Unsere Darstellung der schweizerischen wirtschaftlichen Verhältnisse in den ersten zwei Kriegsjahren zeigt eben diese Gefahr der Entblössung von Produkten und der tatsächlichen, materiellen Verarmung der Volkswirtschaft. Darum haben auch die Bemerkungen Lederers über den wahrscheinlichen Verlauf der Ueberleitung der Kriegswirtschaft in den Friedenszustand für uns hohe Bedeutung, insofern er auf die Notwendigkeit für die kriegführenden Länder hinweist, Wertpapiere nach den neutralen Ländern abzustossen, um Kapital für sich flüssig zu machen. Für die Entfaltung der Produktivkräfte in den neutralen Ländern bedeutet dieses Zurückströmen von Effekten eine Barriere, da dadurch die Ansammlung von Kapital gehemmt, wenn nicht gar unmöglich gemacht wird. Diese Kapitalabwanderung wird zwar durch die Entwertung des Geldes in den kriegführenden Ländern etwas gehemmt, jedoch durch die starke Preisdifferenz und den hohen Zinssatz wiederum gefördert. Auch schon während des Krieges fand die Kapitalabwanderung statt; die Banken haben sich allerdings verpflichtet, ihr entgegenzuwirken, sie wird aber durch Privatagenten besorgt. Es müssen darum energischere Schritte in dieser Richtung getan werden.

Was die Förderung der Kapitalbildung betrifft, so gibt es kein besseres Mittel, wie Lederer selbst andeutet, als die reichen Klassen selbst die Zinsen der Mobilisationsanleihen tragen und dadurch ihre Luxusausgaben einschränken zu lassen. Denn sie sind es, die den Vorteil aus dem Staatsverbrauch in doppelter Hinsicht ziehen: durch Verkauf der Waren zu hohen Preisen und dank den hohen Zinsen. Wenn sie mittels einer direkten Steuer gezwungen werden, dem Staat zurückzugeben, was sie ihm nehmen, so leidet die Volkswirtschaft keinen Schaden. Umgekehrt werden die reichen Klassen dadurch veranlasst, ihr Kapital « produktiv », das heisst in der Industrie zu verwenden, statt sinnlose Ausgaben zu machen.

Ganz anders ist es, wenn der Konsum der Massen eingeschränkt wird. Der Krieg hat schon eine starke Verbrauchseinschränkung mit sich gebracht. So ist beispielsweise nach dem Korrespondenzblatt der schweizerischen Liga für die Verbilligung der Lebenshaltung, Nr. 4/5, 1916, der Fleischkonsum pro Kopf von 1913 bis 1915 von 41,36 Kilo auf 34,76 Kilo oder um 16 % gesunken.

Das ist die Folge der geschilderten Lebensverhältnisse, die eine Senkung des Reallohnes um 25 bis 30 und mehr Prozent mit sich gebracht haben. Sollten aber etwa neue Steuern den Lohn noch weiter drücken, so würde die Konsumeinschränkung nicht allein eine grosse Gefahr für die Gesundheit des Volkes bedeuten, sondern auch die Leistungsfähigkeit der Arbeiter stark be-

einträchtigen, den innern Markt einschränken, vor allem die Arbeiter nach dem Ausland verjagen.

In der Tat besteht die Gefahr, dass die kriegführenden Länder, die ihre besten und kräftigsten Söhne auf den Schlachtfeldern verloren haben, versuchen werden, Qualitätsarbeiter aus dem neutralen Ausland heranzuziehen. Mit gesetzlichen Massnahmen, wie das versucht worden ist, kann man in dieser Beziehung aber gar nichts erreichen, wenn man nicht gerade zu den Zuständen der feudalen Zeit zurückkehren will. Um also die Grundlagen der Industrie zu erhalten, muss man in erster Linie für ein auskömmliches Dasein für die Arbeiter sorgen: Berufsarbeiter verlassen selten ihre Heimat, wenn sie nur irgendein Auskommen zu Hause haben. *Kultur- und Sozialpolitik, vereinigt mit einem vernünftigen Steuersystem,* das ist die Grundlage der volkswirtschaftlichen Entwicklung. Dr. *Mori* (« Neue Wege schweizerischer Exportpolitik», Zürich 1916) hat wohl recht, dass die Konkurrenzfähigkeit einer Industrie in ihrer Leistungsfähigkeit begründet ist. Die Leistungsfähigkeit wird aber nicht, wie er glaubt, durch die Kartelle geschaffen, sondern allein durch die hohe Leistungsfähigkeit der Arbeit und gute technische Ausrüstung der Betriebe. Kartelle und andere Zusammenschlüsse der Unternehmer hat der Krieg überall mit sich gebracht. Worin die Schweiz ihnen überlegen wäre, ist allein die Erhaltung ihrer leistungsfähigen Arbeiterschaft und ihrer Kapitalien, die beide in den kriegführenden Ländern vernichtet werden. Ein kleines Land wie die Schweiz, ohne ausgedehnten innern Markt, ohne eigene Rohstoffe und eigene Handelsschiffahrt, kann auf dem Weltmarkte eine feste Stellung einnehmen und festhalten allein in dem Falle, wenn es Qualitätswaren liefert. Die Qualität der Waren ersetzen für so ein Land all die künstlichen Massnahmen, durch die die Grossmächte sich Märkte zu sichern suchen, wie die politische Konzessionspolitik, die Schiffahrtspolitik usw. Die Schweiz betreibt weder noch kann sie auch eine imperialistische Eroberungspolitik betreiben, führt aber eine grossartige Weltwirtschaft, hat einen im Verhältnis zur Bevölkerung doppelt so grossen Export als Deutschland, und dies alles allein dank der Qualität ihrer Waren, dem Bestand einer geschulten und fähigen Arbeiterschaft. Damit sind auch die Richtlinien der künftigen Wirtschaftspolitik gegeben: *Kultur-, Sozial-* und *freie Wirtschaftspolitik sowie die Förderung der Qualitätsarbeit.*

Damit aber noch nicht genug: Schritt für Schritt hat der Staat auch bei uns sich veranlasst gesehen, in das private Wirtschaftsgetriebe einzugreifen, regulierend, einschränkend oder fördernd auf die Produktion, vor allem auf den Handel zu wirken. Sollen all diese Massnahmen mit dem Kriege einfach verschwinden, oder sollen nicht umgekehrt die gemachten Erfah-

rungen dazu veranlassen, auf der gleichen Bahn weiterzuschreiten? Wird man nach dem Kriege tatenlos zusehen, wie die Warenpreise unerschwinglich in die Höhe getrieben werden, oder wie man das Land von Nahrungsmitteln und andern unentbehrlichen Gegenständen einfach entblösst? Wer kann heute zwischen Kriegs- und Friedenszeiten noch unterscheiden? Wer bürgt für dauernden Frieden nach diesem grauenvollen Krieg? Nein, es gibt in dieser Beziehung kein Zurück! Der Staat, die Gemeinden müssen im Anschluss an die Arbeiterorganisationen und an die Konsumvereine versuchen, die Wirtschaft *rationell* zu gestalten, den Bedürfnissen des Landes anzupassen, vor allem auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung. Der Krieg hat zur Genüge gezeigt, wie schädlich die sogenannte freie Verfügung des einzelnen Unternehmers in seinem Betriebe für die Gesamtheit ist; der Krieg hat eine Reihe von Einschränkungen für den Verkauf, ja zuweilen selbst für die Produktion gebracht. Die staatliche Regulierung und Leitung der Produktion muss die kommende Aufgabe sein. *) Ein schweres Problem, sicher, aber wohl lösbar. Wer hat vor dem Kriege an die Möglichkeit der staatlichen Verteilung der Nahrungsmittel in einem Siebzigmillionenstaate geglaubt? Das ist nun während des Krieges zur Wirklichkeit geworden. Warum soll die Leitung von 250,000 Betrieben oder, wenn man von den Parzellenbetrieben unter drei Hektar absieht, gar bloss von 150,000 Betrieben unmöglich sein? Eine rationelle, den Bedürfnissen des Landes angepasste Landwirtschaft und Viehzucht tut vor allem not. *Diese wird aber nicht durch Gewährung von hohen Getreidepreisen oder Prämien erzielt, die bloss zur Erhöhung der Grundrente und der Bodenpreise führen und folglich die Rationalisierung und Intensivierung des Betriebes nur verhindern, sondern allein durch staatliche Leitung und weitgehende organisatorische und kulturelle Massnahmen zu erlangen sein.* **Der Staat muss zum grossen Wirtschaftsorganisator der Zukunft werden!**

Was die kommenden Wirtschaftskämpfe betrifft, so ist es natürlich, dass wir eine grosse Welle Massenkämpfe zu erwarten haben. Denn der Krieg hat die Klassengegensätze verschärft, den realen Lohn gedrückt, viele kleinbürgerliche Existenzen ruiniert, anderseits gewaltige Vermögen in wenigen Händen zusammengeballt.

---

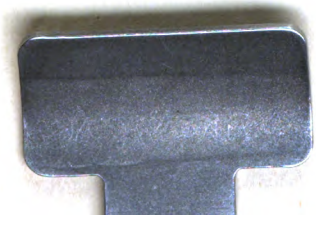
*) Inzwischen wurde bekannt, dass die englische Regierung beabsichtigt, den landwirtschaftlichen Betrieb einer Kontrolle zu unterwerfen, und dass Deutschland spezielle Aemter geschaffen hat, die die Aufgabe haben, die landwirtschaftliche Produktion zu fördern. Da nach dem Kriege es überall notwendig sein wird, möglichst viel aus dem eigenen Boden zu erhalten, so ist die Frage der Verstaatlichung des Grundbesitzes ein der brennendsten Probleme der Gegenwart geworden.

Wir wollen an dieser Stelle nicht über die Perspektiven der Arbeiterkämpfe schreiben. Vor allem gilt zunächst noch der Kampf gegen den Krieg, der Kampf für die Aufrechterhaltung der Neutralität der Schweiz, für den sofortigen Friedensschluss. Denn die weitere Dauer des Krieges birgt auch politische und wirtschaftliche Gefahren für die Schweiz. Nach dem Kriege wird eine Reihe praktischer Aufgaben auftauchen, sowohl auf dem Gebiet der Handelspolitik als auch der innern Wirtschaftspolitik. Die Erhaltung der Selbständigkeit des Landes nach allen Seiten hin, verbunden mit einer freien Verkehrspolitik, sowie die staatliche Aufsicht über die innere Produktion, Leitung des landwirtschaftlichen Betriebes sowie der Getreideeinfuhr — das sind die nächsten wirtschaftspolitischen Forderungen der Arbeiterschaft nach dem Kriege. Ausbau der Schutzgesetzgebung und der Sozialpolitik muss gleichzeitig damit stattfinden, um dem Lande seine Arbeiterschaft zu erhalten und der schweizerischen Industrie ihre Stellung auf dem Weltmarkte zu sichern.

Schwere, grosse Kämpfe stehen bevor. Indes, « mit der Gründlichkeit der geschichtlichen Aktion wird der Umfang der Masse zunehmen, deren Aktion sie ist » (Marx). Der Krieg hat zwar die Arbeiterklasse stark dezimiert und, was vielleicht noch verhängnisvoller ist, gespalten, aber auch die Massen zum politischen Leben erweckt. Der chauvinistische Rausch wird bald vorüber sein; dafür werden die sich zuspitzenden Klassengegensätze sorgen, die dem Arbeiter zeigen werden, wo seine Interessen liegen: im gemeinsamen Kampfe mit dem Unternehmertum gegen die Proletarier der andern Länder oder im gemeinsamen sozialistischen Kampfe der Proletarier aller Länder gegen das internationale Kapital. Dann werden die Arbeiter auch einsehen, dass sie nur mit Hilfe festgeschlossener, international vereinigter Organisationen ihre Befreiung von der heutigen Sklaverei zu erlangen vermögen. « Die *Massenhaftigkeit* und die *Organisation,* das sind die Waffen, die der ökonomischen Situation des Proletariats entsprechen, durch die allein es sich zu behaupten und zu siegen vermag » (Kautsky). Dies wurde schon vor dem Krieg geschrieben, aber wenn der Krieg etwas gelehrt hat, so in erster Linie, dass die Massen bei guter Organisation und unbeugsamem Willen unwiderstehlich sind! Wenn ihre Kraft heute in den Dienst der herrschenden Klassen gestellt ist, so wird hoffentlich die Zeit nicht lange auf sich warten lassen, da sie ihre ganze Energie in den Dienst ihrer eigenen Sache stellen werden. Dann wird auch der Tag der Abrechnung für all das Leid kommen, das der Krieg mit sich gebracht hat...

89098642754

b89098642754a



89098642754

B89098642754A